



WEISSER RING Magazin



Von Arzt betäubt
und missbraucht

Betroffene
in Bielefeld
hoffen auf
Gerechtigkeit

Angriffe auf
die Wissenschaft

Forschende
werden immer
häufiger bedroht
und verleumdet

Cyber-Kriminalität

Im Netz

Mit Hilfe Künstlicher Intelligenz wächst die Zahl der Angriffe in der digitalen Welt rasant. Egal ob Heiratsschwindel 2.0, Anlagebetrug oder Datendiebstahl: Die Maschen werden raffinierter.

Editorial



„Digitalisierung bringt viele Vorteile, keine Frage. Sie birgt aber gleichzeitig Gefahren.“



facebook.com/weisserring



instagram.com/weisser_ring



linkedin.com/company/weisserringev



youtube.de/weisserringev

Liebe Leserinnen und Leser,

immer mehr Menschen sehen sich digitalen Angriffen ausgesetzt: Sei es durch Betrüger, die ihnen lukrative Anlagen oder Liebe versprechen, oder durch Hacker, die in ihre IT eindringen, Daten verschlüsseln und sie erpressen. Es kann jeden treffen. In unserer Titelgeschichte widmen wir uns den Opfern, die oft unter massiven finanziellen und psychischen Folgen leiden, und beleuchten aktuelle Entwicklungen wie Betrug mit Hilfe Künstlicher Intelligenz und den Kampf dagegen.

Wie aus einer Umfrage unseres Magazins bei den Landeskriminalämtern hervorgeht, verloren Opfer von Love-Scam allein im Jahr 2024 insgesamt mindestens 50 Millionen Euro. Es ist nicht die einzige Statistik, die zur Vorsicht mahnt.

Digitalisierung bringt viele Vorteile, keine Frage. Sie birgt aber gleichzeitig Gefahren und ist auch bei den Attacken auf Forschende ein wesentlicher Treiber. Um die Drohungen und Diffamierungen und deren Folgen geht es in „Forschung im Fadenkreuz“.

Es braucht Menschen, die gegen den Hass kämpfen, so wie die stellvertretende DGB-Bundesvorsitzende Elke Hannack. Sie fordert im Interview über die steigende Gefahr für Beschäftigte des öffentlichen und privatisierten Dienstes: Die Gewalt „darf weder relativiert noch normalisiert werden. Gleichzeitig müssen Maßnahmen zum Schutz auf die jeweilige Dienststelle zugeschnitten sein, die natürlich auch ausreichend Personal wie technische Ressourcen braucht“.

Wie gehen Betroffene damit um, wenn der Täter Suizid begeht und sich der Justiz entzieht? Dieser Frage gehen wir in der Geschichte über Frauen nach, die ein Arzt in einer Bielefelder Klinik sedierte und missbrauchte. Sie kämpfen um Gerechtigkeit und Entschädigung.

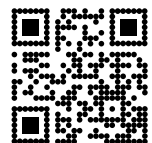
Wenn unsere Texte Sie zur Reflexion anregen, dann schreiben Sie uns Ihre Gedanken gerne per E-Mail an redaktion@weisser-ring.de.

Für mich ist dieses Editorial das letzte vor meinem Wechsel zum Festspielhaus Baden-Baden. Die mehr als zwölf Jahre beim WEISSEN RING waren eine prägende, sinnstiftende und anspruchsvolle Zeit, für die ich sehr dankbar bin – ebenso wie für Lob, Kritik und Hinweise von Ihnen als Leserinnen und Leser.

Bianca Biwer
Bundesgeschäftsführerin WEISSER RING

P.S.:

Wir lieben Gedrucktes - aber natürlich finden Sie unser **Magazin** auch im **Internet**.
Schauen Sie mal rein: <https://wr-magazin.de>



Magazin nach dem



Lesen weitergeben!

38



01_2026

Aus dem Verein,
für den Verein.

12

Ehrensache*

4

Meldungen

Aktuelle Zahlen zu sexualisierter Gewalt an Schulen und zu Angriffen auf Polizeikräfte; erfolgreiche Spendenaktion von Jan Böhmermann und Olli Schulz; vollstreckte Jugendarreste in Sachsen-Anhalt; Gefahr durch bewaffnete Radikale

6

Tatorte 2.0

Digitale Betrugsmaschinen treffen immer mehr Menschen. Unsere Titelgeschichte zeigt, wie Opfer unter finanziellen und psychischen Folgen leiden – und wie Kriminelle dank Künstlicher Intelligenz noch raffinierter vorgehen

21

Der Traum vom großen Geld

Eine vielversprechende Geldanlage entpuppt sich für Tahir Aboumri als raffinierter Cyberbetrug

24

Love-Scam

Wie hoch ist der Schaden durch den modernen Heiratsschwindel? Die Redaktion des WEISSEN RINGS hat nachgefragt

26

Ein Anruf bei ... Elke Hannack

Die stellvertretende Bundesvorsitzende des DGB spricht über die wachsende Gewalt gegen Menschen im Dienst der Gesellschaft und die Folgen

29

Der Kommentar

Ein schmaler Grat zwischen Mord und Totschlag – wie Gerichte über Femizide entscheiden. Ein Kommentar von Journalistin Franziska Pröll

30

Was bleibt, wenn der Täter stirbt?

Ein Assistenzarzt missbraucht Patientinnen. Dann nimmt er sich das Leben und entzieht sich damit auch der juristischen Aufarbeitung. Drei betroffene Frauen erzählen, wie sie mit ihren Fragen und ihrem Schmerz umgehen

38

Forschung im Fadenkreuz

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler werden immer häufiger bedroht und verleumdet. Fachleute fordern klare Zuständigkeiten, verbindliche Schutzkonzepte und leicht zugängliche Beratung an Hochschulen

42

Impressum

43

Social Media

Menschenhandel passiert tagtäglich in Deutschland. Die Reaktionen auf unsere Berichterstattung zeigen, wie dringend Betroffene mehr Unterstützung benötigen

44

Doppelte Opfer

Wie Medien über Straftaten berichten, kann Betroffene erneut verletzen. Verstöße gegen den Pressekodex und der Reichweitenkampf zeigen, wie groß das Problem geworden ist

49

Wie Gewalt im Trash-TV normalisiert wird

Beleidigungen und sexualisierte Gewalt gehören im Reality-TV längst zur Normalität. Warum ein bewussterer Umgang mit diesen Gewaltformen überfällig ist

52

Medientipps

Neue Bücher, Podcasts, Filme: Wo findet sich die Opferperspektive wieder?

54

Danke**Ehrensache**

28

Das Heft im Heft

Wie funktioniert Opferhilfe, wenn jemand nicht sagen kann, was passiert ist? Die jüngste Außenstellenleiterin Deutschlands sowie eine Lotsin am Opfer-Telefon

Meldungen

Sexualisierte
Gewalt und Schule



Mehr als

90%

der **Tatpersonen** bei sexualisierter Gewalt in Schulen waren **männlich**. Das ergab eine Fallstudie der Unabhängigen Kommission des Bundes zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs aus bildungshistorischer Perspektive.

Mehr als

68%

Prozent der Betroffenen vermuteten, dass **andere Personen** in der Schule von den Übergriffen wussten.

Vergleich:

2023

46.228

2024

46.367

Laut Bundeskriminalamt gibt es einen neuen Höchststand bei **Gewalttaten gegen Polizeikräfte**. Im Vergleich zum Vorjahr sind sie um 0,3 Prozent gestiegen.

Spendenaktion

Über 2 Millionen Euro für den guten Zweck

In diesem Jahr zählte der WEISSE RING zu den vier Organisationen, für die der **Moderator Jan Böhmermann und Musiker Olli Schulz** im Rahmen ihres „Fest & Flauschig“-Weihnachtszirkus Spenden gesammelt haben. Bis zum Abschluss der Aktion kam die beeindruckende Summe von 2.040.057,42 Euro zusammen, ermöglicht durch die Unterstützung von 25.491 Menschen.

Dank dieser Aktion wird der WEISSE RING darin unterstützt, anderen zu helfen. Bianca Biwer, Bundesgeschäftsführerin des WEISSEN RINGS, betont in ihrer Danksagung, wie wichtig solche Gelder für den Verein sind: „Wir helfen im Jahr im Schnitt 40.000 Menschen und leisten dabei fast zehn Millionen Euro finanzielle Hilfe für Betroffene schwerster Kriminalität.“ Als Deutschlands größte Opferschutzorganisation werden die Tätigkeiten des Vereins ausschließlich durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und testamentarische Zuwendungen sowie von Gerichten und Staatsanwaltschaften verhängte Geldbußen finanziert. Der WEISSE RING erhält keinerlei staatliche Mittel. „Deshalb gilt



euch allen ein besonders großes Dankeschön für die Gelder, mit denen ihr uns unterstützt. Nur so können wir Betroffenen von Straftaten so helfen, wie wir das tun“, sagt Biwer. Neben dem WEISSEN RING unterstützen Jan Böhmermann und Olli Schulz auch die wichtige Arbeit von Reporter ohne Grenzen, der Deutschen Hirntumorhilfe und von SchlauFox e. V.

Hintergrund der Spendenaktion

Jan Böhmermann und Olli Schulz feierten am 19. Dezember das zehnjährige Bestehen ihres Podcasts „Fest & Flauschig“. Mehr als 12.000 Fans fanden sich dafür in der Barclays Arena in Hamburg ein. In den vergangenen neun Jahren sammelten sie Spenden für mittlerweile 26 Organisationen in Höhe von 7,72 Millionen Euro.

Blick nach...



... Sachsen-Anhalt

Im vergangenen Jahr ist in Sachsen-Anhalt die Zahl der **vollstreckten Jugendarreste** bei 14- bis 21-Jährigen deutlich gestiegen. Bis Ende November wurden **263 junge Menschen** in Arrest genommen, etwa wegen Schulverweigerung oder begangener Straftaten, wie der MDR berichtete. Nach Informationen des Justizministeriums liegt diese Zahl deutlich über den

Werten der drei vorherigen Jahre. Der Jugendarrest kann bis zu vier Wochen dauern; die meisten Betroffenen im vergangenen Jahr verbrachten dort **sieben oder 14 Tage**. Daneben werden auch kurze Arrestzeiten von ein bis vier Tagen angeordnet. Möglich ist außerdem ein sogenannter **Freizeitarrest**, bei dem die Jugendlichen nur an Wochenenden untergebracht sind.

Gefahr durch Radikale

Viele bewaffnete Rechtsextremisten und „Reichsbürger“

Im Nationalen Waffenregister waren Ende 2024 rund 3.000 erlaubnispflichtige Schusswaffen auf Rechtsextremisten registriert, 932 auf sogenannte Reichsbürger und Selbstverwalter. Nach Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz verfügten zu dem Zeitpunkt 1.120 Rechtsextremisten sowie 357 „Reichsbürger und Selbstverwalter“ über eine waffenrechtliche Erlaubnis. Wie die Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen-Fraktion mitteilte, wurden im Jahr 2024 157 rechtsextremistischen Personen und 191 Mitgliedern der sogenannten Reichsbürger- und Selbstverwalterszene waffenrechtliche Erlaubnisse entzogen oder die Besitzer gaben diese freiwillig zurück.

Zitat:

„Das Internet mit den sozialen Netzwerken muss ein **sicherer Raum** sein, in dem Betroffene ihre Rechte durchsetzen können.“



Josephine Ballon

Geschäftsführerin von HateAid

Zahlen:

Forschungen der Ruhr-Universität Bochum unter der Leitung des Kriminologen Professor Tobias Singelstein ergaben mindestens

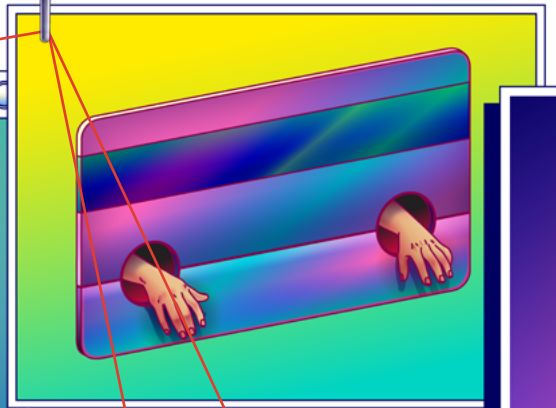
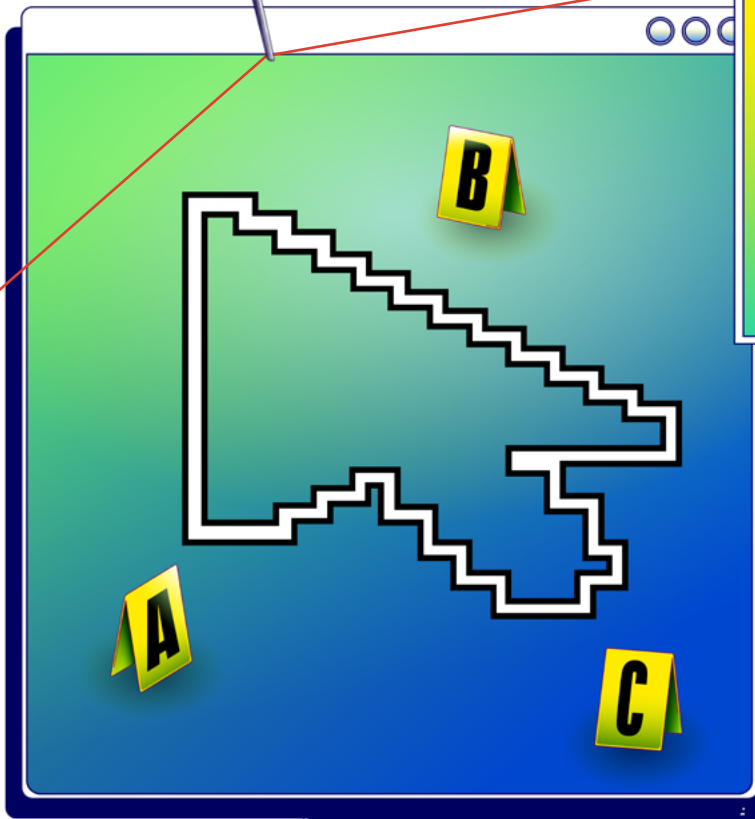
12.000

mutmaßlich **rechtswidrige Übergriffe** durch **Polizeibeamte** jährlich.

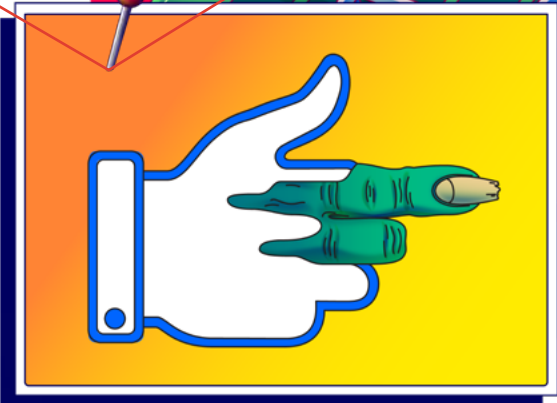
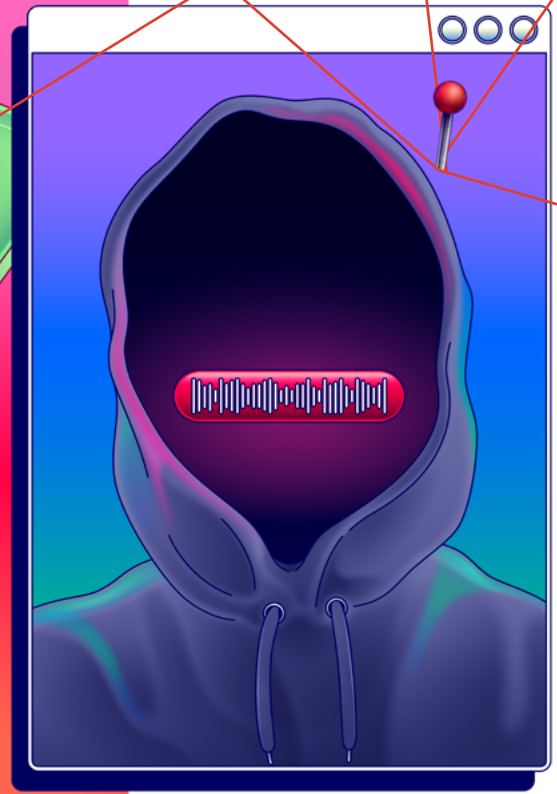
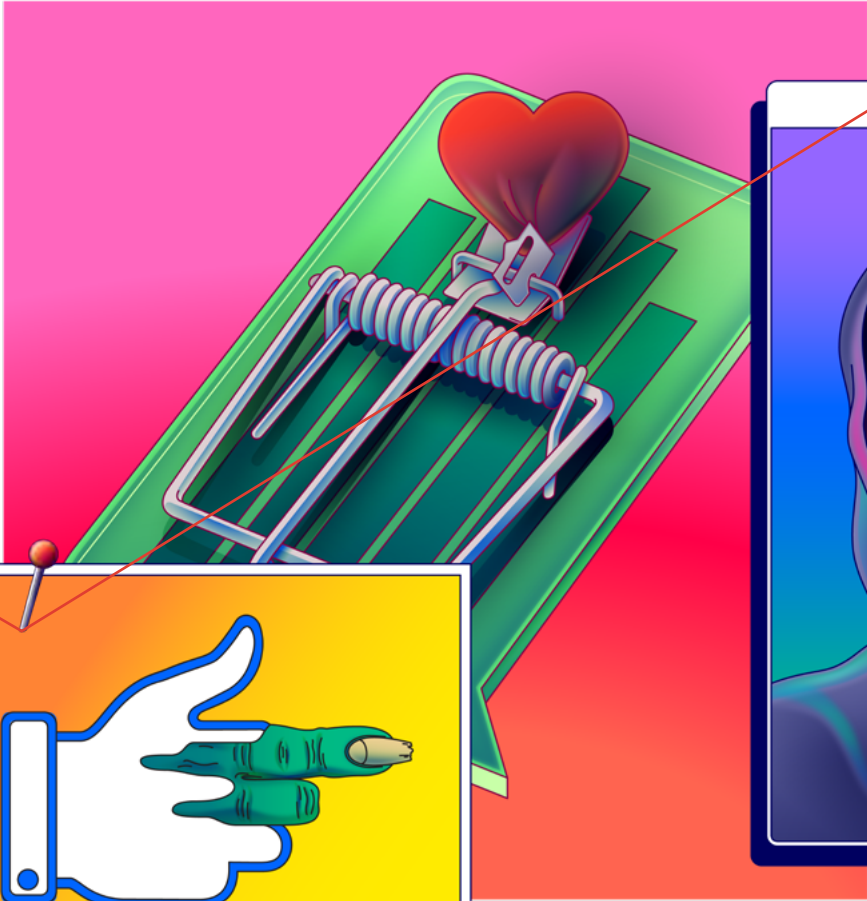
Das sind

5

Mal mehr als angezeigt wird. Verantwortlich für die geringe Aufklärungsquote seien vor allem die Staatsanwaltschaften, die ihr Verhältnis zur Polizei nicht belasten wollten, sagt Singelstein, wie das ARD-Politikmagazin „Kontraste“ berichtet.



```
numberOfSameInARow+
if (numberOfSameInA
return cell;
}
} else if (cell == Cell
numberOfSameInARow
} else {
lastCellState = cell;
numberOfSameInARow = 1
}
}
return CellState.Blank;
state.Invalid;
: 0;
for (let t = Math.max(0, -y); t < Math.min(5, 5 - y); t++
let cell = this.field[y + t][t];
if (lastCellState == cell) {
```





Cyberkriminelle können auf einen prall gefüllten Werkzeugkasten zurückgreifen. Und je digitaler die Gesellschaft wird, desto ausgefeilter werden die Methoden.

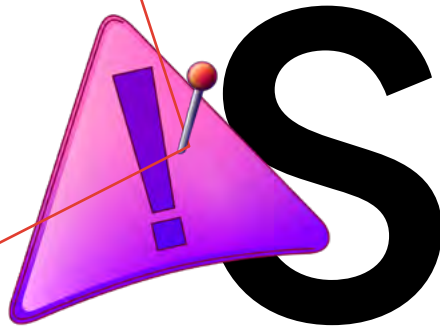
Titelstory

Hinter Angriffen in der digitalen Welt stecken oft hochspezialisierte Kriminelle. Die Gefahren sind vielfältig. Doch jeder kann sich schützen, und Ermittlungsbehörden schaffen es regelmäßig, der neuen Organisierten Kriminalität empfindliche Schläge zu versetzen. Allerdings verschärft KI die Gefahr durch Cyberattacken. Fachleute fordern, den Kampf dagegen und die Prävention deutlich zu verstärken.

Tatorte 2.0

Text: Christoph Carretero Klemp, Christiane Flemig, Gregor Haschnik, Kathrin Hollmer, Sandro Mattioli

Illustrationen: Ari Liloan



Sie war Unternehmerin und Kommunalpolitikerin, hatte ein eigenes Haus und ein gutes Verhältnis zu ihrem Sohn, engagierte sich als Schöffin. Jetzt sitzt die 77-Jährige auf dem Zeugenstuhl im großen, holzvertäfelten Saal des Landgerichts Oldenburg und sagt: „Ich habe nix mehr.“ Und: „Ich habe daran gedacht, mir das Leben zu nehmen.“ Sie spricht hektisch, springt während ihrer Aussage gedanklich hin und her, seufzt. Alles begann damit, dass „der Markus Söder“ ihr erst auf Facebook und dann über WhatsApp schrieb – so, wie es andere bayerische Politiker zuvor tatsächlich getan hätten. Sie tauschte sich mit dem ange-

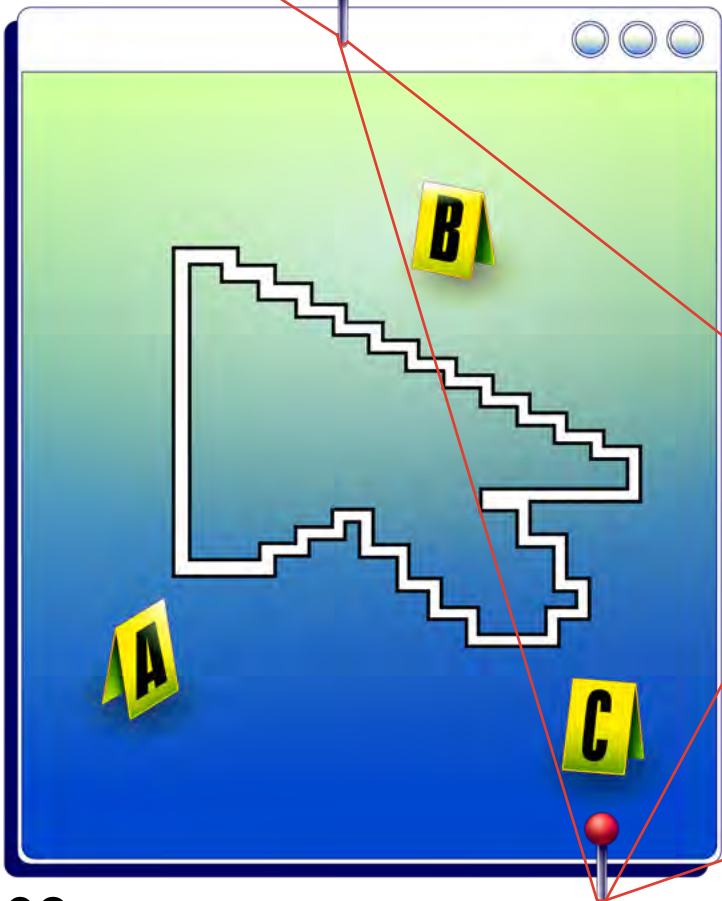
lichen Söder länger aus, auch über Politik. Irgendwann bat er sie, Geld nach Ghana zu schicken, um damit, so der Vorwand, einen hohen Betrag auf einem Konto sichern und in die USA transferieren zu können. Zwar sei er reich, doch seine Ehefrau dürfe nichts davon mitbekommen. Deshalb die Bitte.

Insgesamt überwies sie so viel, dass sie schließlich ihr Haus verlor. Alles habe zusammengesamt: „Es gab so viele Parallelen zu Söder. Ich bin überhaupt nicht mehr da rausgekommen.“ Dass sie sogar Einlagen aus der Firma zog, brachte ihr nicht nur eine Verurteilung ein, sondern zerstörte auch das Verhältnis zu ihrem Sohn, der ebenfalls in dem Unternehmen aktiv war. Ihre Schulden beziffert sie auf etwa eine halbe Million Euro.

Links und rechts von ihr sitzen die Angeklagten und nehmen die ins Englische übersetzten Worte der 77-Jährigen, wenn überhaupt, meistens regungslos und manchmal kopfschüttelnd zur Kenntnis. Den 43 bis 49 Jahre alten Männern, die Kapuzenpullover tragen, werden insbesondere Betrug, Geldwäsche und die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen, der nigerianischen Bruderschaft „Black Axe“. Diese begann als studentische Bewegung gegen Unterdrückung, wird aber mittlerweile als mafiose Organisation eingestuft. Die Angeklagten sollen zahlreiche Opfer im In- und Ausland vor allem von Bremen und Delmenhorst aus unter anderem mit Love-Scams ausgenommen haben.

Kapitel I Der Werkzeugkasten

Ob sie einen Staat attackieren, ein mittelständisches Unternehmen oder Büroangestellte: Cyberkriminelle greifen in einen vollen Werkzeugkasten mit manipulierten Inhalten und psychologischen Tricks. „Wir beobachten seit Jahren eine zunehmende Professionalisierung und Spezialisierung der Cyberkriminalität. Angriffe sind weniger zufällig, sondern zunehmend zielgerichtet, wirtschaftlich motiviert und arbeitsteilig organisiert“, sagt Christian Rossow, Professor für IT-Sicherheit und leitender Wissenschaftler am CISPA Helmholtz-Zentrum für Informationssicherheit. Ransomware bleibe „die prägende Be-



„Wir beobachten seit Jahren eine zunehmende Professionalisierung und Spezialisierung der Cyberkriminalität.“ Prof. Christian Rossow

drohung im Cyberraum und verursacht weiterhin erhebliche Schäden bei Unternehmen und Privatpersonen“, erklärt ein Sprecher des Bundeskriminalamtes (BKA) auf Anfrage des WEISSER RING Magazins. Ransomware ist Erpressersoftware: Sie verschlüsselt Dateien oder sperrt den ganzen Rechner. Die Täter fordern anschließend Geld, damit Betroffene wieder an ihre Daten kommen. Jeden Tag werden in Deutschland zwei bis drei schwere Ransomware-Angriffe angezeigt. Sie können Unternehmen in ihrer Existenz bedrohen, die öffentliche Verwaltung lahmlegen oder die Patientenversorgung in Kliniken gefährden. In einer Umfrage des Branchenverbandes Bitkom gab 2025 mehr als jedes dritte Unternehmen an, in den vergangenen zwölf Monaten Opfer einer Ransomware-Attacke gewesen zu sein. Rund 80 Prozent der Angriffe richteten sich gegen kleine und mittlere Unternehmen. Jedes siebte zahlte Lösegeld, in Einzelfällen eine Million Euro und mehr. Der wirtschaftliche Schaden durch Cyberattacken in Deutschland betrug laut Bitkom im Jahr 2025 erstmals mehr als 200 Milliarden Euro.

Häufig beginnen solche Angriffe mit einer E-Mail im Postfach. „Phishing ist und bleibt die größte Bedrohung für uns alle“, sagt Nora Kluger, Expertin für digitalen Verbraucherschutz beim Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). Phishing meint unter anderem das „Abfischen“ von Passwörtern und Zugangsdaten zu Bankkonten, Firmennetzwerken, Online-Shops, Streaming-Diensten sowie von Kreditkartendaten. Täter locken mit manipulierten Webseiten, gefälschten E-Mails oder SMS und bringen Opfer dazu, ihre persönlichen Daten preiszugeben. Oder sie installieren sogenannte „Info-Stealer“ auf den Geräten der Betroffenen. Das sind Schadprogramme, die heimlich Passwörter,

Kreditkartendaten oder Krypto-Wallets aus Browsern und Apps abgreifen.

Die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen hat seit Dezember 2010 einen „Phishing-Radar“. Mittlerweile werden dort täglich mehr als 1.000 verdächtige E-Mails gesammelt und ausgewertet, zum Start waren es knapp 20 E-Mails. „Es gibt unzählige gefährliche Betrugsmethoden“, sagt Dr. Ralf Scherfling, Referent bei der Verbraucherzentrale. Regelmäßig missbrauchen Verbrecher die Namen von Zahlungsdienstleistern wie PayPal und von Onlinehändlern wie Amazon. Ebenfalls gerne genommen: Telekommunikationsfirmen, Paketdienste, Banken, Streamingdienste.

Die Betrüger gehen auch inhaltlich mit der Zeit. „Seit Jahren erleben wir, dass mit aktuellen Themen immer wieder neue Betrugsmaschen aufkommen“, sagt Scherfling. Als die Energiepreise explodierten,

22. JANUAR 2026

Love-Scam

Kassel, Hessen

Eine Frau wird in Kassel mit einem Liebesbetrug um rund 14.000 Euro gebracht. Bei einer Seniorin bleibt es beim Versuch: Eine Internetbekanntschaft hat sich als reicher Mann im Ausland ausgegeben, sich ihr Vertrauen erschlichen und Geld verlangt. Sie alarmiert die Polizei.

Cyberkriminalität

Die Polizeibehörden unterscheiden zwischen Cyberkriminalität im engeren und Cyberkriminalität im weiteren Sinne. Im ersten Fall geht es um Straftaten, die sich gegen das Internet, Datennetze oder IT-Systeme richten: „widerrechtliche Handlungen gegen die Integrität, Verfügbarkeit und Authentizität von Computerdaten und -systemen“. Dabei werden zum Beispiel Daten abgefangen, ausgespäht, verändert und gefälscht, Delikte wie Erpressung, Hehlerei und Sabotage verübt.

Im zweiten Fall geht es um Taten, die grundsätzlich auch in der „analogen Welt“ verübt werden können, hier geschieht es allerdings in der digitalen Welt mit Hilfe von IT. Es kann sich um alle möglichen Formen von Kriminalität handeln, beispielsweise Betrug, Handel mit Drogen, Waffen, Falschgeld oder gefälschten Ausweisdokumenten, sexuellen Missbrauch, Hass- und Gewaltpropaganda oder Förderung von Terrorismus beziehungsweise Extremismus.

Die Definitionen sind angelehnt an jene des Arbeitskreises „Innere Sicherheit“ der Innenministerkonferenz der Länder sowie an internationale Begriffsbestimmungen, etwa die „Convention on Cybercrime“ des Europarats, der Vereinten Nationen und des FBI.

„Sie wird nie wieder die Alte sein“

Eine Tochter erzählt, wie ihre Mutter Opfer eines Telefonbetrugs wurde – und wie das Verbrechen ihr Leben veränderte.

„Ich erinnere mich noch gut an den Morgen nach dem betrügerischen Anruf bei meiner Mutter. Es war der 29. Oktober 2025. Ich hatte mich gerade für einen Termin bei der Führerscheinstelle fertig gemacht, als mir meine Schwester auf WhatsApp schrieb. Sie fragte, was bei mir los sei. Unsere Mutter habe ihr erzählt, ich hätte einen Unfall gehabt. Nein, antwortete ich ihr, bei mir ist alles in Ordnung!

Ich meldete mich bei meiner Mutter, die mir dann die ganze Geschichte erzählte. Ein Arzt habe sie angerufen und gesagt, ich hätte gerade ein 13-jähriges Mädchen überfahren, das jetzt tot sei. Jemand von der Staatsanwaltschaft sei schon da, ich müsse sofort ins Gefängnis. Meine Mutter hat gefragt, ob sie mich sprechen könne. Genau damit fing das Drama an. Sie dachte, sie spreche tatsächlich mit mir! Ich vermute, die Stimme war KI-generiert.

Eine weinerliche Frauenstimme sagte: ‚Mama, hilf mir!‘. Es sei etwas ganz Schlimmes passiert. Meine Mutter solle den Betrag zahlen, sie habe das Geld doch zu Hause. Sie hatte gerade für die Enkelkinder zu Weihnachten einen höheren Betrag abgehoben. Neben dieser Stimme, die meiner scheinbar glich, hatten die Betrüger also auch genau das richtige Zeitfenster erwischt, in dem tatsächlich Geld zu Hause war. Das ist uns zum Verhängnis geworden. Meine Mutter hat ihre Adresse rausgegeben und einem fremden Mann mit Maske eine höhere, fünfstellige Summe in einer Geldkassette gegeben.

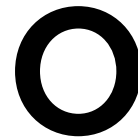
Sie hätte alles für mich gegeben.

Meine Mutter stand unter Schock. Sie habe immer nur dieses tote Kind vor ihren Augen gesehen. Das war für sie das Schrecklichste überhaupt. Meine Mutter ist über 80 Jahre alt, lebt allein im betreuten Wohnen. Ich kümmere mich um sie.

‚Wenn meine Tochter jetzt ins Gefängnis muss, wer soll mich dann pflegen?‘ Auch solche Fragen sind ihr durch ihren Kopf gegangen. Insgesamt dauerte das betrügerische Telefonat eine Stunde und 56 Minuten, das muss man sich mal vorstellen! Das Geld ist weg, da bin ich mir sicher. Wir haben natürlich Anzeige erstattet, aber von der Polizei haben wir bisher nichts gehört.

Meine Mutter wird nie wieder die Alte sein. Körperlich nicht und psychisch auf gar keinen Fall. Sie ist leise geworden, zurückgezogener. Bei ihr ist durch diese Tat eine Welt zusammengebrochen. Diesen Schaden in der Seele bekomme ich nie wieder geradegerückt. Mir ist es eine Herzensangelegenheit, andere nun über solche Betrugsmaschen aufzuklären und eventuell davor zu schützen.“

tauchten Phishing-Mails zu angeblichen Entlastungspaketen auf. Mit Beginn des Ukraine-Kriegs versuchten Kriminelle, mit Spendenaufrufen Zahlungsdaten abzugreifen. Mit dem Aufkommen der QR-Codes entstand „Quishing“: Betrüger verteilen QR-Codes – auf vermeintlich amtlichen Schreiben, auf Strafzetteln oder sie überkleben die echten QR-Codes an Parkautomaten. Wer sie scannt, landet auf einer betrügerischen Webseite und soll Gebühren zahlen oder persönliche Daten eingeben.



Oft hacken Cyberkriminelle nicht die Computer, sondern die Köpfe. Sie arbeiten mit Druck und Tricks und nutzen menschliche Eigenschaften wie Vertrauen, Hilfsbereitschaft oder Angst vor Autoritäten aus. Sie bringen ihre Opfer dazu, Sicherheitsmaßnahmen zu umgehen, sensible Informationen freiwillig preiszugeben und Geld zu überweisen. Social Engineering heißt diese Manipulation. „Das zentrale Merkmal dieser Angriffe ist die Täuschung über die Identität und die Absicht des Täters“, erklärt Nora Kluger vom BSI. So geben sich Angreifer als Techniker oder Mitarbeiter eines bekannten Unternehmens aus. Sie verleiten ihre Opfer dazu, Anmelde- oder Kontoinformationen preiszugeben oder eine präparierte Webseite zu besuchen.

Während beim Phishing oft Zeitdruck im Vordergrund steht, gehen Cyberkriminelle bei sogenannten Love-Scams mit bedächtiger Raffinesse vor. Sie durchstreifen Dating- und Social-Media-Plattformen, um ihre Angriffsziele zu finden. Locken diese in private Messenger-Chats und weben über Wochen oder gar Monate hinweg ein Netz aus Illusionen. Diese Masche spielt mit einem zutiefst menschlichen Gefühl: der Hoffnung auf die große Liebe. Zunächst bauen die Betrüger eine scheinbare Nähe auf, um schließlich um Geld zu bitten – sei es als Darlehen, Investition oder als vorge-streckte Reisekosten für das erste Treffen.

Die Masche beschränkt sich nicht auf die Liebe. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht warnt eindringlich und zunehmend vor Anlagebetrug (Finance-Scam) über WhatsApp und Telegram.

„Seit Jahren erleben wir, dass mit aktuellen Themen immer wieder neue Betrugsmaschen aufkommen.“

Dr. Ralf Scherfling

„Wir sehen vor allem im Onlinebetrug eine Zunahme über Messengerdienste“, sagt ein Sprecher der Behörde. Dieser ist kein lizenzierter Anbieter bekannt, der sich über Gruppenchats an Anleger wendet. Kriminelle locken mit Anzeigen auf Plattformen in WhatsApp- und Telegram-Gruppen – mit Versprechen von kostenlosen Aktienempfehlungen und Börsenwissen. Manchmal zahlen sie kleine Gewinne aus, um sich Vertrauen zu erschleichen. Über Fake-Apps, auf denen Kurs-Charts blinken, gaukeln sie dann hohe Gewinne vor und animieren Opfer zu weiteren Investitionen.

Auch Jahre nach dem Schock sind Betroffene nicht sicher. Beim „Recovery-Scam“ melden sich Täter mit der Behauptung, das verlorene Geld sei gefunden oder sichergestellt worden. Bevor es zurückfließe, seien „Steuern“ oder „Gebühren“ fällig. Wer sich darauf einlässt, verliert abermals Geld.

Professionell wirkende Fake Shops locken derweil mit Sonderangeboten und drängen zur Vorkasse. „Geliefert wird dann entweder gar nicht oder nicht in der versprochenen Qualität“, sagt Dennis Romberg, der das Team Marktbeobachtung Digitales beim Verbraucherzentrale Bundesverband (vzvb) leitet.

Die Kriminellen setzen auf Geiz und Gier

Zwischen Januar und November 2025 wurden in den Verbraucherzentralen mehr als 20.000 Beschwerden zum Thema Betrug erfasst – ein Plus von 42 Prozent gegenüber dem Vorjahr. In der Datenbank des Fakeshop-Finders, einem Tool der Verbraucherzentrale NRW zur Prüfung von Onlineshops, stehen rund 100.000 identifizierte Fake Shops. Oft bieten sie genau das an, was Leute gerade suchen: im Frühling Gartengeräte, im Herbst Winterreifen.

Ihre Kundschaft erreichen die Betrüger über Anzeigen auf Social Media oder in Suchmaschinen: „Die Fakeshops werben auf den großen Plattformen“, sagt Romberg. Der Digital Services Act verpflichtet diese dazu, Risiken ihres Geschäftsmodells zu erkennen und zu verringern. „Das funktioniert jedoch hinten und vorne nicht.“ Die Verbraucherzentralen melden solche Fake-Shop-Anzeigen als vertrauenswürdiger Hinweisgeber („Trusted Flagger“) offiziell bei Google, Meta und Co. Doch, so stellt Romberg fest: „Oft bleibt es bei einer Eingangsbestätigung.“

Kapitel II Der Einsatz von KI

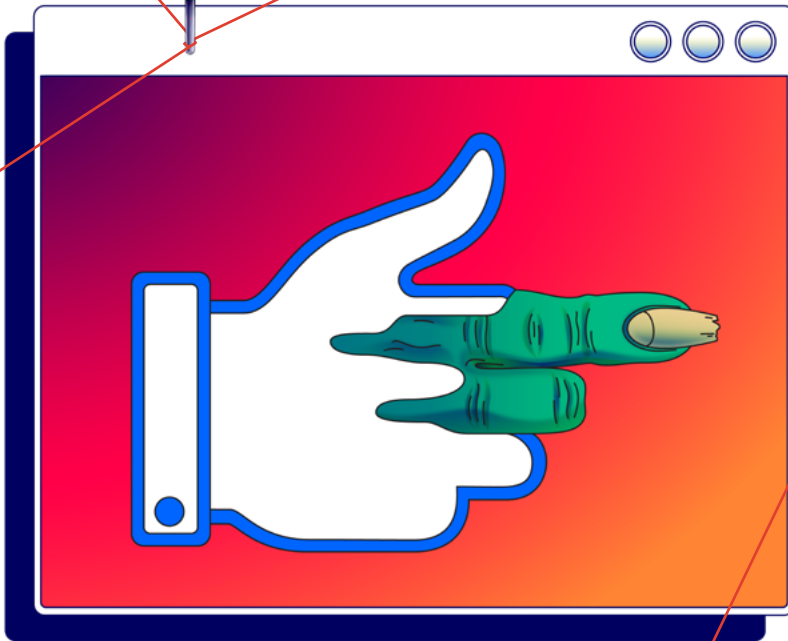
Während die Bedrohungen im digitalen Raum rasant zunehmen, stellt das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) eine „wachsende digitale Sorglosigkeit“ fest. Vielen Menschen fehle aufgrund einer Art Gewöhnung das Bewusstsein, dass sie durchaus attraktive Ziele für Cyberangriffe sind. „Damit werden sie für Angreifer zur leichten Beute“, warnt Nora Kluger vom BSI. Gleichzeitig nutzen Cyberkriminelle inzwischen ein äußerst mächtiges Werkzeug: Künstliche Intelligenz (KI). „KI wird bereits jetzt eingesetzt, um Angriffsoperationen noch gezielter, effizienter und schwerer zuordenbar zu machen“, heißt es in den „Cyber Insights“ des Bundesamtes für Verfassungsschutz. „Deepfakes, automatisierte Phishing-Kampagnen und selbstlernende Schadsoftware sind nur einige Beispiele für neue Cybertools.“ Auch das Bundeskriminalamt (BKA) weist in seinem aktuellen Lagebild Cybercrime darauf hin, dass KI zunehmend zum Einsatz kommt. Die Polizei in NRW nennt es sogar: „Superkraft für Kriminelle“. Viele dieser digitalen Werkzeuge werden heute

20. JANUAR 2026

Phishing

Lengerich,
Nordrhein-Westfalen

Zwei Frauen verlieren bei Verkäufen über Onlineportale Geld. Die Täter nutzen für die Abbuchungen gefälschte Bestätigungs-Mails und manipulierte Seiten. Die Frauen geben persönliche Daten und einen „Code“ ein, der sich als unberechtigter Abbuchungsbetrag entpuppt.



13. JANUAR 2026

Anlagebetrug

Oberbergischer Kreis,
Nordrhein-Westfalen

Eine 64-Jährige verliert eine hohe sechsstellige Summe an Betrüger. Nach Eintritt in eine scheinbar seriöse WhatsApp-Anlagegruppe investiert sie zunächst kleine Beträge in Kryptowährungen, am 6. Januar einen mittleren sechsstelligen Betrag. Am 7. Januar ist ihr Kryptowallet auf null.

als Dienstleistung angeboten, etwa in Form von speziell trainierten KI-Anwendungen, die im Darknet gehandelt werden. „Auf diese Weise können auch weniger technisch versierte Täter komplexe Angriffe durchführen, indem sie einzelne Bausteine – Schadsoftware, Infrastruktur, Zugangsdaten – anmieten oder kaufen“, berichtet Markus Nieszczy, Sprecher beim LKA in Nordrhein-Westfalen.

Mit generativer KI werden nach Angaben des BSI zum Beispiel Anleitungen erstellt, wie ein Ziel besonders gut angegriffen werden kann oder wie man Schadsoftware optimiert, damit sie von Virenscannern weniger leicht erkannt wird. Und seit der Einführung von ChatGPT und anderen generativen KI-Werkzeugen sind die Zeiten vorbei, in denen man Phishing-Mails an ihrer fehlerhaften Sprache erkennen konnte. Mittlerweile lassen sich in Sekundenschnelle nicht nur fehlerfreie, sondern auch auf den Adressaten zugeschnittene Phishing-Mails erstellen – in riesigen Mengen und jeder Sprache. Ebenso können bei Love- und Finance-Scams emotional angepasste Nachrichten verfasst werden, um Chat-Beziehungen zu pflegen.

Fake Shops massenhaft ins Netz zu stellen, wird durch KI immer billiger. „Das sind mittlerweile Wegwerfprodukte, die man zu Tausenden im Darknet kaufen kann. Wir finden deshalb auch Fake

„KI wird bereits jetzt eingesetzt, um Angriffsoperationen noch gezielter, effizienter und schwerer zuordenbar zu machen.“

Bundesamt für Verfassungsschutz

Shops, die zu einem Verbund mit Hunderten, manchmal sogar Tausenden gehören, die alle von ein und demselben Betreiber stammen“, schildert Oliver Havlat, Leiter des Fakeshop-Finder-Projekts bei der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen. Durch KI lassen sich gefälschte Bilder von Produkten, vermeintlichen „Shop-Teams“ oder Ladengeschäften schnell erzeugen.

Täuschend echte Simulationen

Täter nutzen KI-Systeme, um Bilder, Stimmen oder Videos existierender Personen zu imitieren, sie verwenden Material aus sozialen Medien. Mit den gestohlenen Identitäten durchlaufen sie das Video-Ident-Verfahren, eröffnen Konten, schließen Verträge ab oder beantragen Kreditkarten, um Waren auf Kosten der Geschädigten zu kaufen. „Wir gehen davon aus, dass die Anzahl glaubwürdiger Täuschungen durch generative KI ansteigt“, sagt Nora Kluger.

Tonaufnahmen gewinnen für Cyberkriminelle an Bedeutung. Personalisierte Deepfakes von Stars, die mit vermeintlichen persönlichen Treffen bei Fans werben, gehören bereits zum Repertoire. Über Social-Media-Accounts und andere öffentliche Profile kundschaften Verbrecher die Vorlieben potenzieller Opfer aus. Die Bundesnetzagentur berichtet zudem von Einzelfällen, in denen synthetische Stimmen für eine Betrugsmasche genutzt wurden, die „CEO Fraud“ oder „Fake President“ genannt wird. Dabei bauen die Täter mit der „echten“ Stimme des Chefs telefonisch

Druck auf, um Mitarbeiter dazu zu drängen, Firmengeld zu überweisen.

Der KI-Einsatz durch Betrüger schlägt sich auch in den Zahlen von Versicherungen nieder: Nach einer Hochrechnung des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft werden die Schäden in der Vertrauensschadenversicherung – die Unternehmen unter anderem nach Betrugsfällen entschädigt – 2025 auf mehr als 200 Millionen Euro steigen. Im Vergleich zum Vorjahr wäre das ein Anstieg um 20 Prozent. Auch die Versicherungen selbst sind betroffen: Nach Angaben des BSI ergreifen Versicherungsunternehmen zunehmend Maßnahmen, um sich vor Schäden durch KI-generierte Bilder und Videos zu schützen, die bei Versicherungsbetrug durch gefälschte Schadensmeldungen eingereicht werden. Nach Ansicht des BSI ist das ein deutlicher Hinweis auf eine starke Zunahme KI-generierter Fälschungen.

Kapitel III Die „alte“ Mafia

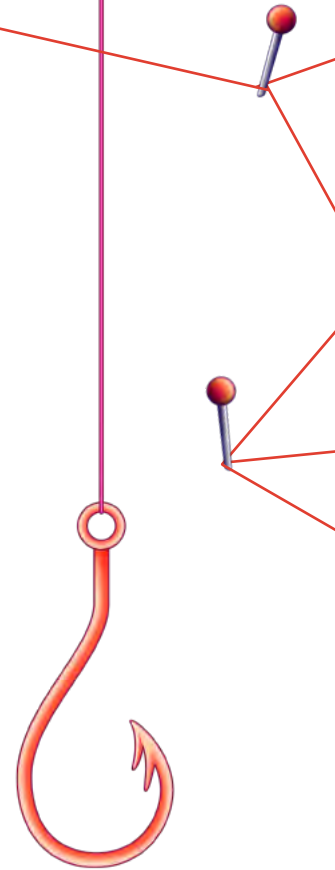
In eine Zwickmühle geraten Ermittlerinnen und Ermittler, wenn es ihnen gelingt, Kriminelle abzuhören, die sich sicher fühlen. Das gelang zum Beispiel mit verschlüsselten – und geknackten – Messengern, wie etwa ANOM, über die Gangster Drogendeals im Tonnenbereich organisierten. Es gelang aber auch in einem kleinen Ort in Kalabrien. Ein Boss der 'Ndrangheta, der kalabrischen Mafia, lebte dort. Sein Clan ist auch in Deutschland aktiv. Der Boss lud über längere Zeit hinweg Leute in seine Kellerbar und soll mit ihnen über den Handel und Schmuggel von Mineralölprodukten, über Diebstähle und Immobiliengeschäfte, über die Rangordnung in seiner Organisation und über rivalisierende Clans gesprochen haben. Er ahnte wohl kaum, dass es Fahndern gelungen war, Wanzen in dem als sicher geltenden Haus unterzubringen, sonst wäre er bestimmt zurückhaltender gewesen. So aber hörten die Ermittler monatelang mit und erfuhren, dass der Clan und seine Mitglieder offenbar im Cyberraum aktiv sind. Der Erfolg war für sie ein Grund zur Freude und stellte sie gleichzeitig vor Probleme. Zum einen mussten sie einen Weg finden, die Informationen

zu nutzen, ohne dass klar wurde, woher diese kamen. Zum anderen verstanden die Ermittler anfangs wohl kaum, wovon der Boss da redete. Das lag nicht nur an Nebengeräuschen und sich überlagernden Stimmen auf den Aufnahmen. Nein, zu neu war das, was er von sich gab, zu speziell. Er klang fast wie ein hochspezialisierter Bankmitarbeiter. Und Kronzeugen, die ihnen das Gehörte hätten übersetzen können, mussten die Ermittler noch finden. Vermutlich auch deshalb kamen manche der Gespräche erst einige Jahre später in Ermittlungsakten wieder zum Vorschein.

Boss: „Schau, wir haben die Plattform bereits ... Weißt du, was die Plattform ist? Ein Staat leiht sich Geld ... Das ist alles! Der amerikanische Staat, der englische Staat, der deutsche Staat, der marokkanische Staat ...“ **Gesprächspartner:** „Auch privat, auch privat.“ **Boss:** „Mit einem MT 760 gibt es die Bankgarantie. Mit der kannst du den MT 103 beantragen, dann verlangen sie zur Bestätigung den MT 699. Den 699 muss praktisch deine Korrespondenzbank machen. Nachdem du den 699 gemacht hast, muss deine Gegenbank ... die Bank, sagen wir unsere Bank, den MT 760 schicken. Dort bekommt man dann den Swift ... (unverständlich) ... sobald der Swift da ist, gibt es, sagen wir, Liquidität ... grob erklärt ... Die Staaten geben ihm dann 15 Prozent auf 100 Millionen im Monat, also 15 Millionen.“

D

Die 'Ndrangheta machte offensichtlich Geld mit Kreditlinien. Diese sollen Banken den Beauftragten des Clans eingeräumt haben, oft ohne Sicherheiten. Abgehörte Gespräche wiesen darauf hin, dass es den Mafiosi gelungen war, Bankfunktionäre für ihre Zwecke zu gewinnen. Jahre später gewannen die Ermittlungsbehörden Kronzeugen, die an den Geschäften beteiligt waren, und fanden heraus, dass im Auftrag des sizilianischen Clans mehrere Teams quer über den Erdball aktiv geworden waren. Dem Clan sei es gelungen, einen Funktionär einer wichtigen Bank für sich zu gewinnen, wie aus Abhörprotokollen hervorging. Er habe garantiert, dass die



13. JANUAR 2026

Phishing

Ulm,
Baden-Württemberg

Ein 56-Jähriger bemerkt Störungen an seinem Laptop. Nach einem Pop-up-Hinweis auf seinem Bildschirm ruft er eine angebliche Störungsdienst-Nummer an und erlaubt einem vermeintlichen Software-Mitarbeiter Zugriff auf den Rechner. Danach kommt eine hohe Rechnung.

12. JANUAR 2026

Sextortion

Enzkreis,
Baden-Württemberg

Nach Messenger-Kontakt mit einer Frau, welche ihm intime Videos und Fotos gegen Bezahlung gesendet hat, schickt ein 25-Jähriger ein intimes Foto von sich. Unbekannte drohen ihm mit Veröffentlichung und erpressen 1.800 Euro.

6. JANUAR 2026

Scam

Hagen,
Nordrhein-Westfalen

Ein 68-Jähriger überweist mehrere Tausend Euro an einen Unbekannten, der sich in einer App als US-Soldat in Togo ausgibt, eine Beziehung aufbaut und Geld fordert, um den Geschädigten besuchen zu können. Später verlangt er erneut Geld wegen angeblicher Zollprobleme am Flughafen. Daraufhin erstattet der 68-Jährige Anzeige.

Finanzgeschäfte funktionierten. Die Verdächtigen nahmen demnach mehrmals auf ihn Bezug. Die Bank weist allerdings jeden Vorwurf in diesem Zusammenhang von sich. Auch Hacker mit Wurzeln in Deutschland seien für den Clan im Einsatz gewesen. Sie hätten unter anderem die Aufgabe gehabt, in die Systeme von Banken einzudringen, ruhende Konten aufzuspüren und die Bankkommunikation zu manipulieren.

Die Staatsanwaltschaft bestätigte die Ermittlungen. Sie hätten sich gegen acht Beschuldigte gerichtet, unter anderem wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung im Ausland. Man warf der Gruppe vor, schwere Straftaten zu planen, unter anderem Geldwäsche. Die Ermittlungen seien aber eingestellt worden, da sich kein hinreichender Tatverdacht ergeben habe. In Italien dagegen liefen die Ermittlungen weiter, um so viele Beschuldigte wie möglich vor Gericht zu stellen, auch einen Hacker, der in Deutschland lebt. Er wird aber nicht ausgeliefert.

Ein berühmter Ansatz von Antimafia-Ermittlern lautet: Follow the money – über den Fluss des Geldes lassen sich die dazugehörigen Kriminellen finden. Die Methode wurde in den 1980er Jahren entwickelt. In Sizilien hatte man als Erstes verstanden, dass die Organisierte Kriminalität längst über Ländergrenzen und Kontinente hinweg agierte. Das Prinzip lässt sich auch umgekehrt denken: Dort, wo viel Geld bewegt wird, wird auch Geld aus Straftaten bewegt. Also findet sich dort die Organisierte Kriminalität. Und wenn im Cyberspace viel Geld bewegt wird, dann sind dort Mafia-Organisationen aktiv, und zwar bei verschiedenen Delikten, etwa Betrug, Datendiebstahl, Spionage.

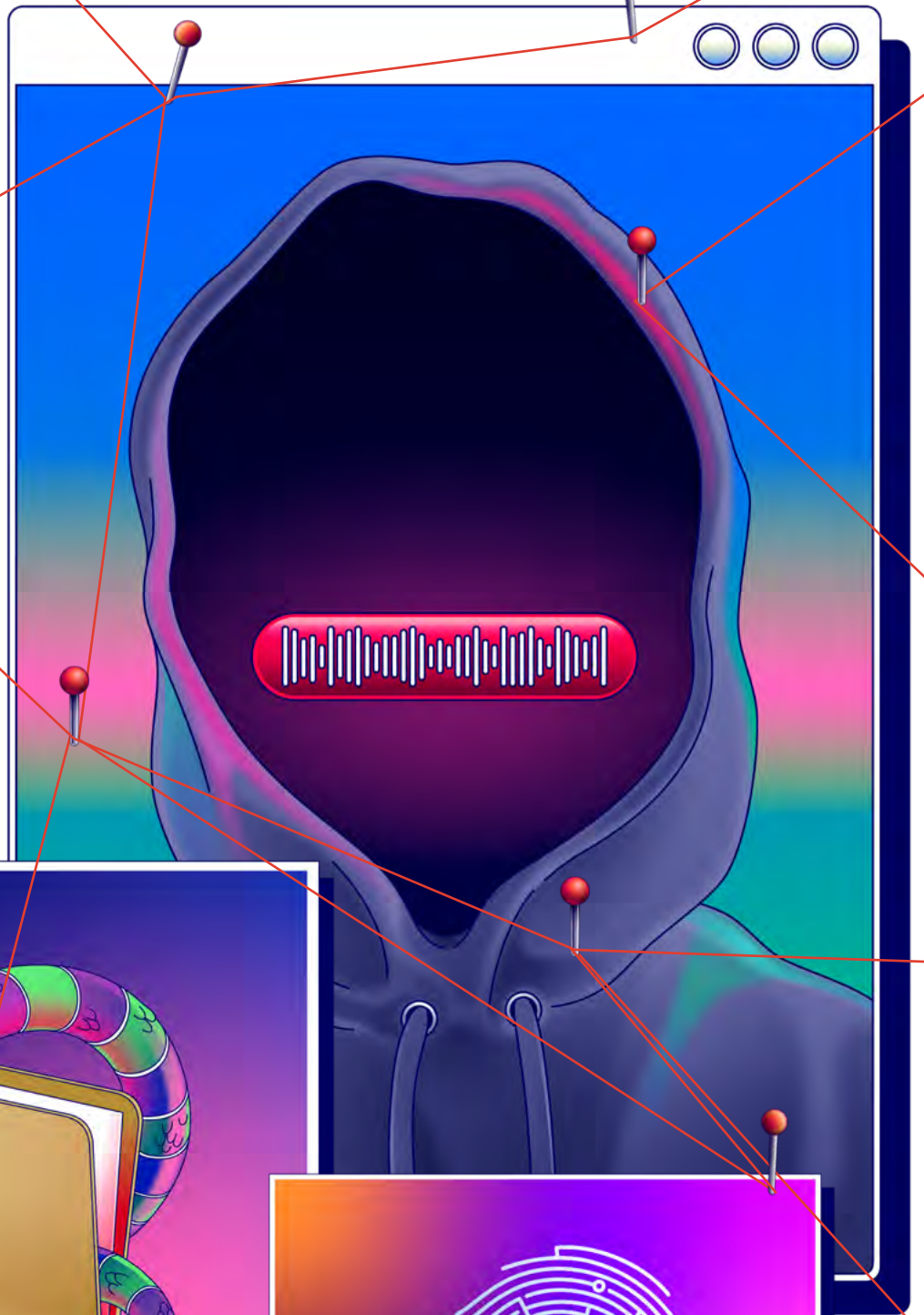
Die Geschichte des sizilianischen Clanbosses und weitere Ermittlungsverfahren sprechen dafür, dass alteingesessene italienische Organisationen im Cyberspace aktiv sind. Gilt das auch für andere etablierte Gruppen wie die chinesischen Triaden oder die Russische Organisierte Kriminalität? Der Soziologe Jonathan Lusthaus von

der Universität Oxford hat sich die Frage genauer angeschaut. Für seine Studie „Is the Mafia Taking Over Cybercrime?“ hat er in zwanzig Ländern Interviews geführt, 238 insgesamt, mit Strafverfolgungsbehörden, früheren Cyberkriminellen wie auch dem privaten Sektor. Dazu kamen Recherchen vor Ort in Hotspots der digitalen Kriminalität, etwa in Russland, der Ukraine, Rumänien, Nigeria und China. Das Resümee seiner bereits 2018 veröffentlichten Untersuchung: Die Organisierte Kriminalität spiele eine Rolle bei Cyberstraftaten, sei aber weit davon entfernt, den Bereich zu übernehmen. Manchmal träten Gruppierungen als Investor in dem Bereich auf. Häufiger aber würden sie von Cyberkriminellen bei der Geldwäsche unterstützt. Die häufigste Variante: Mafiosi heuerten für eigene Projekte Experten an und überwachten diese dann bei der Verrichtung der Straftaten im Cyberraum.

Kapitel IV Die Folgen

Die Rechnung kam per E-Mail und schien wie beim letzten Mal auszusehen. Also überwies das Unternehmen aus Süddeutschland rund 42.000 Euro an den von ihm beauftragten Baumaschinenhersteller in China – mit dem vorher alles „unproblematisch“ gewesen sei, erinnert sich ein Firmenverantwortlicher im Prozess gegen die fünf mutmaßlichen Mitglieder der Cybercrime-Mafia am Landgericht Oldenburg. Nach ein paar Tagen „wollten wir die Maschinen abholen lassen, aber der Hersteller sagte, es ist kein Geld da. Wir haben sofort die Bank angerufen und versucht, das Geld zurückzuholen. Das ging aber nicht“. Kurz darauf erfuhr er, dass der chinesische Zulieferbetrieb gehackt worden war. Volker Peters vom LKA Niedersachsen, langjähriger Ermittler und jetzt in der Prävention, sagt: „Gerade bei kleinen und mittelständischen Unternehmen kommt es bei Cybersicherheitsvorfällen, insbesondere bei Verschlüsselung, vor, dass sie in ihrer Existenz bedroht sind oder diese sogar verlieren.“ Jana Ringwald ist Oberstaatsanwältin bei der Zentralstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (ZIT) der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt

Mit Hilfe von Audio-
material und Künstlicher
Intelligenz können
Stimmen nachgeahmt,
Menschen getäuscht und
unter Druck gesetzt wer-
den. Auch Anlagebetrug
ist weit verbreitet.



Zahlen. Daten. Fakten.



Beim WEISSEN RING steigen die Fälle, die das Tatmerkmal „Internet“ enthalten, über die Jahre an. Darunter fallen Taten beispielsweise wie Cybermobbing, Beleidigungen, Bedrohung, Stalking und Betrug.

Recherche: Selina Stiegler

Stalking
mit dem Tatmerkmal „Internet“

2023

188

Opferfälle registrierte der WEISSE RING.

2024

197

Opferfälle waren es zwar bereits ein Jahr später.

2025

154

Im vergangenen Jahr wurden jedoch weniger Fälle registriert.

Opferfälle
mit dem Tatmerkmal „Internet“ von 2023–2025

2023

820

Insgesamt gab es
20.317 registrierte Opferfälle.

2024

932

Insgesamt gab es 22.044 registrierte Opferfälle.

2025

943

Insgesamt gab es 25.209
registrierte Opferfälle.

Der Vergleich:

271

2023

Der WEISSE RING registriert vermehrt Menschen, die Opfer von Internet-Betrügern werden.

357

2025

„Attacken kosten Unternehmen unglaublich viel Geld. Am teuersten sind nicht mal die Erpressungssummen, sondern die Folgekosten.“

Oberstaatsanwältin Jana Ringwald

am Main. Ebenso wie Peters war sie an spektakulären internationalen Ermittlungen beteiligt. Ringwald sagt: „Attacken kosten Unternehmen unglaublich viel Geld. Am teuersten sind nicht mal die Erpressungssummen, sondern die Folgekosten: Der Betrieb steht länger still, eventuell muss eine neue Server-Struktur her, und wenn Kundendaten betroffen sind, drohen Schadenersatz und ein großer Vertrauensverlust.“ Im Gegensatz zu den finanziellen Folgen würden die psychologischen kaum diskutiert: „Geschäftsführer berichten nach einem Cyberangriff oft, es sei das Schlimmste, was sie je erlebt hätten, auch weil sie das Ereignis nicht ‚greifen‘ können. Jemand hat einen Anhang angeklickt und jetzt steht alles still. Dazu die Ungewissheit bei allen: Wie schlimm ist es? Sind Arbeitsplätze gefährdet? Droht die Insolvenz?“

Bei betroffenen Privatleuten können die Konsequenzen „bis zum Suizid“ reichen, etwa wenn Täter drohen, intime private Inhalte zu veröffentlichen, weiß Peters. Unter den Betroffenen, erzählt Ringwald, seien auch Männer Anfang 40 mit Studienabschluss und auf Partnersuche. „Sie werden Opfer von Love-Scam, verlieren mehrere Hunderttausend Euro. Dann können Persönlichkeiten komplett in sich zusammenklappen. So sehr schämen sie sich und leiden darunter, dass jemand ihre ‚Schwachstellen‘, Einsamkeit und Sehnsucht nach Liebe, derart ausgenutzt hat.“

Weitere Hinweise auf das Ausmaß der Folgen von Cyberkriminalität für Privatleute gibt eine Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN). Sie kombiniert eine repräsentative Dunkelfeldbefragung von 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern in dem Bundesland mit qualitativen Interviews mit Betroffenen. Zu den Forschenden, die an der 2022 veröffentlichten Untersuchung mitgewirkt haben, zählt Philipp Müller. Das wesent-

liche Ergebnis der Dunkelfeldstudie: „In den vergangenen zwölf Monaten war jeder vierte Befragte von Cybercrime im weiteren Sinne betroffen und jeder siebte von Cybercrime im engeren Sinne“, sagt Müller.

Zu den häufigsten Formen der ersten Kategorie zählten Betrug beim Onlinehandel, Belästigung, vor allem sexuelle, Beleidigungen und Bedrohungen. Bei der zweiten Kategorie ging es hauptsächlich um Hacking von Mail-Konten oder Konten auf sozialen Plattformen, Datendiebstahl und Schadsoftware. Die entstandenen Kosten lagen den Angaben der Betroffenen zufolge zwischen 100 Euro bis 80.000 Euro.

P

Psychische Folgen traten demnach vor allem bei Hate Speech, Betrug und Belästigung auf. Viele Studienteilnehmer gaben an, sie seien angespannt gewesen, hätten sich hilflos und unsicher gefühlt. Häufig, so Müller, „kam es auch zu Selbstvorwürfen: ‚Wie konnte mir das passieren, obwohl mir die Gefahren bekannt sind?‘“ In vielen Fällen hätten sich die Opfer während der Attacke in „vulnerablen Momenten“ befunden, in denen sie gestresst oder müde gewesen seien, so wie ein Opfer, das während eines Arbeitsmeetings unaufmerksam war und auf eine gefälschte WhatsApp-Nachricht hereinfiel.

Interessant ist, dass lediglich ein Siebtel der befragten Betroffenen die Straftaten anzeigte, am ehesten bei Betrug und Diebstahl von Daten. Als Hauptgründe für den Verzicht auf eine Anzeige wurde eine geringe Aussicht auf erfolgreiche Ermittlungen genannt sowie die Ansicht, dass die Tat nicht so gravierend gewesen sei. Die erfolgreichen Attacken hätten offenbar auch ihr Gutes: „Ein großer Teil der Betroffenen aus

5. JANUAR 2026

Anlagebetrug

Augsburg, Bayern

Eine 32-Jährige wird von einem Unbekannten über eine Dating-App kontaktiert und zu Krypto-Investments gedrängt. Von Ende Oktober bis Ende Dezember 2025 nimmt sie dafür einen Kredit im fünfstelligen Bereich auf und überweist das Geld. Danach bricht der Täter den Kontakt ab.

12. DEZEMBER 2025

Scam

Trier, Rheinland-Pfalz

Eine 36-Jährige verliert einen fünfstelligen Betrag an einen Unbekannten. Der hat sich im Facebook-Messenger als „Management“ eines deutschen Schlagersängers ausgegeben. Sie zahlt - unter anderem für einen Privatjet, mit dem der Star angeblich zu einem privaten Treffen eingeflogen werden soll.

13. AUGUST 2025

Anlage- Betrug

Greifswald, Mecklenburg-
Vorpommern

Ein Paar verliert mehr als 75.000 Euro. Täter sprechen die Geschädigten über WhatsApp-Gruppen an und geben sich als Finanzexperten aus. Der Mann verfolgt angebliche Aktien-Investments in einer „Finanz-App“ und überweist wochenlang Geld auf ausländische Konten. Als die Auszahlungen ausbleiben, fällt der Betrug auf.

der Interviewstudie äußerte, jetzt sensibler für Risiken zu sein und zum Beispiel einen Passwort-Manager zu haben.“

Kapitel V Der Kampf gegen Cybercrime

Der Mann, Anfang 30, der im Landgericht Gießen auf der Anklagebank Platz genommen hat, macht keinen gefährlichen Eindruck: ruhige Stimme, hellblaues Hemd. Er wirkt zurückhaltend und höflich. Eine SEK-Einheit hat sich im und vor dem Gebäude postiert. Das liegt weniger an dem Angeklagten, der bereits ein Teilgeständnis abgelegt hat, sondern vielmehr an dem hochkriminellen Umfeld, für das er agierte. Der Angeklagte war offenbar Administrator des Crimenetworks, des größten deutschsprachigen illegalen Online-Marktplatzes. Es gab dort unter anderem Waffen und Drogen zu kaufen, aber auch Anleitungen für Straftaten. Vor Gericht erzählt der Fachinformatiker, wie es zu seiner kriminellen Laufbahn kam: Als junger Mann „beschränkte sich meine Freizeitgestaltung auf Tätigkeiten hinter dem Rechner“. Er sei von einem Forum ins nächste gekommen, habe sich viele Kenntnisse und Fähigkeiten angeeignet und

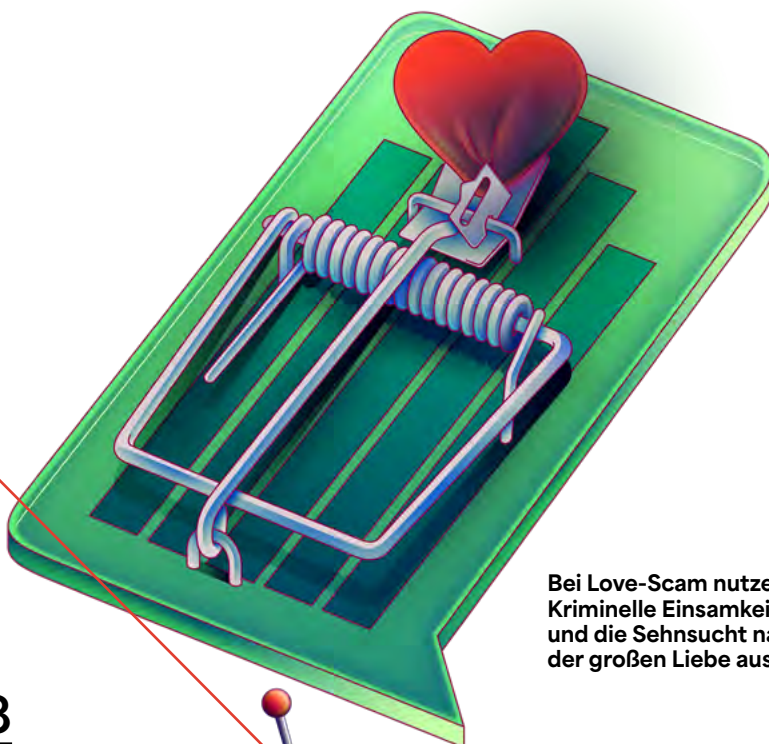
diese später anwenden wollen. Dann sei er immer tiefer reingeraten. Der Angeklagte hatte als Administrator eine wichtige Funktion im Crimenetwork, war aber lediglich ein Rad im Räderwerk.

Volker Peters vom LKA Niedersachsen sagt: „Den klassischen Hacker, der im Keller sitzt und alleine agiert, gibt es nicht mehr.“ Peters verweist auf das Neun-Säulen-Modell des BKA, das die arbeitsteilige Struktur des „Cybercrime-as-a-Service“ beschreibt: Es gibt Programmierer, Techniker, Betreuer für die Infrastruktur sowie Leute, die auf Phishing oder Krypto-Geldwäsche spezialisiert sind. Vor Großangriffen laufen häufig Ausschreibungsverfahren, bei dem sich Spezialisten mit ihrem Nickname und bisherigen „Erfolgen“ bewerben.

Oberstaatsanwältin Ringwald berichtet, dass die Täter „einander gar nicht genau kennen wollen und auch nicht müssen“. Alles geschieht so anonym wie möglich. Sie nutzen mehrere verschlüsselte Kommunikationsformen, um möglichst keine Spur zu hinterlassen. Es handelt sich um lose, internationale Verbände: „Cyberkriminalität kennt keine Grenzen.“

Diese anonymen, professionellen und dezentralen Zusammenschlüsse auf Zeit stellen Ermittler vor große Herausforderungen: Es ist schwierig zu sagen, wer zu welchem Zeitpunkt welche Tat begangen hat. Und: Datendelikte wie Computersabotage oder Datenhehlerei können großen Schaden anrichten. Sie gelten aber als weniger schwer. Das bleibt nicht ohne Folgen, denn ob man einen Server überwachen darf, hängt von der Schwere des Delikts ab. „Daher“, erklärt Ringwald, „können wir oft nur dann den gesamten ‚Instrumentenkasten‘ der Strafprozessordnung nutzen, wenn der Fall Elemente des Betrugs oder der Erpressung aufweist oder eine kriminelle Vereinigung vorliegt.“ Trotz der Hürden schaffen es Ermittlungsbehörden, Cyberkriminellen empfindliche Schläge zu versetzen – wie im November 2025, als Deutschland und internationale Partner erfolgreich gegen zwei besonders gefährliche Schadsoftware-Varianten vorgegangen sind. Neben dem BKA war auch das ZIT beteiligt.

Wie das gelingt? „Auch wir warten auf den menschlichen Fehler“, erzählt Ringwald. Etwa, dass eine Verschlüsselung



Bei Love-Scam nutzen Kriminelle Einsamkeit und die Sehnsucht nach der großen Liebe aus.

nicht funktioniert, ein Täter zu viele Informationen über sich preisgibt. „Wir versuchen, einen Fuß in die Tür zu bekommen. Wichtig ist auch, im Darknet ‚Streife‘ zu fahren und sich anzuschauen, was für Täter gerade relevant ist, welche Dienstleistungen, Foren oder Tools es gibt.“ Ein bedeutender Ansatzpunkt sei, Zahlungsströme zu verfolgen. „Kryptowährungen bieten nur eine Pseudo-Anonymität. Wir können bei Providern Anfragen stellen.“

Teilweise profitieren deutsche Ermittler von Hinweisen aus dem Ausland. Informationsaustausch und zentrale Ermittlungen seien entscheidend, betont Volker Peters.

A

Auch potenzielle Opfer sind nicht machtlos. Peters empfiehlt: „Privatleute sollten hinterfragen, wenn sie digital unterwegs sind, sich informieren, welche Maschen gerade verbreitet sind, und auf Instrumente wie Passwortmanager und Verschlüsselungstechnologien zurückgreifen, um möglichst anonym zu bleiben.“ Firmen könnten etwa große Netzwerke segmentieren, was die Angriffsfläche verkleinert. Laut Ringwald braucht es ein Umdenken: „Unser Leben ist fast komplett digital. Deshalb müssen wir im Netz Sorgfalt an den Tag legen, sparsam mit unseren Daten umgehen und in Sicherheit investieren, zum Beispiel in Backup-Systeme, auf denen wir unsere Daten ein zweites Mal ablegen können, damit sie nicht verloren sind, wenn wir gehackt wurden.“ Firmen sollten vom Ernstfall ausgehen und sich dafür aufstellen.

Doch wie gut ist Deutschland aufgestellt gegen die digitale Bedrohung? Volker Peters und Jana Ringwald sehen eine Reihe von Fortschritten, etwa eine bessere Vernetzung, zentrale Ermittlungen und mehr Personal. Sicherheitsbehörden wie das LKA in Nordrhein-Westfalen setzen zunehmend auf datengetriebene Methoden. KI-gestützte Analysen helfen dabei, große Datenmengen auszuwerten oder Zusammenhänge zwischen Taten herzustellen.

Doch an Spezialisten in den Behörden mangelt es nach wie vor, auch weil die Gehälter in der IT-Branche oft deutlich höher sind. In manchen Bundesländern fehlt es an

”

„Er hat Süßholz geraspelt ohne Ende“

Eine Frau erzählt, wie sie Opfer eines Love-Scams wurde.

„Wenn ich diese Geschichte erzähle, muss ich eigentlich mit dem Tod meines Mannes anfangen. Er war die Liebe meines Lebens. Danach bin ich in eine Depression gerutscht. Ich habe irgendwann gedacht, ich könnte mein altes Leben weiterführen, wenn ich nur jemanden kennenlerne. Da habe ich den Entschluss gefasst, mich bei einer Dating-Plattform anzumelden.“

Im September 2022 hat mich dann dieser Love-Scammer eiskalt erwischt. Er sah so ähnlich aus wie mein Mann und schrieb, er sei auch Witwer. Er hat mir ein Bild vom Grab seiner Frau geschickt, und auch eins von ihr, als sie noch lebte. Er sei Deutsch-Amerikaner, habe eine deutsche Mutter und unterstütze sie gerade ein bisschen. Danach wolle er wieder in die USA, dort habe er eine Firma. Wir haben fast jeden Tag geschrieben, er hat mir auch Sprachnachrichten geschickt. Ich war glücklich.

Bevor ich zu meiner Cousine nach Mallorca geflogen bin, fragte ich ihn, ob wir uns nicht vor dem Abflug treffen wollen. Er sagte, er habe keine Zeit. Ich habe das akzeptiert. Heute würde ich sagen: ‚Du hast kein Interesse an mir. Tschüss.‘ Als ich wieder zurück war, habe ich ihn erneut gefragt, ob wir uns treffen wollen. Aber er hielt mich wieder hin. Nach ein paar Wochen hat er mir geschrieben, er fliege jetzt nach Kambodscha. Er sagte, er wolle dort einen Solarpark bauen.

Da fragte er mich das erste Mal nach Geld. Er sagte, er käme nicht an sein Konto. Ich habe im Internet recherchiert, ob ich ihm mit seiner Bank helfen könnte, aber das ging natürlich nicht. Ich wollte dann erstmal nichts machen. Er erzählte aber, es gehe ihm immer schlechter, er könne sich nicht einmal Lebensmittel kaufen. Ich habe ihm dann 600 Euro überwiesen. Er hat sich dafür bedankt und Süßholz geraspelt ohne Ende: ‚Du bist eine Liebe, ich vermisse dich, ich freue mich schon, wenn wir uns mal sehen‘ – so was eben. Er hat auch Bilder geschickt: vom angefangenen Solarpark oder aus seinem Hotelzimmer in Kambodscha. Das sah total echt aus. Ich habe damals nicht hinterfragt, wie er das Hotel bezahlt, wenn er sich kein Essen leisten kann. Heute denke ich: ‚Wie konnte ich nur ...‘

Er hat dann noch mal nach Geld gefragt. Dieses Mal behauptete er, er könne seine Arbeiter nicht bezahlen. Insgesamt habe ich ihm 9.500 Euro überwiesen. Angeblich auf das Konto seiner Mutter. Am Ende hat er gefragt, ob ich in seine Firma einsteigen möchte. Das war zu viel. ‚Noch mehr Geld gibt es nicht‘, habe ich gesagt. Ich habe meiner Familie von ihm erzählt. Wir sind zur Polizei, aber gehört habe ich von ihr nie wieder. Das Geld ist weg. Ich habe nicht aufgegeben, nach der Liebe zu suchen. Als ich nach dieser Erfahrung online mutmaßliche Love-Scammer entdeckt habe, habe ich sie direkt der Plattform gemeldet, um andere Frauen davor zu schützen. Leider habe ich aber manche der Profile weiterhin dort gesehen.“

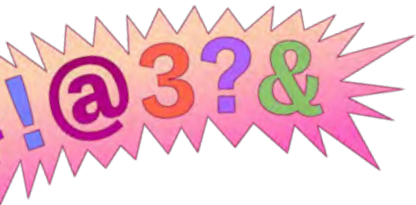
“

22. JULI 2025

Anlage- betrug

Mainz,
Rheinland-Pfalz

Ein 53-Jähriger verliert rund 150.000 Euro. Aufmerksam geworden durch eine Social-Media-Anzeige, tritt er einer WhatsApp-Aktiengruppe bei und installiert eine „Handels-App“. Er überweist 50.000 Euro. Nachdem die App ihm ein angeblich auf etwa 200.000 Euro angewachsenes Kapital angezeigt hat, überweist er weitere 100.000 Euro auf ausländische Konten. Die erwarteten Auszahlungen bleiben aus.



20

„Den klassischen Hacker, der im Keller sitzt und alleine agiert, gibt es nicht mehr.“

Kriminalhauptkommissar Volker Peters

der notwendigen Technik: Nicht alle haben beispielsweise Tools, mit denen sich der Fluss von Kryptowährungen nachvollziehen lässt. Ringwald fordert ein verstärktes „Denken in Daten“ in den Behörden: „Das bedeutet, dass die Ermittelnden, auch bei konventionellen Delikten, gleich klären lassen: Wie verlief die digitale Kommunikation? Gibt es Kryptowährungsspuren? Welche Provider sind beteiligt? Das muss schnell gehen.“

Darüber hinaus bestehen weiterhin gesetzliche Lücken. Zwar ist seit 2021 das Betreiben einer illegalen Handelsplattform strafbar, jedoch handelt es sich bei vielen strafbaren digitalen Delikten nach wie vor um Vergehen, nicht um Verbrechen. Entsprechend eingeschränkt sind mögliche Maßnahmen während der Ermittlungen. „Zugespitzt formuliert: Um einen Kaugummidiestahl aufzuklären, bekommt man auch nicht die Erlaubnis, Überwachungsmaßnahmen zu starten“, erklärt Volker Peters.

Nach Cyberangriffen mangelt es teils an Unterstützung für die Opfer. Manche berichten, sie fühlten sich von der Polizei, die ihnen vermittelt habe, eine Anzeige sei sinnlos, nicht richtig ernstgenommen und betreut.

Peters räumt ein, dass es zu „Kommunikationsstörungen“ kommen könne, wenn die Betroffenen auf Beamte träfen, die sich selten mit dem Thema Cyberkriminalität befassen und nicht dafür sensibilisiert sind: „Für Firmen gibt es in jedem Bundesland eine zentrale Ansprechstelle Cybercrime für Wirtschaftsunternehmen, bei Privatpersonen kann es manchmal schwierig werden.“ Deshalb rät er, im Zweifelsfall die Onlinewache der Polizei zu nutzen. Über das Portal gelange das Cybercrime-Anliegen zu Fachbereichen innerhalb der Polizei.

Ringwald gibt zu bedenken: „Kriminelle brauchen nur wenige Minuten, um einen Fakeshop aufzubauen und kaum eine Sekunde, um ihn wieder verschwinden zu las-

sen. Die Bemühungen im Kampf dagegen sind groß und die Erfolge punktuell auch.“ Aber schon die Masse an Cyberkriminalität führe dazu, dass die Aufklärungsrate nicht so groß sein könne wie gewünscht.

In Südostasien gibt es Scam-Center: professionell organisierte Betrugsfirmen vor allem in Myanmar, Laos und Kambodscha. Dort gehen mehr als 100.000 Menschen täglich dem Online-Betrug nach. Mitunter sind sie selbst Opfer von Menschenhandel.

I

Im Prozess gegen die mutmaßlichen „Black Axe“-Mitglieder nimmt eine 63-jährige Sekretärin im Zeugenstand Platz. Die Baden-Württembergerin erhielt eine Chatnachricht, angeblich von ihrer Tochter: Ihr Handy sei ins Klo gefallen, deshalb schreibe sie jetzt unter einer anderen Nummer. Am Tag darauf eine dringende Bitte: Eine Online-Überweisung könne nicht warten. Ob ihre Mutter helfen könne? Sie hilft, streckt mehrere Tausend Euro vor, auch „weil ich schon häufiger für sie überwiesen habe“. Die Nachrichten lesen sich so, wie man sich Nachrichten einer jungen Frau in dieser Situation vorstellen würde. „Genau so drückt sie sich aus“, sagt die Sekretärin.

Drei der fünf Angeklagten hatten bei Redaktionsschluss Teilgeständnisse abgelegt. Als letzte Zeugin am dritten Prozesstag sagt eine Polizistin aus. Im Herbst 2024 wurde sie zu einem Amazon-Standort gerufen, nachdem ein Kandidat während eines Bewerbungsverfahrens offenbar „einen falschen Ausweis vorgelegt“ hatte. Im Laufe der Ermittlungen erhärtet sich der Verdacht auf Menschenhandel: Der Bewerber soll das Dokument von einem ihm ähnlich sehenden Mann bekommen haben. Gegen Geld.

Der Traum vom großen Geld

Eine vermeintlich lukrative Investition stellt sich als perfide Betrugsmasche heraus. Auch der WEISSE RING hat immer öfter mit Opfern von Cyberbetrug zu tun.



Zu Beginn zahlen Kryptobetrüger schon mal kleine Gewinne aus, um sich Vertrauen zu erschleichen.

D

Der Finanzberater nennt sich „Oliver Gibson“. Sein Profilfoto auf WhatsApp zeigt einen jungen Mann in einem blauen Jackett, er blättert in einem Buch. Im Ok-

tober 2024 macht er Tahir Aboumri (Name geändert) ein verlockendes Angebot: Wenn er 250 Euro in eine Kryptowährung investiert, werde sich das Geld innerhalb kürzester Zeit vervielfachen. Ein kleiner Betrag reiche; die Gewinnspanne sei unendlich.

Ein Arbeitskollege hatte dem 53-jährigen von dem Angebot erzählt. Aboumri arbeitet in einer Asylbewerberunterkunft in Osnabrück im Sicherheitsdienst. Er ist im Irak aufgewachsen und lebt seit 2002 in Deutschland. Mit seiner Frau hat er einen siebenjäh-

„Das Geld hätte unsere Familie gut gebrauchen können. Wahrscheinlich war ich deshalb so gutgläubig.“

rigen Sohn. „Das Geld hätte unsere Familie gut gebrauchen können“, sagt er. „Wahrscheinlich war ich deshalb so gutgläubig.“

An einem Montag im November will Aboumri dem WEISSER RING Magazin in einem Videotelefonat erzählen, was ihm widerfahren ist. Nervös schiebt er seine Brille auf dem Nasenrücken hoch. Er räuspert sich und blättert immer wieder in seinen Unterlagen, bevor er antwortet. Tahir Aboumri will, das sei ihm ein Anliegen, die Zusammenhänge und Zahlen korrekt wiedergeben.

Die Gewinne werden Aboumri in der fingierten Krypto-Börse angezeigt

Im Herbst 2024 eröffnen Aboumri und seine Frau unter der Anleitung des vermeintlichen Finanzberaters ein Wallet, ein Konto auf einer Börse, auf der man mit Kryptowährungen handeln kann. Diese digitalen Währungen funktionieren unabhängig von Banken und werden über spezielle Plattformen verwaltet. Aboumri und seine Frau legen insgesamt 250 Euro in Ethereum (ETH) an.

Am Anfang läuft scheinbar alles nach Plan. „Herr Gibson“ informiert Aboumri fleißig und sogar unaufgefordert per Mail über erste Gewinne, rund 300 Euro sind es im ersten Monat – der Einsatz hat sich mehr als verdoppelt. Seine Frau und er sind so begeistert, dass sie sofort mehr investieren wollen. Zunächst kratzen sie ihre Ersparnisse zusammen und überweisen 5.000 Euro. „In drei Tagen hat sich der Wert mehr als verdreifacht“, erinnert sich Aboumri. 17.000 Euro, so hat es Gibson geschrieben.

Also macht Aboumri weiter, leiht sich später auch Geld von Verwandten. Wo kann man schließlich so schnell und so leicht etwas verdienen? Aboumri beteuert, er habe zu keinem Zeitpunkt an der Aufrichtigkeit von Gibson gezweifelt. Regelmäßig informiert ihn der angebliche Finanzberater über seine Gewinne, in Mails, die vorgeblich im Namen und mit dem Logo der bekannten, real existierenden Krypto-Börse verschickt worden sind. Nach ein paar Monaten informiert Gibson Aboumri, dass er rund 140.000 US-Dollar

Gewinn gemacht habe, später folgt eine weitere Nachricht: Der Gewinn sei nun sogar auf 230.000 Dollar gestiegen.

Monate später entpuppt sich die Investition als perfider Betrug.

Heute weiß Aboumri: Die Masche läuft immer ähnlich. Jemand, der sich als Finanzberater oder Broker ausgibt, kontaktiert potenzielle Opfer per E-Mail und in den sozialen Netzwerken, leitet sie danach telefonisch und per Messenger an. Gemeinsam richten sie mit den Opfern ein Wallet ein, das sie dann manipulieren. So auch bei Aboumri: Wenn er sich einloggte, wurden ihm Gewinne angezeigt, die nie existierten. Die Betrüger hatten außerdem Zugriff auf seine Bankdaten.

D

Die Einstiegsinvestition ist in der Regel niedrig, manchmal zahlen die Betrüger sogar einen ersten kleineren Gewinnbetrag an die Opfer aus. So bauen sie ein Vertrauensverhältnis auf und kommen dabei häufig an personenbezogene Daten wie Personalausweise oder Kontodaten. Sie kundschaften aus, wie viel Geld von möglichen Opfern zu holen ist, ob jemand ein Haus als Sicherheit besitzt oder wie kreditwürdig er ist. Mit fiktiven Kontoständen und angeblichen Kurssteigerungen bringen sie ihre Opfer dazu, immer mehr Geld zu investieren. Ihr Vorgehen ist professionell und geschickt, die Kommunikation erfolgt direkt, mit persönlichen „Betreuern“, über Messengerdienste und oft mit Telefonnummern aus Deutschland, was zusätzlich Sicherheit vorgaukeln soll. Oft schalten die Betrüger Werbeanzeigen mit Fotos von Prominenten, in Aboumris Fall mit einem Bild vom angeblichen Markenbotschafter Günther Jauch.

Bald sind alle Ersparnisse aufgebraucht

Als sich Aboumri zum ersten Mal seinen Gewinn auszahlen lassen will, halten ihn die Betrüger hin. Sie fordern ihn auf, zunächst noch mehr Geld zu überweisen: für Provisionen und diverse Gebühren. Knapp

5.000 Euro soll er zahlen, um ein Konto zu eröffnen, auf dem die Auszahlung abschließlich möglich sein soll. 10.000 Euro würden als „Handelsabgabe an die Unabhängige Brokervereinigung“ benötigt. Die angeblichen Gewinne sind immer wieder an weitere Zahlungen geknüpft.

S

Sobald Aboumri zögert, drohen die Betrüger ihm mit einem Geldwäscheverfahren und hohen Strafen, die sie allerdings abwenden könnten, wenn er weitere 26.000 Euro zahle – von seinem Gewinn, auf den er aber noch keinen Zugriff hat. Darum soll er auch diesen Betrag vorstrecken. Aboumri zahlt weiter, solange er kann, um an den ersehnten Gewinn zu kommen. Irgendwann hat er nicht nur seine Ersparnisse aufgebraucht, sondern zudem hohe Schulden. Er hat Kredite bei zwei Banken aufgenommen, dazu kommen private Darlehen von seiner Schwiegermutter, seinem Schwager und seinem Bruder. „Ich dachte, so komme ich endlich an mein Geld“, sagt er. Als er Anfang 2025 kein Geld mehr auftreiben kann, verschärfen die Betrüger ihren Ton, beginnen, ihm zu drohen. „Da habe ich zum ersten Mal Angst bekommen“, sagt Aboumri. Er blockiert die Anrufe und Nachrichten des angeblichen Finanzberaters und geht zur Polizei.

Der Betrug mit Kryptowährungen ist in den vergangenen Jahren stark angestiegen. Experten zufolge sollen allein 2024 weltweit Schäden in Höhe von mehr als acht Milliarden Euro entstanden sein. Oft sind es Menschen, die unter finanziellem Druck stehen, die sich schnell und unkompliziert etwas dazuverdienen wollen. Viele verlieren dabei ihr gesamtes Ersparnis oder verschulden sich. Es kann jeden erwischen. Aboumri hatte in seiner Heimat sogar als Informatiker gearbeitet. „Bis zum Ende habe ich Herrn Gibson geglaubt“, sagt er. „Dabei war alles gelogen.“ Rückblickend bezeichnet er sein Verhalten als „naiv“ und „gierig“.

Mehr als 100.000 Euro hat Tahir Aboumri verloren. Kontoauszüge und E-Mails hat er akribisch gespeichert (sie liegen der Redaktion vor), doch als er im März 2025 Anzeige bei der Polizei Osnabrück erstat-

tet, macht man ihm wenig Hoffnung. Die Aussichten, das Geld zurückzubekommen, seien gering, sagen ihm die Beamten direkt. „Für mich war das ein Schock“, sagt er.

Die Schulden wird Aboumri noch viele Jahre abzahlen müssen

Heute habe er seine Lage akzeptiert, sagt Aboumri. „Ich muss mit meinem Fehler leben, aber für mich und meine Familie ist das ein schwerer Schlag. Wir kämpfen seither mit großen finanziellen und psychischen Belastungen.“ Die erste Zeit habe er nicht schlafen können, sein Sohn habe stark abgenommen. Das Geld ist knapp, vor allem am Ende des Monats. Die Anwälte, die er anscrieb, gaben ihm wie die Polizei zu verstehen, dass er sein Geld nicht zurückbekommen werde. Wollte er es versuchen, kämen weitere Anwaltskosten auf ihn zu, die er nicht tragen könne.

Aboumri ist der Hauptverdiener in der Familie, er arbeitet zwölf Stunden am Tag für rund 2.700 Euro netto im Monat. Davon tilgt er monatlich knapp 500 Euro Kreditschulden bei den Banken, seinen Verwandten zahlt er alle zwei Monate niedrige vierstellige Beträge zurück. Er überlegt, Privatinsolvenz anzumelden.

I

Im Juni teilte ihm die Staatsanwaltschaft Osnabrück mit, dass sie das Verfahren eingestellt habe. Es sei „nicht möglich“, heißt es in dem Schreiben, die Täter zu ermitteln, weil diese erfundene oder missbräuchlich verwendete Echtdaten benutzt hätten.

„Damit muss ich jetzt leben“, sagt Aboumri. Viele Opfer von Kryptowährungsbetrug schweigen, aus Scham darüber, dass sie auf eine Betrugsmaschine hereingefallen sind, dass sie unbedacht gehandelt haben, wie auch Aboumri einräumt. Doch er möchte seine Geschichte öffentlich machen, „um andere Bürgerinnen und Bürger zu warnen und darauf hinzuweisen“, sagt er. „Und um die Behörden zu sensibilisieren, dass sie mehr für die Unterstützung der Opfer und die Verfolgung von Tätern tun sollten.“

Die wichtigsten Tipps zur Prävention

Verwenden Sie starke, einzigartige Passwörter sowie einen Passwortmanager oder Passkeys; für besonders sensible Konten empfiehlt sich eine Zwei-Faktor-Authentifizierung.

Bewegen Sie sich nur auf sicheren Seiten, achten Sie auf das `s` in `https://`. Teilen Sie keine sensiblen Inhalte und gehen Sie sparsam mit persönlichen Informationen um.

Seien Sie misstrauisch bei unbekanntem Absendern und Kontaktanfragen.

Überprüfen Sie den Absender beim Öffnen von E-Mail-Anhängen und Links. Vermeiden Sie öffentliche WLAN-Netze.

Schließen Sie Sicherheitslücken durch regelmäßige Software-Updates und nutzen Sie eine Firewall.

Wenn schon etwas passiert ist: Ändern Sie alle Passwörter Ihrer Online-Konten, insbesondere des betroffenen Accounts.

Sperren Sie alle betroffenen Bankkonten und -karten. Versuchen Sie, getätigte Überweisungen zu stoppen.

Sichern Sie Beweise wie Chatverläufe, E-Mails und Transaktionsnachweise. Für möglichst rechtssichere Screenshots gibt es hilfreiche Tipps von unserem Netzwerkpartner HateAid: <https://hateaid.org/rechtssichere-screenshots/>

Erstatten Sie Anzeige bei der Polizei. Nehmen Sie, wenn nötig, professionelle Hilfe in Anspruch wie z. B. IT-Sicherheitsexpertise, juristische oder psychologische Unterstützung.

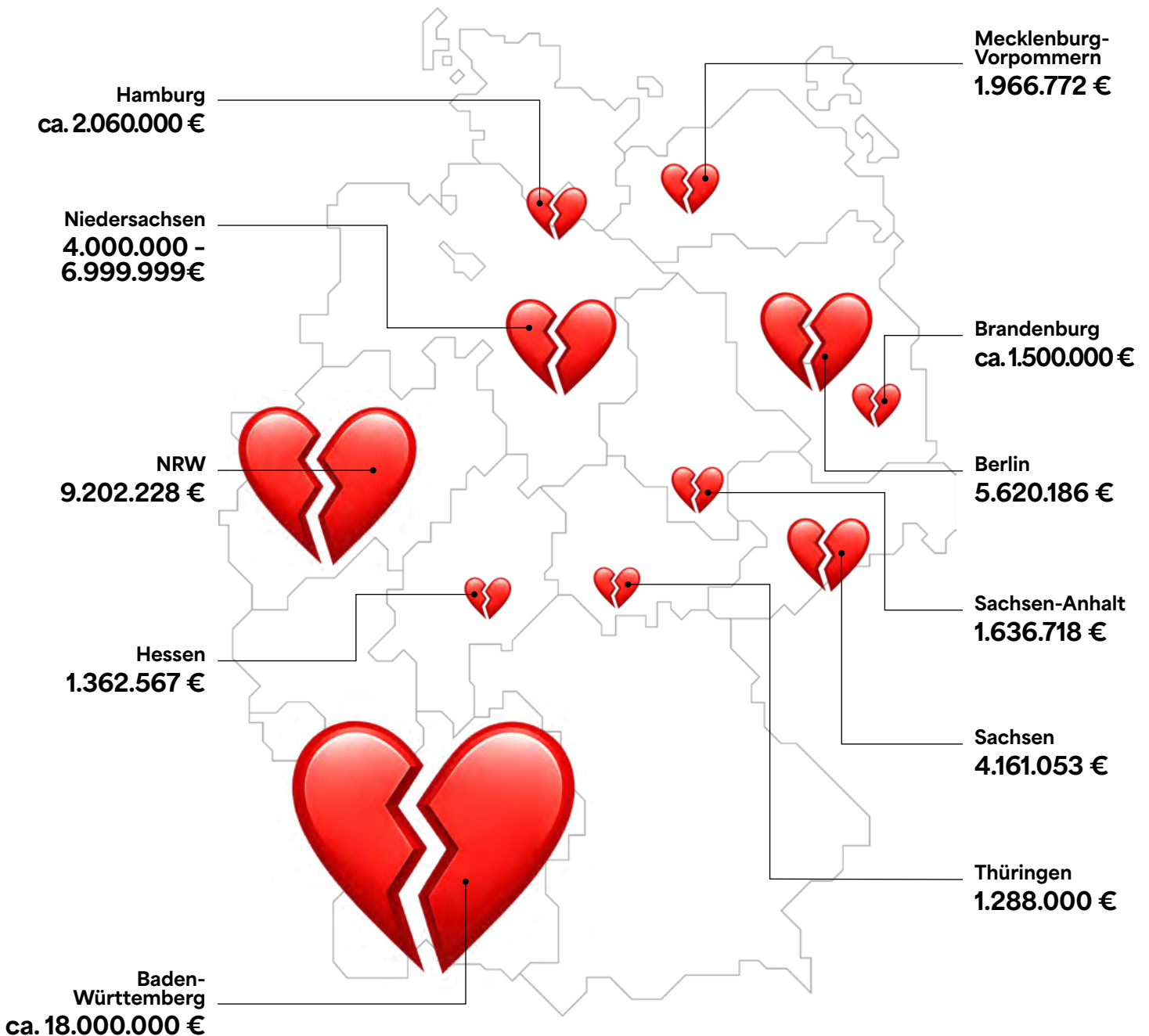
Zusammengestellt von Anne Werner und Céline Sturm.

Eine längere Version der Titelgeschichte finden Sie hier:



Love-Scam

„Liebesbetrüger“ erbeuten mindestens 50 Millionen Euro



D

Durch Love-Scam („Liebesbetrug“) haben Betroffene in Deutschland im Jahr 2024 mindestens 50 Millionen Euro verloren. Das ergab eine Umfrage des WEISSER RING Magazins bei allen 16 Landeskriminalämtern.

Love-Scams sind der Heiratsschwindel des digitalen Zeitalters: Betrüger suchen ihre Opfer vor allem auf Dating-Plattformen, in sozialen Netzwerken oder per E-Mail. Über Nachrichten bauen sie wochen- oder monatelang Vertrauen auf, sprechen von Gefühlen, spielen dann eine Notlage vor und drängen auf Überweisungen oder Geschenkkarten.

Mit dieser Masche erbeuten sie viele Millionen Euro, wie die Länderumfrage zeigt. Demnach betrug der Schaden durch Love-Scams allein in Baden-Württemberg im Jahr 2024 rund 18 Millionen Euro. Sachsen-Anhalt meldet für das Jahr Verluste in Höhe von insgesamt 1,6 Millionen Euro, im Jahr 2020 waren es noch knapp 786.000 Euro. In Mecklenburg-Vorpommern wuchs der Schaden von rund 330.000 Euro im Jahr 2022 auf mehr als 2,1 Millionen Euro im vergangenen Jahr. Online-Liebesbetrug war in dem Bundesland die ertragreichste Masche aller polizeilich registrierten Trickbetrügereien, die in der Summe einen Schaden von 6,5 Millionen Euro verursachten.

Auch die Fallzahlen steigen: In Sachsen-Anhalt hat sich die Zahl der erfassten Love-Scams seit 2020 mehr als verdoppelt, von 71 auf 153. In Berlin gab es 2024 insgesamt 433 angezeigte Taten mit einem gemeldeten Schaden von rund 5,62 Millionen Euro, ein Jahr später waren es 560 Fälle mit einem Schaden von 5,68 Millionen Euro. In Hessen stieg die Zahl

Info



Das Phänomen Love-Scam wird in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) nicht gesondert erfasst, sondern findet sich in der Regel als Variante im Bereich der allgemeinen Betrugsdelikte im Strafgesetzbuch (StGB) nach § 263.

Die Zahlen sind aus dem Jahr 2024.

*Bayern, Bremen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und das Saarland konnten keine Daten vorlegen.

Quelle:
Umfrage des WEISSER RING Magazins bei allen 16 Landeskriminalämtern.

von 34 im Jahr 2019 auf 52 im Jahr 2024. Mögliche Erklärungen: Die fortschreitende Digitalisierung führt dazu, dass sich immer größere Teile des sozialen Lebens in den digitalen Raum verlagern, wo die Täter ihre Opfer suchen. KI-Bots ermöglichen es den Tätern, unzählige Konversationen gleichzeitig zu führen, die sprachlich glaubwürdiger wirken als früher. Das LKA Berlin schreibt, dass verstärkte Prävention und Aufklärung über die Betrugsmasche die Anzeigenbereitschaft von Betroffenen gesteigert haben könnte.

Pro Fall entsteht Betroffenen in Nordrhein-Westfalen nach LKA-Angaben häufig ein finanzieller Schaden im vier- bis sechstelligen Bereich. Das LKA Sachsen-Anhalt beobachtet, dass die Opfer vorrangig weiblichen Geschlechts und älter als 40 Jahre waren. Doch auch Männer sind vor der Betrugsmasche nicht gefeit: In Baden-Württemberg meldete die Kreispolizeibehörde in Aalen im Januar 2025, dass ein Mann einer angeblichen Notfallärztin eines Militärcamps im Jemen insgesamt rund 2,3 Millionen Euro überwiesen hat. Der Mann hatte die angebliche Geliebte auf einer Dating-Plattform kennengelernt.

Bis auf Bayern, Bremen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und das Saarland haben alle Landeskriminalämter dem WEISSER RING Magazin Daten bereitgestellt. Die Zahlen stammen hauptsächlich aus der Eingangsstatistik der polizeilichen Auskunftssysteme. Sie geben Hinweise auf die Dimension von Love-Scam in Deutschland und die Entwicklung in den vergangenen Jahren. Allerdings sind sie nicht als abschließend zu werten. Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) nimmt keine detaillierte Aufschlüsselung nach dem Modus Operandi vor: Love-Scams fallen in der Regel unter Betrugsstraftaten nach § 263 StGB. Manche Polizeibehörden markieren intern Fallmerkmale oder Betrugsmaschen, andere nicht. Darüber hinaus ist von einer hohen Dunkelziffer auszugehen, da Scham oder Angst vor Blamage viele Opfer davon abhält, Anzeige zu erstatten. Das LKA Hamburg schreibt: „Nicht selten werden Taten erst durch die Initiative von Bekannten oder nahen Verwandten bekannt und angezeigt.“

Ein Anruf bei ...



Elke Hannack kämpft seit Jahren gegen Angriffe auf Menschen im Dienst der Gesellschaft. Im Interview mit dem WEISSER RING Magazin spricht sie über besonders gefährdete Gruppen, mangelnde Unterstützung für Betroffene durch Vorgesetzte und den Ruf nach härteren Strafen.

... Elke Hannack

Interview: Gregor Haschnik

Foto: Simone M. Neumann

An Silvester wurden viele Rettungskräfte und Polizisten angegriffen. Und erst kürzlich ist der Zugbegleiter Serkan C. bei einer Ticketkontrolle in Rheinland-Pfalz so schwer attackiert worden, dass er starb. Wie stark sind Beschäftigte des öffentlichen und privatisierten Dienstes gefährdet?

Der Vorfall im Kreis Kaiserslautern ist furchtbar. Das war keine „besondere Lage“, kein Großeinsatz – sondern eine Alltagssituation. Genau das macht es so alarmierend: Wenn selbst Routinehandlungen wie Fahrkartenkontrollen eskalieren, ist das ein Warnsignal für uns als Gesellschaft. Mit der Aktion „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch“ machen wir seit Jahren darauf aufmerksam, dass sich die Lage immer weiter verschärft. Auch wenn es nicht tagtäglich

lich zu solch schweren Gewalttaten kommt: Viele Beschäftigte im Dienst der Gesellschaft erleben im Arbeitsalltag verbale oder körperliche Aggressionen. Wir beobachten eine Verrohung, in der eigene Interessen überwiegen und die kleinste Unwucht im Alltag zu einer maximalen Entladung führen kann, Konflikte mitunter sofort mit ausfallender Sprache oder sogar mit Fäusten ausgetragen werden. Da haben wir viele Beispiele etwa aus Ordnungsämtern, auch in Berlin: Als Kolleginnen und Kollegen Autofahrer antrafen, deren Parkdauer abgelaufen war, und ihnen ein Knöllchen gaben, wurden sie gestoßen, haben körperliche Verletzungen davongetragen. Die Hemmschwelle sinkt, sodass Leute Hassparolen verbreiten oder handgreiflich werden, insbesondere gegen Personen, die für staatliche Institutionen arbeiten.

Gibt es weitere Gruppen, die besonders bedroht sind?

Gefährliche Konflikte können vor allem bei Entscheidungen entstehen, die sich persönlich auf Bürgerinnen auswirken. Unverständnis entlädt sich leider oft stellvertretend gegen die Person, die eine Entscheidung übermitteln, erklären oder durchsetzen muss. Beschäftigte mit direktem Kundenkontakt sind naturgemäß stärker gefährdet: in Jobcentern oder Bürgerämtern, Schulen, Kliniken, bei Polizei, Feuerwehr oder Rettungsdiensten, im Nahverkehr. Von digitaler Gewalt sind insbesondere Beschäftigte in höheren Verwaltungspositionen betroffen, wie wir im Rahmen einer repräsentativen Forsa-Umfrage herausgefunden haben. Es gibt Übergriffe, die fast die gesamte Republik mitbekommt, so wie an Silvester, als Rettungskräfte massiv attackiert, mit Feuerwerkskörpern beschossen wurden. Medien berichteten über Messerangriffe in Jobcentern. Vieles geht aber an der Öffentlichkeit vorbei, die alltäglichen Attacken, etwa wenn Busfahrerinnen und Busfahrer angepöbelt oder körperlich angegangen werden, wenn sie nicht pünktlich an der Haltestelle sind.

Welche Ursachen hat die Verrohung?

Die Ursachen sind vielfältig: gesellschaftliche Spannungen, persönliche Notlagen, Frustration, Überforderung, psychische Ausnahmesituationen. Die überwiegend

männlichen Täter kommen aus allen gesellschaftlichen Gruppen. Die negative Entwicklung wird durch soziale Medien und das Niedermachen auf Plattformen befördert. Darüber hinaus stellen wir einen schleichenden Vertrauensverlust in die Politik und den öffentlichen Dienst fest, dessen Leistungen kleingespart wurden. Bei Übergriffen wird an den Stellvertretern des Staates Frust abgelassen, sagen uns die Betroffenen.

Welche Folgen haben die Angriffe für die Opfer?

Die Auswirkungen sind individuell und vielschichtig. Körperliche Verletzungen sind sichtbar, die der Seele dagegen kaum. Gerade seelische Verletzungen können gravierende Langzeitfolgen haben. Da passt es auch nicht, dass Betroffene von Vorgesetzten häufig zu hören bekommen, sie sollten sich nicht so anstellen. Auch diese Verletzungen können zu Belastungsstörungen führen. Betroffene können langfristig ausfallen oder gezwungen sein, ihre Arbeit aufzugeben. Irgendwann hat jeder seine Belastungsgrenze erreicht. Viele Gewaltopfer arbeiten weiter, ziehen sich jedoch innerlich zurück, verlieren Vertrauen in ihre Mitmenschen und werden skeptischer im Kontakt mit Bürgerinnen und Kundinnen. Das belegen Ergebnisse aus unseren Befragungen.

Was raten Sie Betroffenen?

Jeder Vorfall sollte den Vorgesetzten gemeldet werden. Das sollte niemand mit sich alleine ausmachen – nehmt die Unterstützungsangebote wahr, wo es sie gibt! Gespräche mit den Kolleginnen, Personalräten, eine professionelle Nachsorge: All das kann helfen, das Erlebte einzuordnen und gesund zu bleiben. Eines möchte ich ausdrücklich sagen: Die Entscheidungsträger und Entscheidungsträgerinnen in den Dienststellen stehen in der Pflicht. Sie sollten Unterstützung nicht nur ermöglichen, sondern proaktiv anbieten. Für die Betroffenen ist die erste große Hürde nämlich oft, nach Hilfe fragen zu müssen.

Wie ist es um die Bereitschaft der Betroffenen bestellt, sich Hilfe zu holen?

Die Bereitschaft wächst, das ist die gute Nachricht. Immer häufiger vertrauen sich Betroffene zumindest den Kolleginnen und

Zur Person

Elke Hannack ist seit 2013 stellvertretende Bundesvorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Zu ihren thematischen Schwerpunkten zählen Beamte und öffentlicher Dienst, Bildungsarbeit und Gleichstellungspolitik. Hannack setzt sich seit Jahrzehnten für die Rechte von Beschäftigten ein. Neben ihrem Studium war sie im Handel tätig und gründete dort schnell einen Betriebsrat.

Hier gibt es eine längere Version des Interviews mit Elke Hannack:



„Die kleinste Unwucht im Alltag kann zu maximaler Entladung führen.“

Kollegen oder ihrem persönlichen Umfeld an. Aber es suchen noch nicht genug Angegriffene das Gespräch mit den Vorgesetzten und erstatten Anzeige. Zu den Ursachen zählen Sorge vor Stigmatisierung, Scheu vor bürokratischem Aufwand und Loyalität gegenüber der Dienststelle, die womöglich kein Interesse an einem Verfahren hat. Umso wichtiger sind vertrauliche und unkomplizierte Hilfsangebote.

Werden Betroffene von ihren Arbeitgebern, aber auch von Polizei und Justiz genug unterstützt?

Unter den Arbeitgebern gibt es engagierte Beispiele für Hilfsangebote, etwa bei der Stadtverwaltung Köln, aber auch in kleineren Kommunen. Insgesamt ist der Handlungsbedarf weiterhin groß. Gerade bei der Nachsorge, weil viele Dienststellen kein Konzept dafür haben, genauso wenig wie für Prävention. Wenn es Hilfsmöglichkeiten gibt, sind sie vielen Beschäftigten nicht bekannt. Vielerorts fehlen noch immer klare Meldewege für den Fall der Fälle und ein niedrigschwelliger Zugang zu Unterstützung. Diese sollte unabhängig davon erfolgen, ob ein Vorfall aktenkundig wird. Was Polizei und Justiz angeht: Bevor diese Institutionen eingreifen können, muss ein Vorfall angezeigt werden – was aus unserer Sicht immer geschehen sollte. Weil hier die Betroffenen aktiv werden müssen, brauchen sie Rückendeckung von ihrer Dienststelle, die den Rechtsweg mit ihnen gehen sollte. Leider erleben wir oft, dass Vorgesetzte sagen: „Ach, komm, das war nicht so schlimm. Eine Anzeige bei der Justiz und der Berufsgenossenschaft ist doch nicht notwendig.“ Erschwerend kommt hinzu, dass unsere Gerichte absolut überlastet sind und solche Gewalttaten teils erst Jahre später verhandelt werden. Hier braucht es dringend mehr Personal. Häufig werden Verfahren aufgrund eines angeblich mangelnden öffentlichen Interesses auch eingestellt.

Welche Verantwortung trägt der öffentliche Dienst insgesamt?

In den letzten Jahrzehnten wurden viele Stellen im öffentlichen Dienst gestrichen, heute gibt es vielerorts Fachkräfte- und Nachwuchsmangel. Oft dauert es Jahre, bis eine Stelle neu besetzt ist. Solange müssen

die verbliebenen Kolleginnen und Kollegen zusätzliche Arbeit erledigen – was zu einem enormen Stress führt. Der Ruf des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber hat sich verschlechtert. Hier gilt es, gegenzusteuern. Wir brauchen gute Arbeitsbedingungen, um das Konfliktpotenzial zu senken, und mehr Schutz der eigenen Beschäftigten. Und der beginnt mit einer starken Haltung: Gewalt gegen Beschäftigte darf weder relativiert noch normalisiert werden. Gleichzeitig müssen Maßnahmen zum Schutz auf die jeweilige Dienststelle zugeschnitten sein, die natürlich auch ausreichend Personal wie technische Ressourcen braucht. Klare Zuständigkeiten im Ernstfall sind wichtig, eine Kultur des Hinschauens und Zuhörens, und, um noch ein konkretes Beispiel zu nennen, mehr Deeskalationsschulungen.

Sehen Sie weitere Lücken beim Schutz und bei den Konsequenzen?

Ja, insbesondere bei der Erfassung von Vorfällen. Aktuell werden lediglich Übergriffe auf Polizei, Rettung, Feuerwehr sowie auf Beschäftigte der Bahn umfassend erfasst. Alle anderen Berufsgruppen fallen hinten runter. Dadurch wird der Handlungsdruck verringert, und die Politik kann sich einen schlanken Fuß machen. Es ist wichtig, alle Vorfälle zu erfassen, bundesweit und in allen Branchen, auch weil sich daraus wichtige Lehren für individuelle Schutzkonzepte ziehen lassen.

Nach den Übergriffen an Silvester ist wieder der Ruf nach schnelleren Verfahren und härteren Strafen laut geworden. Wie schätzen Sie die Forderungen ein?

Dass Fälle durchaus zügig vor Gericht gebracht werden können, zeigt beispielsweise eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft in Nordrhein-Westfalen, die sich auf Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes und des privatisierten Sektors konzentriert. Betroffene können also schnell zu ihrem Recht kommen, wenn der Wille da ist. Wichtiger als die Höhe der Strafe ist, dass Taten verurteilt, Verfahren nicht rasch eingestellt werden. Letzteres ist immer ein fatales Signal an Betroffene. Sie können dann zu dem Schluss kommen: Die Anzeige war der falsche Weg. Der Staat hat mich im Stich gelassen.

Transparenzhinweis:

Der DGB und der WEISSE RING kooperieren seit 2020 beim Projekt „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch“. Dazu gehören die bundesweite kostenfreie und anonyme Hilfe-Hotline, die unter 0800 116 006 0 erreichbar ist, sowie Aus- und Weiterbildungsangebote für Führungskräfte und Beschäftigte. Die Anruferzahlen beim Hilfetelefon liegen aktuell im niedrigen dreistelligen Bereich. Betroffene werden hier beraten, etwa im Hinblick auf eine mögliche Anzeige und weitergehende Hilfsangebote. Die Ratsuchenden kommen aus allen Branchen. Die Gewalt reicht von Beleidigungen bis hin zu schweren körperlichen Attacken. Weiterer Kooperationspartner bei „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch“ ist HateAid.

Der Kommentar: Fatales Verständnis

W

Wenn ein Femizid vor Gericht verhandelt wird, kann eine Person sich nicht dazu äußern: die getötete Frau. Familie und Freunde, die stellvertretend am Prozess teilnehmen, haben oft das Gefühl, dass ihr Schmerz dort nicht gesehen wird. Eine Angehörige sagte mir: „Das Gericht tritt unsere Würde mit Füßen.“

Strafkammern ergründen die konkrete Motivation des Täters im Moment der Tat. Sie haben zwei Möglichkeiten, ein Tötungsdelikt zu verurteilen. Ob sie auf Totschlag oder Mord entscheiden, hängt im Kern von zwei Fragen ab: War das Motiv des Täters nachvollziehbar, also „menschlich verständlich“, wie es der Bundesgerichtshof formulierte? Dann handelt es sich um Totschlag. Oder war es besonders verwerflich, fehlt also ein nachvollziehbarer Grund? Dann handelt es sich um Mord. Von neun Mordmerkmalen kommen bei Femiziden vor allem zwei infrage: Heimtücke und sonstige niedrige Beweggründe.

Auf Totschlag stehen fünf bis 15 Jahre, auf Mord folgt eine lebenslange Freiheitsstrafe. Neben dem Strafmaß prägt die Entscheidung zwischen Mord und Totschlag auch das Empfinden vieler Angehöriger maßgeblich. Sie erschwert oder erleichtert es ihnen, ihre Trauer zu verarbeiten.

Mit meiner Kollegin Julia Bellan habe ich alle Femizid-Urteile eines Jahres ausgewertet, um herauszufinden, wie deutsche Strafgerichte mit Tötungsdelikten an Frauen umgehen. Von 105 Fällen konnten wir 90 als Femizide einstufen. In 62 Fällen mit einem schuldfähigen Täter erhielten wir ein vollständiges Urteil des Gerichts. 35 Entscheidungen in unserer Auswertung lauteten auf Mord, elf davon auf niedrige Beweggründe. Weniger als ein Drittel sah somit eine subjektive, täterbezogene Motivation für

Manche Gerichte halten die Motive von Männern, die ihre Partnerinnen töten, weil diese nicht mehr mit ihnen zusammenleben wollen, für „menschlich verständlich“. Deshalb entscheiden sie auf Totschlag statt auf Mord.



Franziska Pröll

Franziska Pröll ist Journalistin und beschäftigt sich seit Jahren intensiv mit Gewalt an Frauen. Seit 2022 arbeitet sie für die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Ihre Femizid-Recherchen wurden mehrfach ausgezeichnet.

den Mord, etwa Kontroll- und Besitzdenken. 23 Urteile lauteten auf Totschlag. Ein Teil der Kammern fand es also „menschlich verständlich“, wenn ein Mann seine Frau tötet, weil sie ohne ihn weiterleben will.

So war es zum Beispiel im Fall eines 27 Jahre alten Mannes. Er erwürgte seine Frau, als sie ihm sagte, sie werde sich trennen. Laut Urteil tat er das, „damit auch niemand anders sie haben konnte“. Das Gericht beschrieb also das Besitzdenken des Mannes – und wertete es als Begründung eines Totschlag-Urteils.

Andere Urteile, die auf Totschlag lauteten, beschrieben, der Täter habe sich in einer „schwierigen Situation“ oder „Sackgasse“ befunden. Und suggerierten damit, es sei nachvollziehbar, mit tödlicher Gewalt zu reagieren – wenn die Situation schlimm und die Verletzung tief genug ist.

Für Angehörige ist das ein Schlag ins Gesicht. Sie haben häufig jahrelang miterlebt, wie ihre Schwester oder ihre Freundin unter der Gewalt des (Ex-)Partners litt. Deshalb verlieren sie den Glauben daran, dass der Staat so etwas wie Gerechtigkeit schaffen kann.

Klar ist: Ein Urteil zu fällen ist nicht leicht. Ebenso klar ist: Wo ein Mann versucht, einer Frau ihre eigenständige Entscheidung abzusprechen, handelt er aus Kontroll- und Besitzdenken. So wütend oder enttäuscht er auch ist, dieses Verhalten ist inakzeptabel. Das Gericht muss das auch so einstufen.

Das ist auch deshalb besonders wichtig, weil jedes Urteil über sich selbst hinausweist. Andere Menschen lernen dadurch, wo die Grenzen in (Paar-)Beziehungen verlaufen – und wer die Verantwortung für Grenzüberschreitungen trägt. Für viele Angehörige von Femizid-Opfern ist das Urteil ein Meilenstein: Wenn sie spüren, dass ihr Schmerz gesehen und das Leiden ihrer geliebten Person anerkannt wird, können sie ihre Trauer leichter bewältigen.

Brigitta Sewerin wurde vom Serienvergewaltiger Philipp G. im Klinikum Bethel betäubt. Beweise für eine anschließende Vergewaltigung in Form eines Videos fehlen, weshalb sie nicht die volle Unterstützung aus dem Unterstützungsfonds für die Betroffenen erhält. Für sie sei das eine Zwei-Klassen-Teilung mit bitterem Beigeschmack.



Sexueller Missbrauch in Bethel

Was bleibt, wenn der Täter stirbt?

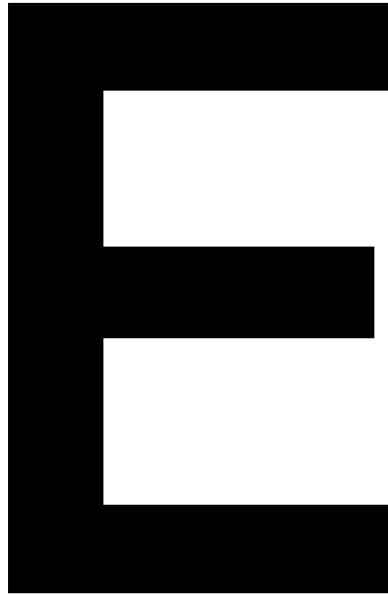
Text: Selina Stiegler
Fotos: Jana Mai

Ein Assistenzarzt vom Klinikum Bethel in Bielefeld wird 2020 festgenommen. Er hat Patientinnen betäubt und vergewaltigt. Die Beweise sind eindeutig, die Polizei findet Videoaufnahmen der Taten und eine Opferliste von ihm. Er nimmt sich in der Untersuchungshaft das Leben. Zu einem Prozess gegen den Täter wird es nie kommen. Doch der Staatsanwalt hat Anklage gegen Klinikverantwortliche erhoben.

Der Fall Philipp G.

Im September 2019 wurde der Assistenzarzt Philipp G. vom Evangelischen Klinikum Bethel von einer ehemaligen Patientin wegen des Verdachts auf Körperverletzung durch unsachgemäße Medikamentengabe angezeigt, ein Sexualdelikt stand zunächst nicht im Raum. Offenbar erst im März 2020 überprüfte die Polizei seinen Namen. Da es bereits im Jahr 2016 eine Anzeige gegen G. unter anderem wegen versuchter Vergewaltigung gab, hätte die Polizei ihn bereits 2019 im System finden können. Im April wurde das Klinikum informiert. Es stellte G. frei, dann kündigte er selbst.

Im selben Monat kam es zu einer Hausdurchsuchung, bei der Datensätze sichergestellt wurden. Nach deren Auswertung wurde G. im September 2020 wegen des Verdachts des sexuellen Missbrauchs festgenommen. Während der Untersuchungshaft nahm er sich das Leben. Bei Philipp G. wurde eine Namensliste mit 80 Frauen gefunden, wobei auch einvernehmliche sexuelle Kontakte darunter waren; im Zusammenhang mit dem Klinikum Bethel galten zuletzt 34 Patientinnen als Opfer.



Eigentlich wollte Bettina Jansen (Name geändert) damals wieder zu Hause sein, in ihrem Bett. Stattdessen lag sie in einem Krankenzimmer des Bielefelder Klinikums Bethel. Es war April 2020 und um 22 Uhr kam ein junger Arzt herein. Wie sich später herausstellen sollte, handelte es sich um den Assistenzarzt Philipp G. „Er wollte eine Untersuchung machen“, sagt Jansen.

Die Uhrzeit kam ihr merkwürdig vor, erinnert sie sich, auch dass G. die Untersuchung in ihrem Krankenzimmer machte. „Ich wollte so schnell wie möglich nach Hause, also nahm ich das Angebot an und unterzeichnete den Aufklärungsbogen.“ Der Arzt erklärte ihr demnach, sie vorher lokal betäuben zu wollen. „Dann schlief ich ein und wachte am nächsten Morgen wieder auf.“ An mehr kann sich Jansen nicht erinnern.

Jansen weiß noch genau, wie sie die Berichterstattung über den Assistenzarzt kurz nach ihrem Klinikaufenthalt sah. „Ich habe erst keine Verbindung gezogen“, sagt sie. „Ich stellte mir die Frage, ob man überhaupt wissen möchte, dass man Opfer geworden ist.“ Damals wusste sie es nicht.

Zwei Jahre später klingelte die Polizei an ihrer Haustür. Philipp G. hatte den sexuellen Missbrauch verschiedenster Art gefilmt und die Polizei vermutete, sie auf Aufnahmen erkannt zu haben. Auf dem Revier identifizierte sie sich anhand eines Kopfbildes, das aus den Aufnahmen extrahiert wurde. „Das Nachthemd aus der Nacht habe ich sofort weggeworfen“, sagt sie.

Heute sei sie froh zu wissen, was G. ihr angetan hat.

Stehe ich auch auf der Liste?

Brigitta Sewerin war im Sommer 2019 im Klinikum Bethel stationär aufgenommen worden. Spät am Abend sei ein Arzt gekommen und habe ihr einen Zugang legen wollen. Sie habe kaum reagieren können, da sei die Kanüle schon gelegt gewesen und sie habe die Erinnerung verloren. Am nächsten Tag habe ihre Bettnachbarin vorwurfsvoll gesagt: „Sie hatten aber noch spät Besuch.“ Was sie damit meinte, verstand Sewerin nicht. Sie weiß noch, wie erschöpft sie sich an dem Tag fühlte.

Die Jahre danach sei es ihr nicht gut gegangen, auch wegen ständiger Blasenentzündungen. 15 Monate habe es gedauert, bis durch ein Breitspektrum-Antibiotikum Besserung eintrat. Bekannt ist: Philipp G. hatte mehrere übertragbare Geschlechtskrankheiten.



Festivals, Supermärkte und Menschenansammlungen in Bahnen hätten sie plötzlich überfordert, blickt Sewerin zurück. Und wenn ihr Partner sie nachts umarmte, sei sie schweißgebadet aufgewacht. „Ich fühlte: Irgendetwas stimmt nicht mit mir.“

„Ich stellte mir die Frage, ob man überhaupt wissen möchte, dass man Opfer geworden ist.“ Bettina Jansen

Am 6. Februar 2023 rief die Polizei an: Sewerin solle als Zeugin eine Aussage über Philipp G. machen. Aufnahmen von der Tat gebe es nicht, sie stehe aber auf einer Opferliste. Später habe die Polizei diese Information zurückgenommen. Bis heute habe sie für sich keine klare Antwort auf die Frage bekommen, ob sie vergewaltigt wurde.

Auf Anfrage des WEISSER RING Magazins teilte die Bielefelder Polizei mit, keine Auskunft zu dem Fall geben zu können, und verwies an die zuständige Staatsanwaltschaft Duisburg. Diese teilte mit, dass es zu keinem Zeitpunkt von der Polizei geheißsen habe, dass Sewerin auf einer Liste stehe.

Die Staatsanwaltschaft schrieb aber im vergangenen Jahr an Sewerins Anwältin: „Ihre Mandantin ist als Geschädigte einer durch den verstorbenen Assistenzarzt Philipp G. begangenen, gefährlichen Körperverletzung ermittelt und durch die Polizei Bielefeld am 6. Februar 2023 telefonisch sowie am 23. Februar 2023 im Rahmen einer zeugenschaftlichen Vernehmung entsprechend informiert worden.“

Bei der „gefährlichen Körperverletzung“ geht es womöglich um das Legen eines Zuges und das Verabreichen von Medikamenten, eine Vergewaltigung wird dadurch nicht bestätigt.

Bin ich ein Opfer zweiter Klasse?

Jasmin Kwaßny hat eine chronische Erkrankung. Anfang April 2020 sei sie erstmals im Klinikum Bethel gewesen. Sie benötigt monatliche Infusionen und wollte zu einer Klinik wechseln, die näher an ihrem Heimatort liegt, wie sie dem WEISSER RING Magazin erzählt. Wie einen Abstellraum beschreibt sie den Ort, an dem sie in dem Krankenhaus die Infusion bekommen haben soll. Philipp G. sei hereingekommen und habe sich vor sie gesetzt, ganz nah. Dann soll es zu einem sexuellen Übergriff gekommen sein. Mehr möchte sie öffentlich nicht sagen.

Geschockt sei sie zurückgeblieben. „Er schaute mir die ganze Zeit intensiv in die Augen. Wir hatten uns nie gesehen und dann war er so distanzlos“, sagt Kwaßny.

Sie habe den Vorfall in der Klinik angesprochen, allerdings nie eine Antwort be-

kommen. Das WEISSER RING Magazin hat das Klinikum Bethel nach dem Vorfall gefragt, aber bislang ebenfalls keine Antwort dazu erhalten.

D

Das Amt für Soziales Entschädigungsrecht

beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) hat anerkannt, dass Kwaßny Opfer eines rechtswidrigen tätlichen Angriffs geworden sei. In einem Schreiben, das der Redaktion vorliegt, heißt es: „Sie sind am 01.04.2020 Opfer eines sexuellen Übergriffs im Bethel-Krankenhaus in Bielefeld geworden.“ Der LWL prüft laut Kwaßny gerade, ob ihr eine Opferentschädigung zusteht. Laut einer ärztlichen Bescheinigung wurden bei Kwaßny eine Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS) sowie eine agitierte Depression diagnostiziert.

Das Klinikum Bethel hat für alle Betroffenen einen Unterstützungsfonds eingerichtet. Sewerin und auch Jansen erhalten daraus finanzielle Unterstützung – Kwaßny bisher nicht. In einem Schreiben von der Bethel-Ansprechperson an sie heißt es: „Der Unterstützungsfonds wurde eingerichtet für die Frauen, die nachweislich durch den Assistenzarzt Philip G. betäubt und vergewaltigt wurden.“

Es gab aber das Angebot, ihr psychologische oder psychotherapeutische Unterstüt-

Körpergedächtnis

Viele Betroffene im Fall Philipp G. berichten, sie hätten trotz der Sedierung einen hohen Leidensdruck. In derartigen Fällen spricht man vom Körpergedächtnis. Doch was ist das Körpergedächtnis? Die Neurowissenschaftlerin Esther Kühn forscht seit Jahren zu dem Phänomen. „Das Körpergedächtnis definiert sich aus der Gesamtheit der körperlichen Erfahrungen, die wir in unserem Leben gemacht haben, die in unserem Gedächtnis gespeichert sind und die unser Verhalten beeinflussen“, sagt Kühn. Während der Mensch in der Lage sei, manche Inhalte des Körpergedächtnisses zu beschreiben und zuzuordnen, sei das bei anderen Inhalten nicht möglich: „Zum Beispiel kann es sein, dass ich plötzlich Angst verspüre, wenn ich einem See näherkomme. Ich spüre, dass mein Herzschlag schneller wird, und ich fange an zu schwitzen. Ich kann aber eine gefährliche Situation in der Kindheit gar nicht mehr aufrufen“, so Kühn. Während einer Narkose komme es auf verschiedene Faktoren an, ob und wie sehr sich der Körper erinnern kann. Auf das verabreichte Medikament etwa, oder darauf, ob Wunden am Körper entstanden sind.

„Ich wurde nicht vergewaltigt, aber er hat mir sexualisierte Gewalt angetan.“ Jasmin Kwaßny

zung zu vermitteln, wenn sie dies möchte. Kwaßny lehnte ab. Sie fühle sich dadurch wie ein Opfer zweiter Klasse: „Ich wurde nicht vergewaltigt, aber er hat mir sexualisierte Gewalt angetan. Ich sehe noch heute seine Augen vor mir, wie er mich dabei ansah“, sagt sie.

Wird ein Abschließen mit der Tat möglich sein?

Der Fall Philipp G. sorgte nicht nur durch die perfiden Taten für Aufmerksamkeit, sondern auch durch den Umgang der Behörden damit. Bereits im September 2019 hatte eine frühere Patientin Anzeige wegen Körperverletzung erstattet, aufgrund falscher Medikamentenvergabe. Die Polizei Bielefeld widmete sich der Anzeige jedoch offenbar erst im März 2020. Die Betroffene wusste zu dem Zeitpunkt noch nicht, dass sie Opfer einer Vergewaltigung geworden war. „Wir erfuhren erst im April 2020 von

dieser Anzeige“, teilt das Klinikum Bethel mit. Daraufhin wurde Philipp G. von der Arbeit freigestellt. Im September 2020 verhaftete ihn die Polizei. Zuvor hatte sie im Rahmen einer Hausdurchsuchung im April sichergestellte Daten entschlüsselt und die Vergewaltigungsvideos gefunden. Zum Prozess kam es nicht, da G. sich noch in der Untersuchungshaft das Leben nahm. Nach deutschem Gesetz werden Ermittlungen eingestellt, wenn der Täter tot ist. Für die dutzenden Betroffenen hatte dies zur Folge, dass sie niemand sofort über die Taten, die an ihnen verübt worden waren, informierte.

D

Die damals zuständigen Staatsanwaltschaften Bielefeld und Hamm sowie die Polizei Bielefeld hatten das zunächst nicht getan, trotz der durch die Obduktion bei Philipp G. nachgewiesenen übertragbaren Geschlechtskrankheiten. Bei der Frage, wie es dazu kam, bitten alle, sich an die Staatsanwaltschaft Duisburg zu wenden. Diese bekam den Fall 2022 durch das Justizministerium NRW zugewiesen. Duisburg identifizierte und informierte anschließend die Opfer. Die Duisburger Staatsanwaltschaft teilte auf Anfrage mit, dass es nach Prüfung keine Anhaltspunkte gebe, dass die Staatsanwaltschaften Bielefeld und Hamm vorsätzlich von Recht und Gesetz abweichende Entscheidungen getroffen hätten. Auch für ein Fehlverhalten bei der Polizei Bielefeld seien keine ausreichenden Anhaltspunkte festgestellt worden.

Jasmin Kwaßny möchte dafür kämpfen, dass Missbrauch und Machtdemonstration durch Ärztinnen und Ärzte aufgearbeitet und bestraft werden. Betroffene sollen geschützt werden und Gerechtigkeit soll ermöglicht werden.







Die Betroffenen wussten zu Beginn der Berichterstattung nichts von den Taten, die an ihnen verübt worden waren. Viele erfuhren durch die Zeitung, dass sie möglicherweise ein Vergewaltigungsopfer sind.

Dass G. sich nicht vor Gericht verantworten wird, ist für seine Opfer schwer zu verkraften. „Ich kann mich nicht direkt an den Täter wenden, das hat er mir durch seinen Suizid genommen“, sagt Bettina Jansen. Sie könne mit der Tat nicht abschließen.

A

Auch Brigitta Sewerin fehlt der Abschluss: „Ich habe in meiner Kindheit Missbrauch erfahren und konnte diesen aufarbeiten, indem ich den Täter konfrontierte – das geht dieses Mal aber nicht“, sagt sie. Ihr falle es schwer, damit umzugehen, dass sie auf Fragen keine Antworten bekomme. „Ich bin daher dafür, dass auch nach dem Tod des Täters die Ermittlungen weitergehen, um offene Fragen von Betroffenen zu klären“, sagt sie.

Beide Frauen werden durch die Rechtsanwältin Stefanie Höke vertreten. Sie spricht sich ebenfalls dafür aus, zumindest in Fällen mit einem großen Ausmaß weiter zu ermitteln, um mehr Antworten zu erhalten. „Das kann den Betroffenen ganz ungemein helfen“, sagt Höke. So ließe sich auch klären, ob es eventuell noch

mehr Opfer gibt als die durch den Täter dokumentierten.

Für die drei Frauen liegt der Fokus jetzt auf der Klinik: Was hat Bethel getan, um die Taten zu verhindern? Was wussten Mitarbeiter zu welchem Zeitpunkt? Fragen, mit denen sich auch die Staatsanwaltschaft Duisburg beschäftigte: Im September 2025 wurde gegen einen Chefarzt, einen Oberarzt und einen Pflegedienstleiter Anklage erhoben, wegen „fahrlässiger Körperverletzung durch Unterlassen“, wie die Staatsanwaltschaft in einer Mitteilung öffentlich machte. Ihnen wird vorgeworfen, sie hätten ab September und November 2019 deutliche Hinweise darauf gehabt, dass Philipp G. Patientinnen ohne medizinische Indikation Zugänge gelegt und sedierende Medikamente gegeben habe.

Wird es doch noch Gerechtigkeit geben?

Sie hätten diese Warnsignale nicht ausreichend geprüft, nicht weitergegeben und keine richtigen Konsequenzen gezogen. Chefarzt und Pflegedienstleiter sollen Vorfälle nicht oder unvollständig an die Geschäftsführung gemeldet haben, der Oberarzt habe relevante Informationen nicht an seine Vorgesetzten weitergeleitet. Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft hätten anderenfalls neun weitere Taten möglicherweise verhindert werden können.

Das WEISSER RING Magazin hat alle Verdächtigen kontaktiert und um Stellung zu den Vorwürfen gebeten. Bis Redaktionsschluss gab es zum Teil keine Antwort, zum Teil wurde auf das Klinikum verwiesen.

Dieses weist die Vorwürfe auf Anfrage zurück und teilt mit, im September 2019 habe ein Gespräch zwischen einem Oberarzt und einer Patientin stattgefunden, nachdem sie G. vorgeworfen habe, ihr unnötig ein Medikament verabreicht zu haben. Sie habe bei einem früheren Aufenthalt im Juli eine Flasche mit der Aufschrift Propofol in ihrem Bett gefunden. Der Chefarzt habe noch am selben Tag mit G. über die Vorwürfe gesprochen. „Es gab zu diesem Zeitpunkt keinerlei Hinweise auf ein Sexualdelikt“, betont das Klinikum. Es sei daraufhin wegen nicht sachgemäßer Medikamentengabe zu Untersuchungen

„Ich bin dafür, dass auch nach dem Tod des Täters die Ermittlungen weitergehen, um offene Fragen von Betroffenen zu klären.“ Brigitta Sewerin

gekommen, die aber keine Auffälligkeiten ergeben hätten. Bezüglich der Anklage heißt es: „Die Staatsanwaltschaft hat nach mehrjährigen Ermittlungen festgestellt, dass es keinen Nachweis dafür gibt, dass die Angeschuldigten Kenntnis über die Sexualstraftaten des verstorbenen Assistenzarztes hatten. Nach wie vor gilt die Unschuldsvermutung.“ Dies schrieb auch die Staatsanwaltschaft in ihrer Pressemitteilung.

Ein Verfahren gegen den Geschäftsführer des Evangelischen Klinikums Bethel wurde mangels hinreichenden Tatverdachts eingestellt. Es konnten keine strafrechtlich relevanten Sorgfaltspflichtverletzungen festgestellt werden. Das Klinikum teilte mit, neben dem Unterstützungsfonds den Betroffenen auf Wunsch mit therapeutischer und medizinischer Hilfe zur Seite zu stehen. Außerdem wurde ein Programm entwickelt, das alle Mitarbeitenden für sexualisierte Gewalt sensibilisieren soll.

R

Rechtsanwältin Höke vertritt zwölf der 34 nachweislich Betroffenen und möchte, dass ihre Mandantinnen als Nebenklägerinnen zugelassen werden. Noch hat das Landgericht Bielefeld nicht entschieden, ob es überhaupt zu einer Hauptverhandlung kommen wird. „Die Kammer prüft, ob und wenn ja in welchem Umfang das Hauptverfahren eröffnet wird“, teilte das Landgericht auf Anfrage mit.

Dass das Gericht so lange benötige, um die Anklage zu prüfen, empfindet Höke als weiteren Skandal. Manche Betroffene

hätten die Sorge, dass das Verfahren erneut eingestellt werde. „Ich kann mir das nicht vorstellen, verstehe aber den Gedankengang“, sagt Höke.

Wann wird das Landgericht Bielefeld eine Entscheidung treffen?

Das Landgericht erklärte gegenüber dem WEISSER RING Magazin, die Kammer sei bestrebt, bis spätestens zum Sommer die Prüfung abgeschlossen zu haben. Sollte das Hauptverfahren eröffnet werden, könnte dies im dritten Quartal des Jahres sein. Die Prüfungsdauer begründet das Landgericht unter anderem mit der umfangreichen Aktenlage, allein die Hauptakte umfasse 10.000 Blatt. Dazu kämen noch 14 weitere Verfahren, mit denen die zuständige Kammer beschäftigt sei.

Für Bettina Jansen und die anderen Betroffenen ist das Warten schwer auszuhalten. „Wieder ist es ein Gericht in Bielefeld, das sich nicht rührt“, sagt sie. „Ich finde, der Chefarzt ist moralisch schuldig, ob auch juristisch, muss sich nun zeigen.“ Sewerin würde sich wünschen, dass sich die Verantwortlichen erklären. Ihr fehle eine persönliche Entschuldigung, dass sie nicht genügend reagiert hätten.

Transparenzhinweis:

Kurz nach dem Suizid von Philipp G. wurde 2020 eine Todesanzeige veröffentlicht, in der fälschlicherweise stand, er sei ehrenamtlich beim WEISSEN RING tätig gewesen. Eine interne Prüfung hat ergeben: G. war für den Verein weder ehrenamtlich tätig noch Mitglied.

Die Todesanzeige wurde von den Verfassern bereits entfernt. Der WEISSE RING war im Fall Philipp G. in beratender Funktion für das Klinikum tätig.

Angriffe auf die Wissenschaft

Forschung

im



Fadenkreuz

Text:
Kays Al-Khanak

Illustration:
Julian Rentsch

Hassmails, Diffamierung, Morddrohungen: Angriffe auf Forschende sind kein neues Phänomen, bekommen aber durch soziale Medien und digitale Filterblasen eine neue Dynamik. Fachleute fordern deshalb verbindliche Schutzkonzepte, niedrigschwellige Beratung und klare Zuständigkeiten an Hochschulen.

A

Als die Attacken begannen, hatte Marion Näser-Lather Angst, dass ihre Karriere als Wissenschaftlerin enden könnte, bevor sie begonnen hatte. Vor rund zehn Jahren war sie noch keine Professorin, sondern Postdoktorandin. Als empirische Kulturwissenschaftlerin arbeitete sie an der Philipps-Universität Marburg in einem großen Forschungsprojekt mit, das der Frage nachging, ob Antifeminismus als Krisenphänomen das Potenzial hat, Gesellschaften zu spalten. Von Anfang an hätten vor allem Blogs aus dem rechten Spektrum versucht, das Projekt und die Beteiligten in Misskredit zu bringen, erinnert sich Näser-Lather. Für sie sei es eine schwere Zeit gewesen: „Ich habe mich alleingelassen gefühlt.“

Angriffe auf die Wissenschaft sind kein auf Deutschland begrenztes Phänomen, wie sich aktuell insbesondere in den USA zeigt. Und sie sind nicht neu: Der Astronom Giordano Bruno starb 1600 nach jahrelanger Kerkerhaft und einem kirchlichen Inquisitionsprozess auf dem Scheiterhaufen, weil seine Erkenntnisse der Obrigkeit widersprachen. Edward Jenner, dessen Schutzimpfung half, die Pocken einzudämmen, sah sich ab 1796 massiver Kritik von Impfgegnern, kirchlichen Kreisen und Kollegen ausgesetzt. Magnus Hirschfeld

wurde wegen seines Eintretens für queere und trans Menschen Ziel völkischer und nationalsozialistischer Angriffe.

Neu sind vielmehr die Reichweite und Dynamik der Angriffe: Digitale Filterblasen und Plattformen haben ihnen zusätzliche Wucht verliehen. Wie verbreitet das Phänomen ist, zeigt die erste bundesweite repräsentative Studie des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) aus dem Jahr 2024.

Neu sind die Reichweite und Dynamik der Angriffe

An der Onlinebefragung nahmen rund 2.600 Forschende aus allen Fachrichtungen und Karrierestufen teil. Sieben von zehn Befragten gaben an, Wissenschaftsfeindlichkeit habe in den vergangenen Jahren zugenommen. Besonders häufig geraten demnach Forschende aus den Geistes- und Naturwissenschaften unter Druck. In den Lebenswissenschaften – etwa Medizin oder Biologie – kommt es überdurchschnittlich oft zu schweren Angriffen wie Drohungen. Fast jede zweite befragte Person gab an, Ziel von Angriffen gewesen zu sein. Am häufigsten erleben Forschende, dass ihre Kompetenz infrage gestellt, ihre Arbeit abgewertet oder sie in öffentlichen Debatten – vor allem in sozialen Medien – gezielt angegriffen werden.

Was diese Zahlen konkret bedeuten, zeigt der Fall von Näser-Lather, die mittlerweile als Professorin an der Universität Innsbruck tätig ist. Zwischen 2017 und 2020 arbeitete sie an der Universität Marburg im interdisziplinären Forschungspro-

DEZEMBER

2025

Marburg/
Hessen

An der Philipps-Universität in Marburg werden auf zwei Herrentoiletten Morddrohungen gegen eine Wissenschaftlerin hinterlassen. Die Hochschulleitung reagiert schnell, beseitigt die Drohungen und schaltet die Ermittlungsbehörden ein.

Studie des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung:

45 %

der Befragten geben an, mindestens eine Form von Wissenschaftsfeindlichkeit erlebt zu haben.

10 %

der Angriffe sind schwer. Darunter fallen zum Beispiel Vandalismus oder Todesdrohungen.

Mit

51 %

sind Geisteswissenschaften stärker von Anfeindungen betroffen als andere Fächer.

jekt „Reverse“, das sich mit den Akteuren von Antifeminismus, ihrem Diskurs und den Adressaten ihrer Botschaften beschäftigte. Bereits als die Uni in einer Pressemitteilung bekanntgab, dass das Projekt rund eine Million Euro Fördermittel vom Bund erhalten sollte, hätten die Angriffe begonnen, berichtet Näser-Lather. Vor allem Blogbeiträge aus dem rechten und „alternativen“ Spektrum hätten die Fördersumme skandalisiert und dem Forschungsvorhaben von Beginn an unterstellt, unwissenschaftlich zu sein.

Der Leiterin des Projekts, Annette Henninger, sei vorgeworfen worden, sie habe ihre Professur durch Korruption erlangt. Näser-Lather selbst sei als „Schachfigur der Amadeu Antonio Stiftung“ diffamiert worden. Zudem sei das Gerücht verbreitet worden, sie sei gezielt eingesetzt worden, um die Betreiberin eines der Blogs zu diskreditieren. Diese reichte – erfolglos – Klage ein, nachdem Näser-Lather das Portal als Teil rechtspopulistischer und rechter Netzwerke eingeordnet hatte.

Wie real diese Eskalationsstufe ist, zeigt ein aktueller Fall aus Marburg

Der Fall Näser-Lather bestätigt die Ergebnisse der DZHW-Studie: Häufig bleibt es nicht bei Spott oder Trolling. Forschende berichten von Hate Speech, Einschüchterungen und Drohungen. In einzelnen Fällen kommt es auch zu Gewaltandrohungen. Solche schweren Angriffe sind seltener als verbale Herabsetzungen, machen aber dennoch rund ein Sechstel aller gemeldeten Vorfälle aus.

„Gewaltandrohungen gegen ein Hochschulmitglied sind verwerflich. Sie sind nicht nur ein Angriff auf einen Menschen, sondern auf unsere gesamte Universitätsgemeinschaft und auf die Freiheit der Wissenschaft.“ Thomas Nauss

W

Wie real diese Eskalationsstufe ist, zeigt ein aktueller Fall aus Marburg. In zwei Gebäuden der Philipps-Universität wurden Mitte Dezember 2025 auf Herrentoiletten Morddrohungen gegen eine Wissenschaftlerin hinterlassen. Polizei und Staatsanwaltschaft ermitteln gegen unbekannt. In einer Stellungnahme teilte Uni-Präsident Thomas Nauss mit, es habe in den vergangenen Jahren wiederholt „wissenschaftsfeindliche und antifeministische Angriffe“ gegeben. Mit den „dehumanisierenden Morddrohungen gegen eine Wissenschaftlerin“ sei nun eine neue Eskalationsstufe erreicht. Solche Drohungen seien „nicht nur ein Angriff auf einen Menschen, sondern auf die gesamte Universitätsgemeinschaft und auf die Freiheit der Wissenschaft“.

Gegenüber dem WEISSER RING Magazin sagt eine Sprecherin der Universität, die Hochschulleitung habe schnell reagiert: Die Drohungen seien entfernt, Ermittlungsbehörden eingeschaltet worden. Zum genauen Inhalt der Drohungen, zur betroffenen Person und zu konkreten Sicherheitsmaßnahmen äußert sie sich nicht. Es habe jedoch interne und externe Unterstützungsangebote gegeben.

Grundsätzlich sieht die Universität Marburg digitale Gewalt und Hate Speech als wachsendes Problem. Sie positioniere sich öffentlich gegen Wissenschaftsfeindlichkeit, erfasse Vorfälle systematisch und biete anonyme Meldemöglichkeiten sowie Informationen zum Umgang mit Bedrohungen an, sagt die Sprecherin. Präventiv setze die Hochschule auf Schulungen, Antidiskriminierungsarbeit und Kooperationen mit externen Partnern wie Scicomm-Support, dem WEISSEN RING oder Beratungsstellen gegen Hass und Hetze.

Digitale Gewalt und Hate Speech als wachsendes Problem

Auch Friedemann Weber hat Morddrohungen erhalten. Er ist Leiter des Instituts für Virologie an der Justus-Liebig-Universität Gießen und forscht seit dem ersten SARS-

Ausbruch zu Coronaviren. Angriffe von Impfgegnern seien für ihn nichts Neues, sagt Weber. Doch zu Beginn der Corona-Pandemie hätten die Drohungen deutlich zugenommen. Eine Morddrohung per E-Mail meldete er der Universität und der Polizei, ohne dass der Urheber ermittelt werden konnte. In einem anderen Fall habe ein Anrufer nacheinander allen Mitarbeitenden des Instituts telefonisch mit einem Messerangriff gedroht, woraufhin die Telefonnummer abgeschaltet worden sei. Dass seine Mitarbeitenden mit solchen Drohungen konfrontiert waren, habe er als „schlimm“ empfunden. Ihn selbst hätten sie weder abgeschreckt noch nachhaltig beeindruckt. Unterstützung habe er unter anderem bei HateAid und einer befreundeten Anwältin erhalten. Gleichzeitig, betont Weber, seien die meisten Rückmeldungen ernsthafte Nachfragen und positive Reaktionen gewesen. Das bestärke ihn in der Ansicht, dass die Mehrheit der Menschen vernünftig sei.

I

Insgesamt sei er „glimpflich davongekommen“, sagt Weber – vor allem im Vergleich zu Christian Drosten. Der bundesweit bekannte Virologe wird bis heute massiv angegriffen. Vor allem die AfD versucht ihn politisch vorzuführen. Er hatte die Pandemie wie kaum ein anderer verständlich erklärt, insbesondere im NDR-Podcast „Coronavirus-Update“. Damals, sagt Weber, habe er den Eindruck gehabt, Drosten stehe weitgehend allein. Gerade aus den eigenen Reihen hätte es mehr Unterstützung geben müssen.

Näser-Lather berichtet, sie habe sich während der Angriffe von ihrem Team und den Fachgesellschaften unterstützt gefühlt. Vonseiten der Universität hätte sie sich jedoch mehr juristische und psychologische Hilfe gewünscht. Heute gebe es Anlaufstellen wie Scicomm, die Forschenden gezielt zur Seite stehen. „Wenn es Scicomm damals schon gegeben hätte, wäre ich wirklich froh gewesen“, sagt sie.

Der Scicomm-Support ist die Anlaufstelle bei Angriffen auf Wissenschaft und

Wissenschaftskommunikation. Sie entstand im Herbst 2021, nachdem Anfeindungen gegen Forschende und Hochschulen deutlich zugenommen hatten, ohne dass es dafür spezialisierte Hilfsangebote gab. Als Kontaktstelle für Deutschland, Österreich und die Schweiz berät Scicomm in ganz verschiedenen Fällen, von Hasskommentaren in sozialen Medien bis hin zu akuten Bedrohungslagen, und schult Forschende sowie Forschungseinrichtungen. Initiiert vom Bundesverband Hochschulkommunikation und mit „Wissenschaft im Dialog“ aufgebaut, nahm Scicomm 2023 seine Arbeit auf. Seit dem vergangenen Jahr ist die Organisation als gemeinnütziger Verein eigenständig und wird aus Fördermitteln von vier Stiftungen sowie aus dem Bundeshaushalt finanziert. Für Betroffene ist das Angebot kostenfrei.

Viele Betroffene erleben Angst, Stress oder ziehen sich aus der Öffentlichkeit zurück

Nach Beobachtung von Scicomm haben Angriffe oft ihren Ausgangspunkt in öffentlichen Auftritten von Forschenden, insbesondere zu kontroversen Themen. Aussagen, erklärt ein Scicomm-Sprecher, würden aus dem Zusammenhang gerissen, verzerrt weiterverbreitet und von populistischen oder interessengeleiteten Akteuren instrumentalisiert. Die Anfeindungen reichen vom Infragestellen wissenschaftlicher Kompetenz bis hin zu Drohungen und Gewalt. Die Folgen für die Betroffenen seien gravierend: Viele erlebten Angst, Stress oder zögen sich aus der Öffentlichkeit zurück. Damit gerieten nicht nur einzelne Karrieren, sondern auch Wissenschaftsfreiheit und demokratische Meinungsbildung unter Druck. Scicomm fordert deshalb, Angriffe auf die Wissenschaft ernst zu nehmen, Schutzstrukturen auszubauen und für die Freiheit von Forschung und Lehre einzustehen.

Die Folgen der Anfeindungen sind nach Angaben des Scicomm-Sprechers vielfältig, etwa orchestrierte Kampagnen oder individuelle Bedrohungssituationen bei öffentlichen Veranstaltungen. Aus der praktischen, aber nicht repräsentativen Erfahrung im Scicomm-Support ließen sich drei Schwerpunk-

JUNI

2022

Wesenberg/
Mecklenburg-Vorpommern

Der Virologe Christian Drosten wird auf einem Campingplatz verbal angegriffen und als „Massenmörder“ und „Verbrecher“ beschimpft. Zwei Jahre später werden die Täter – ein Mann und seine Ehefrau – zu Geldstrafen verurteilt.

„Vor allem aus dem rechten und rechtspopulistischen Spektrum sind es gezielte Strategien, um Diskurshegemonie zu erlangen und das Spektrum des Sagbaren ständig zu erweitern.“ **Marion Näser-Lather**

te bei den Verursachern der Angriffe identifizieren: Einzelpersonen, die die Tragweite ihres Handelns nicht einschätzen könnten. Menschen, die sich in der Regel untereinander nicht kennen, aber durch gemeinsame Überzeugungen wie das Leugnen des Klimawandels verbunden seien. Und Gruppen, die gezielt versuchten, wissenschaftliche Stimmen zum Schweigen zu bringen, um eigene Interessen durchzusetzen.

A

Als Beispiel nennt Scicomm Angriffe, die von „tendenziösen oder rechtspopulistischen Medien oder Blogs für die eigene Berichterstattung“ genutzt werden. Häufig würden dafür Aussagen verzerrt oder aus dem Zusammenhang gerissen, „um Stimmung zu machen und Reichweite zu generieren“.

Für Marion Näser-Lather sind die Angriffe, die sie erlebt hat, Ausdruck einer allgemeinen Zunahme von Wissenschaftsfeindlichkeit. Besonders betroffen seien Disziplinen, deren Forschung „geeignet ist, Menschen zu verunsichern oder ihre Art zu leben infrage zu stellen“. Hinzu kämen gesellschaftliche Polarisierung, Fake News und abgeschottete Öffentlichkeiten. Vor allem aus dem rechten und rechtspopulistischen Spektrum erkennt sie gezielte Strategien, „Diskurshegemonie zu erlangen“ und das „Spektrum des Sagbaren ständig zu erweitern“. Als Beispiel nennt die Forscherin „menschenfeindliche Positionen“, die sukzessive normalisiert werden sollen. Dies betreffe nicht nur die Wissenschaft, sondern zunehmend auch Medien und Kultur.

Forscherin empfiehlt, auf gezielte Provokationen nicht einzugehen

Jungen Forschenden empfiehlt Marion Näser-Lather, sich mit Blick auf die eigene Resilienz der Risiken bewusst zu sein, zugleich aber ihre öffentliche Stimme nicht zu verlieren. Sie sollten zudem auf öffentliche Reaktionen auf ihre Aussagen vorbereitet sein. Entscheidend seien frühzeitig entwickelte Schutzkonzepte, rechtliche und psychologische Unterstützung sowie kollegiale Solidarität für die Betroffenen. Besonders wichtig sei es, auf gezielte Provokationen nicht einzugehen: „Denen geht es nicht um Dialog“, sagt sie. Jede Reaktion werde erneut „dekontextualisiert und verzerrt“.

Impressum

Ausgabe 01/2026, 49. Jahrgang

Offizielle Mitgliederzeitschrift des WEISSEN RINGS. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber:
WEISSER RING Gemeinnütziger Verein zur Unterstützung von Kriminalitätsoffern und zur Verhütung von Straftaten e. V.

Bundsvorsitzende:
Barbara Richstein

Bundesgeschäftsstelle:
Weberstraße 16
55130 Mainz
Telefon: 06131 8303-0
E-Mail: info@weisser-ring.de
Internet: www.weisser-ring.de

V.i.S.d.P.:
Bianca Biwer

Redaktion:
Kays Al-Khanak, Christoph Carretero Klemp,
Christiane Flemig (Teamleitung),
Gregor Haschnik (Fachleitung),
Selina Stiegler

Kontakt zur Redaktion:
Sabine Schäfer
Telefon: 06131 8303-4000
E-Mail: redaktion@weisser-ring.de

Art Direction:
twotype design,
Thomas Elmenhorst,
Juliane Keß, Philipp Schubel

Bildredaktion:
twotype design, Bettina Andersen

Lektorat:
Britta Hübener,
Torben Rosenbohm

Druck:
be1druckt GmbH, Nürnberg

ISSN 3052-1645
wr-magazin.de

Die Redaktion behält sich vor,
Leserbriefe zur Veröffentlichung
auszuwählen und zu kürzen.

Social Media



„Viele der ausländischen Frauen in der Prostitution haben keine Möglichkeit, sich als Betroffene von Menschenhandel zu identifizieren. Sie können kein Deutsch und kennen das deutsche Recht nicht [...]“

„Ich stimme euch und der Meinung von Frau Czarnecki zu und bin froh, dass das thematisiert wird. Ich habe in Frankreich und Belgien viele Jahre Opfer von Loverboys betreut und weiß, welchen psychischen Schaden ihr Handeln bei den Opfern anrichtet.“

„Solange die Strafen nicht härter werden und konsequenter und gleich durchgeführt werden und die Täter immer noch mehr geschützt werden als die Opfer, wird der Menschenhandel weiterhin bestehen, ob mit Kindern oder erwachsenen Menschen.“

„So schön, dass es euch gibt 🙌“

„Ich denke auch weiterhin, die Mitmenschen zu sensibilisieren ist wichtig, das Verantwortungsbewusstsein! Es geht ALLE an, was da draußen passiert!“

„Der erste Schritt ist Aufklärung [...]. Wenn nicht darüber gesprochen wird, ist kein Bewusstsein dafür da. Es muss ein Bewusstsein dafür geben, dass Täter auch die netten Kerle von nebenan sind. Oder eben auch in Chats das Vertrauen erschleichen. Es darf nicht totgeschwiegen werden.“

„😱 Schrecklich. Ohne Worte.“

„Ich finde es gut, dass ihr das Thema in die Breite tragt. Vielen Dank.“

„Öffentlich geteilt“

Zwangsprostitution, Arbeitsausbeutung oder Zwangsverheiratung: Diese Verbrechen finden tagtäglich in Deutschland statt. Mit unserer Berichterstattung wollen wir mehr Sichtbarkeit für Betroffene schaffen. Die Reaktionen auf Social Media zeigen, wie notwendig das ist. Eine Auswahl an Kommentaren:



„Unglaublich... vor allem wenn man bedenkt, wie hoch die Dunkelziffer sein mag.“

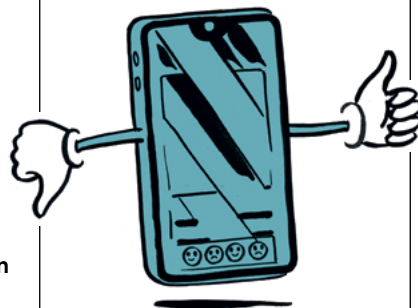
„Vielen Dank, liebes Redaktionsteam, für euren Hashtag #Klartext und diese tiefgehenden Einblicke zum Thema Menschenhandel und Zwangsprostitution in Deutschland.“

„Wie unmenschlich! 😞
Danke euch fürs Aufklären!“

„80 Stunden Arbeit, Gewalt und Identitätsklau - das ist moderne Sklaverei. Danke fürs Sichtbarmachen. Betroffene brauchen Schutz, Aufklärung und konsequente Strafverfolgung. #Zwangsarbeit #Menschenrechte“

„Ich frage mich, wie es Männern, selbst wenn es dunkel ist, nicht auffallen kann, dass sich eine Frau nicht sicher fühlt. Dass sie Verletzungen hat. Die Freier sind meiner Meinung nach ein Teil des Problems.“

„Als wenn die Freier nicht gemerkt hätten, dass sie es nicht freiwillig macht. Denen ist es einfach egal!“



WEISSER RING
auf Instagram:



Druckopfer

Text: Gregor Haschnik

Pressekodex, Ziffer 1:
Die Achtung vor der Wahrheit, die Wahrung der Menschenwürde und die wahrhaftige Unterrichtung der Öffentlichkeit sind oberste Gebote der Presse. Jede in der Presse tätige Person wahrt auf dieser Grundlage das Ansehen und die Glaubwürdigkeit der Medien.

Oft werden Betroffene von Straftaten ein zweites Mal verletzt: durch Berichterstattung. Das zeigen auch die Verstöße gegen den Pressekodex. Der zunehmende Kampf um Reichweite trägt dazu bei.

A

Auf den Aufnahmen ist der Anschlag von Magdeburg zu sehen, von oben. Man erkennt, wie der Attentäter in den Weihnachtsmarkt rast und mehrere Menschen umfährt, die nicht mehr reagieren können. Sie sterben. Die Redaktion von Bild.de zeigt die Szenen mehrfach, obwohl noch nicht klar ist, ob das Video echt ist.

Diese Grenzüberschreitung ist bei Weitem kein Einzelfall. Wie Kriminalitätsoffer durch Medien verletzt werden, zeigen die Jahresberichte des Deutschen Presserates, der freiwilligen Selbstkontrolle der Verleger- und Journalistenverbände. Der Rat kann öffentlich Hinweise geben, Missbilligungen aussprechen oder rügen – die höchste Strafe. Dies muss von der Redaktion veröffentlicht werden. In dem zu Beginn skizzierten Fall entschied sich die Selbstkontrolle für eine Rüge, da es sich um Sensationsberichterstattung handele und die Würde der Betroffenen verletzt worden sei. Die Rechtsabteilung des Verlags hatte den Vorwürfen widersprochen: Die Bilder seien von großer zeitgeschichtlicher Bedeutung.

Insgesamt 102 Rügen verzeichnete der Presserat im Jahr 2025 – so viele wie noch nie. Im Jahr 2024 waren es 86, ein Jahr zuvor 73, im Jahr 2022 lediglich 48. Am häufigsten rügten die Beschwerdeausschüsse Verstöße gegen die journalistische Sorg-

faltspflicht, etwa mangelnde Recherche, und Verletzungen des Persönlichkeitsschutzes. Das WEISSER RING Magazin hat die Sanktionen der vergangenen drei Jahre im Hinblick auf den Schutz von Opfern ausgewertet. Demnach resultierte in jedem Jahr eine ganze Reihe von Rügen aus massiven Missständen im Umgang mit Betroffenen von Kriminalität: Im vergangenen Jahr traf dies auf zwölf Entscheidungen zu, im Jahr 2024 auf 15, im Jahr 2023 auf zehn. In den allermeisten Fällen lagen Verstöße gegen gleich mehrere opferschutzrelevante Ziffern des Pressekodex vor, der die ethischen Grundregeln setzt. Bei Opfern von Unfällen oder Katastrophen sieht es ähnlich aus.

Mit Abstand am häufigsten monierten die Ausschüsse, dass schlecht oder gar nicht verpixelte Bilder von Kriminalitätsoptionen gezeigt wurden oder diese durch Detailinformationen erkennbar waren, ohne Einverständnis. Und dass Medien trotz eines fehlenden öffentlichen Interesses Gewalttaten zeigten oder Taten detailliert schilderten. Sie verstießen etwa gegen die Prinzipien der Wahrhaftigkeit und Achtung der Menschenwürde, den Schutz der Persönlichkeit sowie den Opferschutz, betrieben Sensationsberichterstattung oder missachteten den Jugendschutz.

Die Verstöße kommen seit jeher und immer wieder in den Jahresberichten vor, ebenso wie einige Medien, besonders die „Bild“-Zeitung und ihre Website. Auch für Bilder der tödlichen Messerattacke in Mannheim gab es eine Rüge. Die Aufnahmen seien nicht vom öffentlichen Interesse gedeckt, sondern hätten Sensationsinter-

Ziffer 4: Bei der Beschaffung von personenbezogenen Daten, Nachrichten, Informationsmaterial und Bildern dürfen keine unlauteren Methoden angewandt werden.

Manche Medien stellen Taten sehr detailliert dar. Das kann Opfer retraumatisieren.



sen bedient und die Gefühle der Angehörigen verletzen können, urteilte der Presserat und folgte damit nicht dem Justizariat von „Bild“, das ein „erhebliches öffentliches Interesse“ anführte. Eine aktuelle Anfrage beantwortete „Bild“ nicht. In einer früheren Stellungnahme hieß es, die Redaktion achte die Rechte von Opfern und lege Wert auf eine wahrheitsgemäße Darstellung. Darüber hinaus würden redaktionelle Entscheidungen nicht kommentiert.

„Bild“ ist längst nicht das einzige Medium, das ethische Grundsätze mitunter außer Acht lässt. Die „Nordwest-Zeitung“ etwa wurde 2024 gerügt, weil sie den sexuellen Missbrauch an einem Mädchen explizit beschrieben und so eine Retraumatisierung des Opfers in Kauf genommen habe. Die NWZ bestritt die Vorwürfe. Nach Ansicht der Autorin habe die außergewöhnliche Grausamkeit auch so benannt werden müssen, um die Tat im Kontext bewerten zu können.

„Baden Online“ kassierte eine Rüge, weil das Portal den vollständigen Namen einer ermordeten Frau und weitere private Details veröffentlicht hatte. Die Redaktion gab an, es gut gemeint zu haben: „Namen und Gesichter geben den Opfern ihre Identität zurück.“ Nachdem die Angehörigen über die Polizei Kontakt aufgenommen hatten, entfernte „Baden Online“ den Namen.

Manfred Protze, Sprecher des Presserates, weist darauf hin, dass nicht der Rat die Veröffentlichungen auswählt, gegen die Beschwerde erhoben wird, sondern Lese-

Richtlinie 4.2:

Bei der Recherche gegenüber schutzbedürftigen Personen ist besondere Zurückhaltung geboten. Dies betrifft vor allem Menschen, die sich nicht im Vollbesitz ihrer geistigen oder körperlichen Kräfte befinden oder einer seelischen Extremsituation ausgesetzt sind, aber auch Kinder und Jugendliche.

rinnen und Leser. Der frühere Redakteur der Deutschen Presse-Agentur sieht in der Statistik „keine auffälligen Veränderungen über die Zeit“. Mit den über Jahrzehnte steigenden Beschwerdezahlen steige die Zahl der erfolgreichen Beschwerden. Aber: „Jede Opferschutzverletzung ist schwerwiegend und eine zu viel. Sie trifft konkrete Menschen.“ Protze räumt ein, dass Boulevardmedien überproportional oft gegen den Persönlichkeits- und Opferschutz verstoßen. Sie neigten zur Personalisierung und bildlichen Darstellung, was das Risiko für Verstöße erhöhe, hätten aber den Pressekodex anerkannt und müssten sich daran halten. Es gebe keine Sonderregeln für sie.

Der Presserat, so Protze, wäge stets ab, ob das öffentliche Interesse überwiege oder „die Opfer quasi als dramaturgisches Element missbraucht werden.“ Was bei „Sensationsberichterstattung“ geschehe, vor allem durch eine detaillierte Schilderung von Gewalttaten. Mit der Digitalisierung und dem fortlaufenden Publizieren im Netz sei der Redaktionsschluss weggefallen. „Damit ist auch die Zeitspanne, in der Journalisten Inhalte ethisch bewerten können, kleiner

Ziffer 8:

Die Presse achtet das Privatleben des Menschen und seine informationelle Selbstbestimmung. Ist aber sein Verhalten von öffentlichem Interesse, so kann es in der Presse erörtert werden. Bei einer identifizierenden Berichterstattung muss das Informationsinteresse der Öffentlichkeit die schutzwürdigen Interessen von Betroffenen überwiegen; bloße Sensationsinteressen rechtfertigen keine identifizierende Berichterstattung.

geworden. Die Räume für sorgfältige Abwägungen sind geschrumpft“, beobachtet der Sprecher. „Das darf aber nicht die Maßstäbe aufweichen. Die redaktionelle Qualitätskontrolle muss sich auf die Beschleunigung einstellen, um den ethischen Anforderungen gerecht zu werden. Nicht umgekehrt.“ Als Vorteil der digitalen Welt nennt Protze, dass sich Korrekturen dort leicht und schnell umsetzen ließen.

Z

Richtlinie 8.2:
Die Identität von Opfern ist besonders zu schützen. Für das Verständnis eines Unfallgeschehens, Unglücks bzw. Tathergangs ist das Wissen um die Identität des Opfers in der Regel unerheblich. Name und Foto eines Opfers können veröffentlicht werden, wenn das Opfer bzw. Angehörige oder sonstige befugte Personen zugestimmt haben, oder wenn es sich bei dem Opfer um eine Person des öffentlichen Lebens handelt.

Zumindest auf einige Medien scheinen die Sanktionen des Presserates kaum Einfluss zu haben. Ist das Gremium ein „zahnloser Tiger“? Protze widerspricht. „Die Veröffentlichung von Rügen – durch den Presserat, im eigenen Medium und von anderen Medien – tut weh.“ Nach Entscheidungen würden Inhalte oft korrigiert oder entfernt. „Härtere Sanktionen mit Eingriffen in das Vermögen oder in die Freiheit sind im Rahmen der Selbstregulierung nicht möglich.“ Dafür sind gesetzlich geregelte Zivil- und Strafverfahren erforderlich. Eine Selbstregulierung sei aber sinnvoll und notwendig. Ansonsten könnte die Pressefreiheit durch staatliche Kontrolle eingeschränkt werden: „Gesetzliche Sanktionen haben in der Geschichte unseres Landes und in anderen Ländern bis in die Gegenwart zu faktischer Zensur oder Selbstzensur geführt.“

Christian Schicha hält die einzige Professur für Medienethik in Deutschland. Der

Wissenschaftler, der an der Universität Erlangen-Nürnberg lehrt, beobachtet in erster Linie bei Boulevardmedien wie der „Bild“-Zeitung „immer wieder Persönlichkeitsverletzungen aller Art“ – etwa durch Bilder von Betroffenen, teils mit dem Handy am Tatort aufgenommen. Die Verstöße trafen sowohl die Opfer als auch deren Angehörige massiv. Mögliche Konsequenzen nach Regelverletzungen, zu denen auch Falschnachrichten gehören, scheinen bei den dafür verantwortlichen Medien „eingepreist zu sein“, so Schicha. Es werde offenbar abgewogen zwischen eventuellen Strafen und Imageverlust auf der einen Seite und dem erwarteten Gewinn auf der anderen Seite.

Zu den Ursachen zählten ein steigender ökonomischer Druck und Kampf um Aufmerksamkeit, weil viele Medien dramatische Reichweitenverluste hätten hinnehmen müssen. Befeuert werde die Entwicklung durch Digitalisierung und Phänomene wie Clickbaiting. Dabei werden reißerische Überschriften angeboten, die oft nur wenig mit dem Inhalt des Artikels zu tun haben.

Um einen Klickreiz zu schaffen, „greifen die Medien besonders auf klassische Nachrichtenfaktoren wie Konflikt oder Gewalt zurück“. Diese liegen bei Straftaten vor. Hinzu komme ein „Echtzeitjournalismus“ mit unmittelbar transportierten Bildern und ungeprüften Gerüchten, die weitere Medien zum Teil übernehmen. Das sei ökonomisch vielleicht kurzfristig erfolgreich, schade aber langfristig der Marke und dem Vertrauen in den Journalismus als „Vierte Gewalt“ insgesamt. Wobei Schicha darauf hinweist, dass es regelmäßig positive Beispiele gebe, wie die zurückhaltende Berichterstattung des Bayerischen Rundfunks nach dem Anschlag auf das Olympia-Einkaufszentrum (OEZ) in München.

Natürlich müssten Medien über Opfer berichten, aber es komme auf die Art und Weise an: „Es geht auch sensibel, anonymisiert, mit einem gewissen zeitlichen Abstand, ohne Bilder, Voyeurismus und ein zusätzliches Schüren von Emotionen. Und manchmal ist es besser, gar nicht zu berichten. Medienschaffende sollten zumindest kurz überlegen, wie es ihnen gehen würde, wenn ihre Opferrechte verletzt würden.“ Das Argument, es gehe um öffentliches

Ziffer 11: Die Presse verzichtet auf eine unangemessen sensationelle Darstellung von Gewalt, Brutalität und Leid. Die Presse beachtet den Jugendschutz.

Interesse, greife in vielen Fällen nicht, kritisiert Schicha. Auch in den zahlreichen True-Crime-Formaten, in denen Fälle zum Leidwesen der Angehörigen mitunter nach Jahrzehnten wieder in die Öffentlichkeit gebracht würden: „Hier geht es oft nur darum, ein Geschäftsmodell auszureizen. Es gibt aber auch positive Beispiele, wie das Format ‚ZEIT Verbrechen‘, das auch die Perspektive der Opfer, Angehörigen, Zeugen und Ermittler in die Berichterstattung einbezieht und damit journalistischen Qualitätsstandards entspricht.“

Der Medienwissenschaftler empfiehlt Betroffenen, juristisch gegen Medien vorzugehen, die unseriös agieren. Mit Hilfe von spezialisierten Rechtsanwaltskanzleien könnten sie ihr Recht auch gegen große Verlage durchsetzen, etwa Gegendarstellungen und Unterlassungen erwirken.

W

Weitere Mittel gegen die Verletzung des Opferschutzes seien ein kritischer Medienjournalismus, die Vermittlung von Medienethik schon in der Schule und eine verantwortungsbewusste Journalistenausbildung.

Die Verlegerverbände und Journalistenschulen legen nach eigenen Angaben Wert darauf. Auf Anfrage erklärt beispielsweise die Henri-Nannen-Schule, ihre Journalistenschülerinnen und -schüler beschäftigten

Der Presserat wägt ab, was überwiegt, das öffentliche Interesse oder der Persönlichkeits- und Opferschutz. Und achtet darauf, ob „Sensationsberichterstattung“ vorliegt.

Mord vor Sex-Kino
Er tötete mit 38 Stichen eine Schwangere

Vorher sagte sie ihrem Mann am Telefon: „Ich liebe dich“

sich während ihrer 21-monatigen Ausbildung explizit mit Betroffenen von Gewalt, zum Beispiel in Seminaren zu Kriminalitäts- und Gerichtsberichterstattung, in denen es auch um Medienrecht, die Nebenklage und den Umgang mit Betroffenen und deren Angehörigen gehe.

Der Verband Bayerischer Zeitungsverleger teilt mit: „Journalistinnen und Journalisten tragen eine besondere Verantwortung bei der Berichterstattung über Betroffene von Straftaten.“ Daher sei eine solide Volontärsausbildung unverzichtbar. Die Angebote der Mitgliedsverlage, die der Verband unterstütze, enthielten medienethische Themen wie Presserecht, Sorgfaltspflichten, Schutz der Persönlichkeitsrechte.

Eine deutschlandweite Statistik darüber, wie oft und wie erfolgreich sich Opfer gegen Berichte wehren, gibt es nicht.

Die Strafrechtlerin Monja Szerafy steht Betroffenen als Nebenklageanwältin bei. Ihrer Erfahrung nach haben diese häufig keine Kraft, sich gegen Berichterstattung zu wehren, gerade gegen finanzstarke Großverlage.

S

Szerafy äußert sich differenziert, erwähnt, dass viele Journalisten nicht reißerisch berichten, sondern sensibel mit Betroffenen umgehen, für sie wichtige Erkenntnisse recherchieren und auch ihre Privatsphäre respektieren würden. Das Gegenteil kenne

Richtlinie 11.1:

Unangemessen sensationell ist eine Darstellung, wenn in der Berichterstattung der Mensch zum Objekt, zu einem bloßen Mittel, herabgewürdigt wird. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn über einen sterbenden oder körperlich oder seelisch leidenden Menschen in einer über das öffentliche Interesse und das Informationsinteresse der Leser hinausgehenden Art und Weise berichtet wird. Bei der Platzierung bildlicher Darstellungen von Gewalttaten und Unglücksfällen auf Titelseiten beachtet die Presse die möglichen Wirkungen auf Kinder und Jugendliche.

Im Kampf um Aufmerksamkeit berichten Medien mit Live-Tickern aus dem Gerichtssaal oder über Anschläge. Das erhöht die Wahrscheinlichkeit von Verstößen gegen Medienethik.

Auf Weihnachtsmarkt in Magdeburg
Video zeigt Todesfahrt

Mehr zum Video anzeigen ▾

sie aber leider auch sehr gut: Medienleute, die an der Haustür klingeln, in Texten eine Täter-Opfer-Umkehr betreiben und den Verdächtigen, nicht jedoch die Opfer unkenntlich machen würden, deren Fotos sie aus sozialen Netzwerken genommen hätten, ohne die Angehörigen zu fragen. Oder sie ließen es in Live-Tickern aus dem Gerichtssaal an Sorgfalt und Sensibilität vermissen und gäben in allen Einzelheiten den Autopsiebericht wieder, inklusive der Zahl der Stiche. „Oder sie verpassen Opfern ein Label, reduzieren oder entmenslichen sie dadurch sogar ein Stück weit.“

Szerafy kritisiert: „Die Angehörigen retraumatisieren solche Dinge, weil sie es entweder selbst mitbekommen oder darauf angesprochen werden. Sie sind traurig und wütend, können nicht zur Ruhe kommen.“

Deshalb empfiehlt sie ihnen, sich „bestimmte Medien nicht anzuschauen“ und manchmal eine schriftliche Erklärung abzugeben, mit Informationen und der Bitte, zu respektieren, dass sie sich nicht weiter äußern möchten. Wenn es möglich und notwendig ist, beantragt die Anwältin vor Gericht einen Ausschluss der Öffentlichkeit.

Szerafy appelliert an Medien, besonnen zu handeln, sich nicht direkt an Opfer zu wenden, sondern über Dritte, etwa Anwälte, die einschätzen könnten, wie es ihnen geht. Wichtig sei auch, intensiver zwischen öffentlichem Interesse und Opferschutz abzuwägen. Denn: „Presse und Rundfunk stehen besonders in der Verantwortung. Selbst wenn sie einen Beitrag ändern oder löschen, kriegen sie die Inhalte nicht mehr aus den Köpfen der Menschen.“

Richtlinie 11.5: Die Veröffentlichung sogenannter Verbrecher-Memoiren verstößt gegen die Publizistischen Grundsätze, wenn Straftaten nachträglich gerechtfertigt oder relativiert werden, die Opfer unangemessen belastet und durch eine detaillierte Schilderung eines Verbrechens lediglich Sensationsbedürfnisse befriedigt werden.

Wie Gewalt

im Trash-TV



Text: Selina Stiegler

normalisiert wird

Beleidigungen, Manipulation und sexualisierte Gewalt: Im deutschen Reality-TV, auch Trash-TV genannt, werden Grenzen überschritten.

Warum ein anderer Umgang mit den verschiedenen Gewaltformen wichtig ist.

F

Fast täglich laufen auf allen Plattformen, ob im Netz oder im Fernsehen, Reality-TV-Formate. Meist im Mittelpunkt: sogenannte Reality-TV-Darsteller, die seit Jahren an verschiedenen Formaten beteiligt sind. Einige Beispiele aus dem vergangenen Jahr zeigen, wie psychische und sexualisierte Gewalt durch die Darsteller teils ohne Einordnung offen gezeigt werden – ohne Konsequenzen.

Zum Beispiel im Format „Prominent getrennt – Die Villa der Verflorenen“ bei RTL. Dort sprach der Kandidat Felix Davidson darüber, dass Weiblichkeit exklusiv für den Partner sei. Es sei krank, sich als vergebene Frau knapp zu kleiden. Seine Exfreundin berichtete in der Show, dass er sie gezwungen habe, im Bikini nach draußen zu gehen. Sein Kalkül sei gewesen: Aus Scham solle sie sich nicht mehr so freizügig

kleiden. Dies alles ließ der Sender zumindest vorerst unkommentiert. Gerechtfertigt hat der Protagonist sich damit, sich aufgrund seiner großen Liebe für seine Expartnerin so verhalten zu haben.

Zwischen Frauenfeindlichkeit und Unterhaltung

Florian Wedell ist Psychologe beim WEISSEN RING in Mainz und kennt solche Verhaltensmuster. Es sei wichtig, Aussagen wie die von Davidson einzuordnen und nicht unkommentiert zu lassen. „Da wird sonst suggeriert, dass das eine Form von Liebe ist, die in Ordnung ist“, sagt er. Eine gesunde Beziehung würde sich aber durch solche Äußerungen nicht ausdrücken. Szenen wie diese würden patriarchale Strukturen transportieren. Der Sender müsse dies benennen. „Die Fraulichkeit sollte exklusiv für die Frau selbst sein.“ In der Show „Temptation Island VIP“ testen die Teilnehmenden, wie

„Es stellt sich die Frage, ob eine Triggerwarnung tatsächlich die Zuschauenden vor einem Schaden bewahrt oder diese nicht auch als Werkzeug genutzt werden könnten, um das Zusehen weiter zu fördern.“

Psychologe Florian Wedell

treu ihre Partner sind. Der Kandidat Aleks Petrovic spuckte in der Show Frauen Sekt ins Gesicht. Außerdem erzählte er, wie er seine Partnerin zum Sex überredet habe, obwohl sie keine Lust gehabt habe. Nach einer Kritikwelle im Internet reagierte RTL. Danach erschien zu Beginn der genannten Folge eine Warnung: „Diese Folge enthält Darstellungen von emotionalem Druck und toxischen Verhaltensmustern gegenüber Frauen. Diese Szenen können belastend wirken.“

Triggerwarnung als einfache Lösung

Auf Anfrage des WEISSER RING Magazins zu den genannten Vorfällen antwortete RTL, dass der Schutz der Teilnehmenden höchste Priorität habe. Deshalb gebe es vorab psychologische Checks, Betreuung während der Dreharbeiten und verbindliche Richtlinien. Hinweise auf jegliche Formen von Gewalt würden ernst genommen, Vorwürfe geprüft und bei bestätigten Grenzverletzungen Maßnahmen bis hin zum Ausschluss ergriffen. „Gleichzeitig bilden Reality-Formate wie ‚Prominent getrennt‘ oder ‚Temptation Island VIP‘ Beziehungskonflikte unter hohem emotionalem Druck ab“, heißt es weiter. RTL blende bewusst polarisierende Verhaltensweisen nicht aus, um nichts zu verharmlosen. Allerdings schreibt der Sender auch, dass er diese einordne. Bei „Temptation Island VIP“ fehlte diese Einordnung zunächst und erfolgte erst nachträglich, bei „Prominent getrennt“ gab es keine. Das Management von Felix Davidson teilte mit, dass er sich nicht äußern wolle; Aleks Petrovic reagierte bis zum Redaktionsschluss nicht auf die Anfrage. In einem Statement auf Instagram hatte er sich entschuldigt: Er habe respektlose und verletzende Dinge gesagt und getan. Es habe jedoch keine sexuellen Übergriffe gegeben, auch habe er niemanden manipuliert, um Intimität zu erzeugen.

Warnhinweise scheinen ein oft genutztes Instrument bei den verantwortlichen Sendern zu sein: Das Format „Forsthaus Rampensau Germany“ der Produktionsfirma Seven.One Entertainment Group wird auf dem eigenen Streaming-Anbieter Joyn ausgestrahlt. Prominente kämpfen dort in

Teams um Geld. Hier sprach der Teilnehmer Marc-Robin Wenz über eine Partynacht und nannte die beteiligten Frauen unter anderem Schlampen. Auch berichtete er, wie er ein Getränk über eine Frau geschüttet oder auf den Kopf einer anderen mit seiner Zigarette geascht habe. Der Sender warnt zu Beginn der Folge: „In der nachfolgenden Sendung fallen Aussagen, die ein diskriminierendes Frauenbild widerspiegeln. Joyn distanziert sich ausdrücklich von dieser frauenfeindlichen Haltung. Die Szenen könnten emotional fordernd sein. Bitte schaue die Inhalte nur an, wenn du dich emotional stabil genug fühlst.“

„Wir haben diese Szene und die intensive Debatte unter den Teilnehmenden zu diesen Aussagen gezeigt, um zu zeigen, dass misogyne Haltungen unter jungen Männern noch immer verbreitet sind. Damit wollten wir nicht normalisieren, sondern auf diese Schiefelage aufmerksam machen. Das intensive Feedback zeigt, dass dieser Ansatz gelungen ist“, sagt der Seven.One Entertainment-Sprecher Christoph Körfer auf Anfrage. Marc-Robin Wenz war bis Redaktionsschluss nicht zu erreichen.

Kaum Konsequenzen für Kandidaten

Der Psychologe Wedell sieht in solchen Warnhinweisen nicht die Lösung für das Problem. „Es stellt sich die Frage, ob eine Triggerwarnung tatsächlich die Zuschauenden vor einem Schaden bewahrt oder diese nicht auch als Werkzeug genutzt werden könnten, um das Zusehen weiter zu fördern“, sagt er. Der Sender stelle nicht klar, von welchen Aussagen er sich konkret distanziert. Ein verantwortungsvoller Umgang sei daher, Vorfälle wie diese von Fachleuten einordnen zu lassen.

A

Auffällig ist, dass es bei allen geschilderten Vorfällen wenig Konsequenzen gab. Bei körperlicher Gewalt haben Sender schon häufig eingegriffen, die Übergriffe teilweise nicht ausgestrahlt und die Kandidaten aus

den Shows entfernt, so etwa bei einem Angriff auf eine Kandidatin durch eine andere bei „Germany’s Next Topmodel“ 2019. Bei Fällen von psychischer und sexualisierter Gewalt blieb dies oft aus. „Dem Gehirn ist es egal, ob ich körperlichen oder psychischen Schmerz erleide“, sagt Wedell. Grund dafür sei, dass das Gehirn körperlichen und sozialen Schaden im gleichen Hirnareal verarbeite. Betroffene erlebten in beiden Fällen Schmerzen und Ängste.



Claudia Paganini ist Medienethikerin und forscht seit Jahren zum Wertesystem im Trash-TV. „Durch die Forschung wissen wir, dass psychische Gewalt für Betroffene oft schlimmer ist als körperliche“, sagt sie. Dass in den Shows von den Sendern oder Produktionsfirmen nicht genug Konsequenzen gezogen werden, sieht sie kritisch. Schließlich sei Trash-TV eine Bühne, auf der moralische Fragen verhandelt würden. Umso wichtiger sei es, dass unmoralisches Verhalten auch benannt und sanktioniert werde.

Trash-TV ist eine Bühne, auf der moralische Fragen verhandelt werden

Die Wissenschaftlerin bemerkt dennoch eine positive Veränderung bei den Formaten. Früher hätten Werte wie Loyalität und Ehrlichkeit im Fokus gestanden. Heute werde auch über Frauenfeindlichkeit und Mobbing gesprochen. Als Beispiel nennt Paganini die aktuelle „Temptation Island VIP“-Staffel mit Aleks Petrovic. „Frauen, die eigentlich die Männer verführen sollten, um deren Treue zu testen, haben sich mit den Partnerinnen verbündet und kritisierten das Verhalten der vergebenen Männer“, sagt sie.

Auch Florian Wedell ist der Meinung, dass Trash-TV etwas Lehrreiches für das Publikum haben kann. Die Menschen dort seien ein Spiegel der Gesellschaft. Das offene Ansprechen von psychischer und sexualisierter Gewalt könne Zuschauende sensibilisieren. Da es den Sendern aber am Ende darum gehe, Geld zu verdienen, komme dieser Aspekt zu kurz.

Eine Studie aus dem Jahr 2021 von „Psychology of Women Quarterly“ zeigt die negativen Auswirkungen des Konsums von Trash-TV. „Frauen, die im Verlauf eines Studienjahres Trash-TV geschaut haben, haben eine höhere Akzeptanz für sexualisierte Gewalt im Partykontext entwickelt“, sagt Wedell dazu. Das lege den Schluss nahe, dass Trash-TV zu einer indirekten Normalisierung von sexualisierter Gewalt beitragen könne. Die Folgen: Kandidatinnen und Kandidaten erlitten psychische und sexualisierte Gewalt, die ihnen Ängste und Schmerzen bereite, und junge, unreflektierte Zuschauende könnten übergriffige Verhaltensweisen als normal oder gesellschaftlich akzeptiert verstehen und weiter in die Gesellschaft tragen.

Macht und Verantwortung des Publikums

Hier sieht Claudia Paganini das Publikum in der Verantwortung: „Das Publikum ist in der Lage, positive Veränderungsprozesse anzustoßen.“ Die Zuschauenden dürften deshalb keine stummen Voyeure sein, sondern müssten öffentlich Kritik ausdrücken – Stichwort: digitale Zivilcourage.

Ein Blick in die Kommentarspalten entsprechender Formate offenbart bereits eine gewisse Gegenwehr: Fans fordern, dass bestimmte Kandidaten, die seit Jahren negativ auffallen, nicht mehr Teil einer Show sein sollten. Auch bitten sie immer wieder um deutlichere Konsequenzen bei sexualisierter und psychischer Gewalt. 2023 kam es zu einer Petition gegen die Trash-TV-Darstellerin Walentina Doronina, die bekannt ist für ihr provokatives Verhalten. Mehrere Tausend unterzeichneten damals die Petition. Konsequenzen hatte dies für die Darstellerin nicht: Sie ist bis heute immer wieder in Formaten zu sehen.

„Psychische Gewalt ist eine Vorstufe zu physischer Gewalt und sexualisierte Gewalt ist oft das Streben nach Dominanz oder der Ausdruck von Macht über die betroffene Person“, betont Wedell. „Der Mensch ahmt Verhaltensmuster nach, und das Fernsehen hat eine große Macht“, sagt Claudia Paganini. Jegliche Gewalt im Trash-TV dürfe daher nicht unkommentiert bleiben.

„Durch die Forschung wissen wir, dass psychische Gewalt für Betroffene oft schlimmer ist als körperliche.“

Medienethikerin
Claudia Paganini

Medientipps



ARD Audiothek

„Ungebremst“



Hören

Podcast

„Ungebremst“ ARD Audiothek

Am 20. Dezember 2024, vier Tage vor Heiligabend, rast Taleb A. mit einem Auto über den Weihnachtsmarkt in Magdeburg. Er tötet sechs Menschen und verletzt fast 350. Ein Jahr danach haben die MDR-Investigativreporterin Jana Merkel und ihr Co-Host Daniel Salpius den Podcast „Ungebremst – Der Anschlag auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt“ veröffentlicht.

Merkel und Salpius nehmen sich Zeit, führen ihre Protagonistinnen und Protagonisten behutsam ein und bleiben nah an ihnen. Nie voyeuristisch, sondern mit spürbarer Zurückhaltung. Gleichzeitig ordnen sie ihre Arbeit kritisch ein. Etwa die Problematik, wenn Journalistinnen und Journalisten mit traumatisierten Menschen sprechen und diese mit dem Erlebten erneut konfrontieren.

Zu Wort kommt ein Paar, das unter den Opfern war. Beide schildern, wie schwer es ist, „wieder zurück in das Leben zu kommen“. Eine Ärztin erzählt, wie sie entscheiden musste, wer von den hunderten Verletzten wann versorgt werden konnte. Ein Ersthelfer schildert, wie er Wochen nach der Tat zuerst Albträume hatte und dann gar nicht mehr schlafen konnte. Und erstmals kommt der Polizist zu Wort, der den Täter allein stoppte. Als Held sieht er sich nicht, sagt er. Er sei vielmehr jemand, „der pflichtbewusst seinen Job getan hat“. Eine weitere Gesprächspartnerin ist Cornelia Stietzel, die Außenstellenleiterin des WEISSEN RINGS in Magdeburg. Sie erzählt, wie der Verein Opferhilfe für mehr als 500 Menschen geleistet hat: mit Gesprächen, Hilfen bei Anträgen und finanzieller Unterstützung.

Um den Täter geht es nur am Rande. Stattdessen ordnet der Podcast die Gewalttat sachlich, hintergründig ein. Er stellt kritische Fragen nach Verantwortlichkeiten,

zeigt aber vor allem, was die Tat mit den Opfern und den Helfenden gemacht hat. Zudem thematisieren Merkel und Salpius, wie die Gewalttat politisch instrumentalisiert wurde und Menschen mit Einwanderungsgeschichte mit Vorverurteilungen und Angriffen konfrontiert waren.

„Ungebremst“ zeigt, dass verantwortungsvolle Berichterstattung über extreme Gewalt weder laut noch voyeuristisch ist, sondern sorgfältige Recherche, Empathie und Zurückhaltung braucht. Indem Merkel und ihr Team den Fokus konsequent auf die Betroffenen legen und Zusammenhänge erklären, zeigen sie, wie die journalistische Aufarbeitung gelingt. *Kays Al-Khanak*

→ <https://www.ardaudiothek.de/sendung/ungebremst-der-anschlag-auf-den-magdeburger-weihnachtsmarkt/urn:ard:show:adae00231caa2901/>



Gucken

Dokumentation

„Der Anschlag“ 3sat Mediathek

Menschen, die Anschläge überlebt oder dabei Angehörige verloren haben, haben vor allem drei Anliegen: Gedenken, Aufarbeitung, Konsequenzen. Das wird auch in der Dokumentation „Der Anschlag“ deutlich, die sich mit der Terrorfahrt am Berliner Breitscheidplatz auseinandersetzt – und einen Beitrag leistet, diese Forderungen von Hinterbliebenen zu erfüllen.

Am 19. Dezember 2016 raste ein Anhänger des „Islamischen Staates“ mit einem Lkw in den Weihnachtsmarkt. Er ermordete 13 Menschen und verletzte viele weitere schwer. Die Serie von Astrid Schult umfasst fünf Teile, die sich „Vorzeichen“, „Tat“, „Trauma“, „Staat“ und „Konsequenzen“ widmen. Das Filmteam zeigt Fotos der Opfer,

lässt Überlebende und Hinterbliebene oft zu Wort kommen, erzählt in erster Linie ihre Geschichten. So wie jene von Astrid Passin, deren Vater ins Theater wollte, aber keine Karten bekam. Seine Lebensgefährtin rief Passin schließlich an und sagte, dass „Papa tot ist“. „Warum?“, fragt Passin und fühlt sich fortan „komplett hilflos“. Etwa, nachdem seine Wohnung bei Ermittlungen „auf den Kopf gestellt“ worden sei. Die Serie zeichnet einfühlsame Porträts. Und zeigt, dass tatsächlich jeder Opfer werden kann, vieles von Kleinigkeiten, Zufällen abhängt. Wie bei Shufan Huo, die neu in der Stadt war und die „Freiheiten“ während ihrer Doktorarbeit genoss. „Warum bin ich ‚ungeschoren‘ davongekommen?“, fragt sie. Weil sie noch Bratwurst und Crêpes gegessen habe. Huo beschreibt, wie „der Luftzug vom Lkw mir den Atem nahm“. Wie Menschen nach einer kurzen, „gespenstischen Stille“ schrien. Die Ärztin selbst kämpfte mit Erster Hilfe um das Leben von Fabrizia di Lorenzo, die später in der Klinik starb. In der Serie äußert sich die Mutter der 31-Jährigen erstmals. „Wenn sie nach Hause kam, ging die Sonne auf“, sagt di Lorenzo über ihre Tochter. Der deutsche Staat habe ihr Auskünfte „verweigert“ und sie kaum unterstützt. Mit den Fehlern vor und nach dem Terror befasst schult sich intensiv. Dazu gehört der zermürbende, teils erfolglose Kampf der Betroffenen um Entschädigung. Zu den Schwächen der Dokumentation zählen die teils reißerische Rekonstruktion des Tatgeschehens und die mindestens fragwürdigen Szenen aus einem Live-Video vom Anschlagort, auch wenn keine Todesopfer oder Schwerverletzten zu sehen sind. Mit dem Attentäter beschäftigt sich der Film auch lange, allerdings in einer aufklärenden Weise. Es geht zum Beispiel um die folgenlosen Alarmsignale im Vorfeld. So warnte ein V-Mann vor der Gefährlichkeit des Täters. Der damalige „Spiegel“-Reporter Jörg Diehl bemängelt, Sicherheitsbehörden hätten die Gefahr durch als Geflüchtete getarnte Terroristen unterschätzt. Zudem habe die Polizei viele Hinweise auf den Drogenhandel des Terroristen und dadurch die Möglichkeit gehabt, ihn vorher zu verhaften. Nach dem Anschlag sollte dies offenbar vertuscht werden. Später folgten einige Konsequenzen. Beispielsweise wurde das Opferentschädigungsgesetz reformiert und beim BKA – das Kritik zurückweist – Personal im Kampf gegen Extremismus aufgestockt. Lücken und Missstände gibt es nach wie

vor, etwa beim Erkennen von Gefährdern oder bei Hilfen für Betroffene.

Der Anschlag brachte unfassbares Leid. Die Serie zeigt aber auch Lichtblicke wie die Gemeinschaft der Angehörigen. Bei einem Treffen sagte Giovanna di Lorenzo der Ersthelferin Huo, wie froh sie sei, dass ihre Tochter nicht alleine war. Mehrere Hinterbliebene, darunter Astrid Passin, setzen sich mittlerweile für Opferrechte ein. Am Ende bleiben vor allem zwei Sätze von Giovanna di Lorenzo in Erinnerung: „Diese Leere ist nie mehr zu füllen.“ Und: Man „kann diesen Schmerz verwandeln in Liebe für andere“. *Gregor Haschnik*

→ 3sat.de/film/der-anschlag

Dokumentation

„Im Namen der Opfer“ ARD Mediathek

Das SWR-Format „Im Namen der Opfer“ gibt Überlebenden von Femizid-Versuchen und Angehörigen von Opfern Raum, ihre Geschichten selbst zu erzählen, und entfaltet dadurch eine besondere Wirkung. Ruhig und direkt schildert beispielsweise die Betroffene in der Folge „Zwei Femizid-Versuche überlebt: Wie sich Svenja befreite“ ihre Erlebnisse. Von Manipulation über psychische Gewalt bis hin zu schweren körperlichen Angriffen. Durch diese persönliche Perspektive werden typische Muster gewaltvoller Beziehungen sichtbar – in denen sich andere Betroffene wiedererkennen, daraufhin Mut fassen und möglicherweise frühzeitig Konsequenzen ziehen können.

Die Beiträge verzichten weitgehend auf Einordnungen von außen: Es sprechen ausschließlich die Betroffenen. Kurze eingeblendete Texte informieren über häusliche Gewalt, deren Dynamiken und aktuelle Zahlen. So entsteht ein sachlicher, unaufgeregter Rahmen, der den Fokus auf die Opfer legt. Einzelne Taten werden sehr detailliert beschrieben, auch Bilder von Verletzungen sind zu sehen, was manche Betroffene retraumatisieren kann. Ansonsten ist das Format opfersensibel und frei von Tätersicht.

„Im Namen der Opfer“ leistet wertvolle Aufklärungsarbeit, beleuchtet das Leben nach der Tat und stellt wichtige Fragen nach Hilfe und Gerechtigkeit. *Selina Stiegler*

→ ardmediathek.de/sendung/swr-aktuell-im-namen-der-opfer



ARD Mediathek

„Im Namen der Opfer“



ZDF Mediathek

„Der Anschlag“

Unsere
Medientipps
finden Sie
auch online:



Danke!

Verlierer sorgen für Gewinn

Bereits zum sechsten Mal traten in Bamberg Schülerinnen und Schüler zu einer Schwimmwette an. 400 Kinder aus Grund- und Förderschulen forderten Oberbürgermeister Andreas Starke und Stadtwerke-Geschäftsführer Dr. Michael Fiedeldej heraus. Das Ziel war ambitioniert: Innerhalb von vier Stunden sollten 10.000 Bahnen über jeweils 50 Meter zurückgelegt werden. Wenig überraschend war das Duo der versammelten Schülerschaft, die beeindruckende 13.810 Bahnen schwamm, deutlich unterlegen. Am Ende gab es einen anderen klaren Gewinner: den WEISSEN RING. Der gesamte Wetteinsatz von 1.750 Euro wurde an den Verein für dessen Arbeit im Präventionsprogramm „Ja zum Nein“ gespendet.



v. l. n. r.: Stadtwerke-Geschäftsführer Dr. Michael Fiedeldej, Maria Schuster, Außenstellenleiterin des WEISSEN RINGS, Oberbürgermeister Andreas Starke, Bäderleiter Sebastian Imhof sowie Schülerinnen und Schüler der Kaulbergschule

Förderung durch Frauenclub

Der Deutsch-Amerikanische Frauenclub fördert Austausch und Wohltätigkeit und unterstützt derzeit 13 karitative Einrichtungen in München und Umgebung. Beim feierlichen Silbertee, der Ende letzten Jahres bereits zum 74. Mal stattfand, wurden zwei Spendenschecks à 10.000 Euro überreicht. Einer davon ging an den WEISSEN RING. Silvia Niedermeier, Leiterin der Außenstelle Freising, nahm den Scheck freudig entgegen. Die Übergabe erfolgte durch Chairlady Susanne Ahrens, Präsidentin Andrea Hellmann und den Schauspieler Udo Wachtveitl.



v. l. n. r.: Susanne Ahrens (Chairlady), Silvia Niedermeier (WEISSER RING), Andrea Hellmann (Präsidentin des Deutsch-Amerikanischen Frauenclubs) und Udo Wachtveitl

Zeichen der Solidarität

Auf dem Gelände des Gemeinschafts-Müllheizkraftwerks Ludwigshafen (GML) fanden im vergangenen Jahr Dreharbeiten für

eine „Tatort“-Folge statt. Die Betreiber erhielten dafür einen Geldbetrag, den sie vollständig an den WEISSEN RING weiterreichten. Joachim Bossek, Außenstellenleiter in Rheinpfalz und kommissarisch für Ludwigshafen (Stadt), freute sich über 1.500 Euro. GML-Geschäftsführer Jochen Schütz betonte bei der Übergabe, bei der auch „Tatort“-Schauspielerin Ulrike Folkerts zugegen war: „Der WEISSE RING leistet eine wichtige Arbeit für Betroffene in unserer Region. Mit der Spende möchten wir ein Zeichen der Solidarität setzen.“



Scheckübergabe mit Ulrike Folkerts, Joachim Bossek (rechts, WEISSER RING) und Jochen Schütz (GML)

Verkaufen für den guten Zweck

Das „Schatzkästchen“ im brandenburgischen Hennigsdorf ist ein Laden der besonderen Art. Die Kundinnen und Kunden, zumeist aus der Nachbarschaft, entscheiden selbst, wie viel sie beispielsweise für Kleidung oder Spielzeug bezahlen möchten oder können. Die Einnahmen werden jeweils monatlich an gemeinnützige Organisationen oder Vereine gespendet. Zuletzt wurde auch der WEISSE RING durch die Ehrenamtlichen aus dem „Schatzkästchen“ bedacht. Michael Stricker, Leiter der Außenstelle Oberhavel, nahm 350 Euro dankend entgegen, die in die Arbeit des Vereins fließen.

Spenden mit langer Tradition

Seit fast 30 Jahren übergibt das Unternehmen Wortmann aus dem nordrhein-westfälischen Hüllhorst jeweils kurz vor Weihnachten finanzielle Spenden an Einrichtungen aus der Region. Im Jahr 2025 rundete Inhaber Siegbert Wortmann die einzelnen Beiträge anlässlich seines 70. Geburtstags zusätzlich auf, sodass insgesamt 165.000 Euro zur Verfügung gestellt wurden. Unter den Empfängern war auch der WEISSE RING, der sich über die großzügige Unterstützung von 15.000 Euro für seine Arbeit sehr freute. Leiterin Ingrid Liebs von der Außenstelle Minden-Lübbecke und ihre Stellvertreterin Sandra Niedermeyer bedankten sich herzlich und informierten die Anwesenden bei der Übergabe über die Angebote des Vereins.

Hilfe in der Not

Der Lions-Club im baden-württembergischen Freudenstadt hat dem WEISSEN RING eine Spende über 2.000 Euro überreicht – als „Zeichen der Solidarität und des gesellschaftlichen Engagements“. Der Lions-Club Freudenstadt engagiert sich traditionell für soziale, kulturelle und humanitäre Projekte in der Region und wolle „dort helfen, wo Menschen unverschuldet in schwierige Lebenslagen geraten“. Das Team des WEISSEN RINGS, unter anderem vertreten durch Birgit Bihler, Außenstellenleiterin in Freudenstadt, bedankte sich für die Unterstützung und erklärte: „Spenden wie diese ermöglichen es uns, schnell und unbürokratisch zu helfen und Betroffene auf ihrem oft schwierigen Weg nicht allein zu lassen.“



Beim Helfen brauchen wir
alle Hilfe. Auch Ihre:
spenden.weisser-ring.de

Der WEISSE RING
dankt ausdrücklich
für alle Spenden!
Leider kann die
Redaktion nicht alle
Aktionen
veröffentlichen.



50 JAHRE WEISSER RING

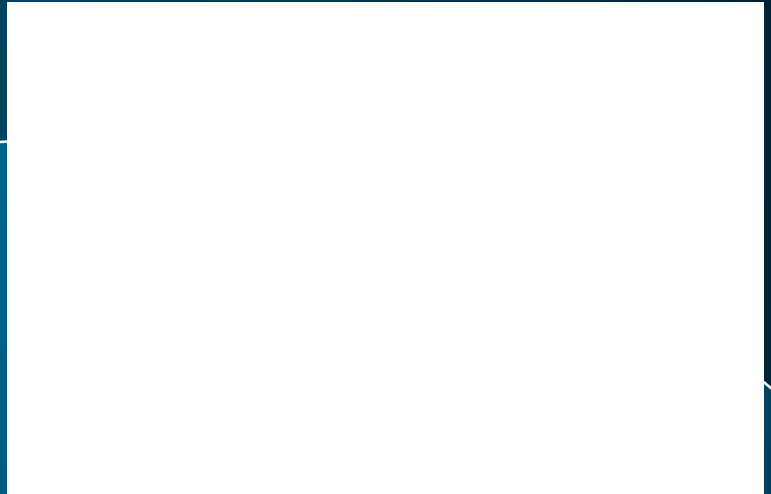
Der WEISSE RING feiert im September seinen Geburtstag und Sie können dabei sein: Buchen Sie bis zum 8. Mai 2026 einen Platz in unserem Jubiläumsmagazin und unterstützen Sie damit direkt die Arbeit des WEISSEN RINGS.

Ihre Anzeige ist mehr als Sichtbarkeit: Sie ist ein Zeichen der Solidarität und auch ein Beitrag für Menschen, die Gewalt erlebt haben.



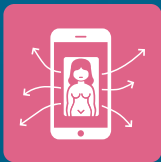
Jetzt buchen
oder weitersagen:
anzeige@weisser-ring.de

 WEISSER RING

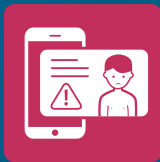


Digitale Gewalt hat viele Gesichter.

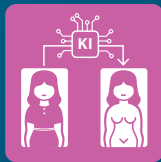
Wir stärken Opfer!



RACHEPORNOS



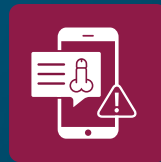
SEXTORTION



DEEPPNUDES



CYBERGROOMING



DICKPICS



HASS & HETZE



DESINFORMATION



CYBERSTALKING



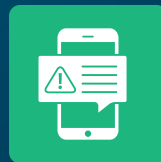
ROMANCE SCAMMING



IDENTITÄTS-DIEBSTAHL



PHISHING



MESSENGER-BETRUG



CYBERMOBBING



DEEPPAKES



01_2026

Aus dem Verein,
für den Verein.



Ehrensache*

Ehrensache

* Die Worte in
Gebärdensprache lauten:
Weiß, Ring, Ehre, Amt.

Der WEISSE RING: das
sind die Menschen, die
sich für unseren Verein
einsetzen. In dieser Ausgabe
der „Ehrensache“ berichten
wir über Menschen, die
gehörlose Kriminalitäts-
opfer betreuen, die jüngste
Außenstellenleiterin
Deutschlands und eine
Lotsin am Opfer-Telefon.

Inhalt

Die unsichtbare Minderheit **2**

Die Lotsin **7**

Einfach machen **10**

Wissenschaft unter Druck **13**

Aus den Ländern **14**





Martin Feist und Bettina Czompel-Feist sind verheiratet und engagieren sich gemeinsam beim WEISSEN RING. Sie betreuen in Nordrhein-Westfalen gehörlose Kriminalitätsoffer und kennen sich in der Gehörlosen-Szene aus.

Kerpen, Hamburg

Die unsichtbare Minderheit

Der WEISSE RING kümmert sich auch um gehörlose Kriminalitätsoffer. Aber wie funktioniert die Hilfe konkret? Wie kann der Verein helfen, wenn jemand nicht sagen kann, was passiert ist? Ehrenamtliche aus Kerpen und Hamburg berichten aus der Praxis.

Die Zahl derer, die Kerpen auf einer Deutschlandkarte finden können, dürfte überschaubar sein, zumindest außerhalb von Nordrhein-Westfalen. Nur wenige Kilometer von Köln entfernt liegt die Stadt mit rund 70.000 Einwohnern im Rhein-Erft-Kreis, recht idyllisch inmitten grüner Felder und Wälder. Die Weihnachtsdeko hängt noch, obwohl es bereits Februar ist, und zwei etwas verloren wirkende Narren irren durch die Gassen der Stadt, auf dem Weg zur nächsten Karnevalsfeier. Hier, im tiefen Westen der Republik, sorgen Bettina Czompel-Feist und Martin Feist dafür, dass die Probleme jener Menschen gehört werden, die selbst nichts hören: Für den WEISSEN RING kümmern sie sich um gehörlose Opfer von Kriminalität.

„Gehörlos sein, das sehen wir nicht“

Der Verein geht damit auf eine Community zu, die ganz besondere Aufmerksamkeit und Fürsorge braucht. „Denn Gehörlose haben erstmal ein großes

Misstrauen gegenüber Hörenden“, sagt Martin Feist. „Das muss man aus ihrer Erfahrung heraus verstehen.“ Die Interaktion mit Hörenden sei oftmals negativ behaftet, das zeige ein einfaches Alltagsbeispiel. „Wenn meine taube Schwiegermutter spazieren geht und ein Radfahrer von hinten kommt, klingelt und sich dann aufregt, weil sie nicht zur Seite geht, dann versteht sie gar nicht, was los ist, und fühlt sich in dem Moment angegriffen“, so der 57-Jährige. „Jeden Mann im Rollstuhl, jede Frau mit Blindenstock erkennen wir sofort. Aber gehörlos sein, das sehen wir nicht.“

Martins Frau Bettina Czompel-Feist ist auch gehörlos und kennt die Schwierigkeiten im Alltag. Die beginnen schon mit der Türklingel – für Hörende das

Text:
Christiane Flemig

Fotos:
Marina Weigl,
Christiane Flemig

↓
Martin Feist weist darauf hin, dass es wichtig ist, Gehörlosen auch Dinge zu erklären, die für Hörende selbstverständlich sind.



Normalste der Welt. Doch wie soll man wissen, dass jemand vor der Tür steht, wenn man das Läuten nicht hören kann? Die Antwort darauf kann man im Haus der Feists sehen: Betätigt jemand die Klingel, flackern im ganzen Haus Lichtblitze. „Als Kind habe ich zuerst ganz normal gehört, aber mit viereinhalb wurde das Hören immer schlechter. Ich kam dann auf eine Schwerhörigenschule und musste sieben Jahre lang zum Logopäden, um sprechen zu lernen, das war nicht sehr schön für mich“, erinnert sich die 47-Jährige. Mittlerweile trägt Czompel-Feist Cochlea-Implantate, ihre Einschränkung ist ihr dadurch kaum noch anzumerken. Die elektronischen Prothesen stimulieren den Hörnerv direkt und ermöglichen damit das Hören. Dennoch können die Implantate das natürliche Gehör nicht ersetzen, sagt Martin Feist. „In einer ruhigen Umgebung sind Hören und Verstehen kein Problem. Das ändert sich aber bereits, wenn alle Kinder hier sind und schnell mit mir reden. Dann bekommt sie streckenweise nichts mehr mit, dann wird es zu schnell, zu viel, zu laut, zu undeutlich.“

Eine andere Welt

Dass die Welt um sie herum nicht für sie gemacht ist, bleibt vielen Gehörlosen stets im Bewusstsein. Diese Hürde muss sich auch vergegenwärtigen, wer im Opferschutz mit dieser oft unsichtbaren Minderheit zu tun hat. „Nur“ die Sprache zu lernen, reiche nicht aus, wie Martin Feist mit einem Vergleich deutlich macht: „Wenn Menschen einen Japanisch-Kurs machen, können sie auch nicht direkt japanische Opfer beraten. Ich kann sie dann ein Stück weit mehr verstehen, bekomme vielleicht auch ein bisschen mehr Vertrauen. Aber ohne Dolmetscher geht da nichts.“

Diese Rolle übernimmt in dieser besonderen Konstellation in Kerpen Martin Feists Frau. Sie ist mittlerweile seit gut fünf Jahren ehrenamtliche Mitarbeiterin des WEISSEN RINGS. „Ein Glücksgriff für

„Gehörlose sind sehr offen und direkt. Man muss mit ihnen also auch offen und direkt sprechen.“

Bettina Czompel-Feist

den Verein“, schmunzelt Feist. Er selbst ist vor etwa zehn Jahren beigetreten. Ungefähr zu dieser Zeit startete auch die Gehörlosen-Hilfe im Verein. Mittlerweile haben sie ungefähr fünf bis sechs Fälle im Jahr. „Wir haben es mit Diebstahl, Rufmord, Betrug, Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, eigentlich mit der ganzen Bandbreite zu tun“, sagt er.

Ganz konkrete Unterschiede in der Opferschutzarbeit mit Hörenden gibt es beispielsweise in der Art und Weise, wie kommuniziert wird. „Gehörlose sind sehr offen und direkt“, sagt Bettina Czompel-Feist. „Man muss mit ihnen also auch offen und direkt sprechen.“ Ihr Mann fügt hinzu: „Gehörlose sind nicht unhöflich, sie sagen einfach, was sie wollen. Da gibt es kein ‚Schönschminken‘.“ Dies gelte auch für Themen, die in der Mehrheitsgesellschaft oft als heikel und mit sozialen Tabus belastet gelten, etwa körperliche Merkmale: „Wenn einer mal 20 Kilo zugelegt hat, wird gesagt: ‚Du bist dick geworden.‘ Fertig.“ Auch in der Opferhilfe bedeute diese Direktheit, dass man möglichst klar und schnörkellos kommunizieren muss: „Es braucht eine ganz klare Ansage. Das ist ein völlig anderer Ansatz als das, was viele Opferschützer gewohnt sind“, sagt Feist. Außerdem sei es wichtig, Gehörlosen auch Dinge zu erklären, die für uns selbstverständlich sind – etwa wenn man sich beim Sprechen abwendet. „Gehörlose dürfen nie das Gefühl bekommen, man mache sich hinter ihrem Rücken über sie lustig.“

Man dürfe auch nicht den Fehler machen und alle „in einen Topf“ werfen. „Es gibt die Menschen, die komplett gehörlos sind und die das auch sein wollen.



↑
Bettina Czompel-Feist ist selbst gehörlos. Mit viereinhalb Jahren wurde ihr Gehör immer schlechter. Heute trägt sie Cochlea-Implantate, die Einschränkung ist ihr kaum anzumerken.

Dann gibt es welche, die noch einen Rest Hörvermögen haben und versuchen, in der hörenden Welt unterwegs zu sein. Und dann gibt es noch die, die schon etwas dagegen getan haben, so wie meine Frau. Sie tragen Implantate und gelten in der Gehörlosen-Community auch gar nicht so richtig als gehörlos“, sagt er. Man müsse zudem unterscheiden zwischen Menschen, die früher mal gehört haben, und jenen, die nie gehört haben. „Das grammatikalische Verstehen, das Hörverstehen und das Verständnis von komplexen Zusammenhängen ist ein völlig anderes.“

Wie wichtig es ist, die Lebensrealitäten der Gehörlosen zu kennen, wenn man gehörlosen Opfern von Kriminalität helfen will, merkten auch die ehrenamtlichen



Mitarbeitenden Cornelia Haverkamp und Werner Springer. Die beiden Hamburger hatten vor ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit keinerlei Bezug zur Gehörlosen-Community. Das änderte sich, als sie 2017 ihre ersten Seminare zum Thema besuchten. „Wir waren dann beim Gehörlosenverband in Hamburg und haben den WEISSEN RING vorgestellt. Das führte aber nicht wirklich zum Erfolg. Erst als sich eine Gehörlose meldete und nach ihrer Betreuung Werbung für uns machte, ging es bei uns in Hamburg nach und nach los. Mittlerweile haben wir vier, fünf Fälle im Jahr“, erzählt die 68-Jährige.

Jeder kennt jeden

Etwa 80.000 Gehörlose gibt es laut dem Deutschen Gehörlosen-Bund in Deutschland. Das heißt, rund ein Mensch von tausend ist betroffen. Die Community ist gut verknüpft, sie tauscht sich viel aus. „Sie haben viel Angst vor Tratsch, auch innerhalb der Community.“ Die Opferhelferin vermutet, dass viele sich auch deswegen schwerer Hilfe suchen, wenn etwas passiert. Laut Gehörlosenverband Hamburg leben in der Hansestadt rund 2.000 Gehörlose. Jeder kenne jeden, „wie ein Dorf“. Informationen verbreiten sich wie ein Lauffeuer, nicht nur in Hamburg,

↑
Cornelia Haverkamp
betreut in
Hamburg gehörlose
Kriminalitätsopfer.
Sie vermutet, dass sich
viele, aus Angst vor
Tratsch, schwerer
Hilfe suchen, wenn
etwas passiert.

sondern auch bundesweit, durch Messengerdienste und die sozialen Medien. „Daher kommen Betroffene auch gerne ins Landesbüro, das ist ein neutraler Ort. Im Café hätten viele zu viel Angst, gesehen zu werden“, so Haverkamp. Hinzu kommt: Im Gegensatz zu einem leisen Gespräch ist eine Unterhaltung in Gebärdensprache im öffentlichen Raum für andere Gehörlose leicht „mitlesbar“. Ohne einen Dolmetscher funktioniert die Opferarbeit aber nicht.

Das macht die Terminfindung manchmal schwierig. „Wir fragen immer: ‚Haben Sie einen Dolmetscher Ihres Vertrauens?‘ Das sind ja intimste Geschichten, die sie erzählen, und die meisten haben einen Dolmetscher oder eine Dolmetscherin, mit dem oder der sie regelmäßig unterwegs sind. Aber auch der oder die muss Zeit haben. Da gehen schon mal zwei, drei Wochen ins Land, bis ein Termin steht. Und wenn der dann vereinbart ist und sie kommen, muss man sich ganz auf sie einstellen. Wenn man das auch so spiegelt und sagt: ‚Ich nehme dich so, wie du bist. Jetzt bist du hier und das ist gut‘, dann läuft das eigentlich immer gut“, sagt die Ehrenamtliche. Mittlerweile haben die Hamburger auch eine Liste an Dolmetschern, die sie direkt anrufen können.

„Wir können etwas erreichen, aber in kleinen Schritten“

Cornelia Haverkamp, Werner Springer, Martin Feist und Bettina Czompel-Feist – sie gehören zu den im Moment noch wenigen Ehrenamtlichen, die sich beim WEISSEN RING um gehörlose Opfer kümmern. Sie leisten damit einen wichtigen Dienst, den der Verein nicht überall anbieten kann. Darum warnt Martin Feist auch davor, den WEISSEN RING proaktiv in der Szene zu bewerben. „Denn wir könnten uns in kürzester Zeit selbst alles kaputt machen“, sagt er. Besser sei es, nur die Fälle anzunehmen, die reinkommen. „Ich glaube, dass wir was erreichen können, aber eben in kleinen Schritten.“

Die Lotsin

Vanessa Hilário da Ponte engagiert sich seit vier Jahren ehrenamtlich als Beraterin beim Opfer-Telefon des WEISSEN RINGS. Die Psychologiestudentin ist oft die erste Ansprechpartnerin für Menschen, die Opfer einer Straftat geworden sind. Im Interview spricht die 28-Jährige über emotionale Gespräche, generationsübergreifende Teamarbeit und ihr schwindendes Interesse an True-Crime-Podcasts.

Es ist klirrend kalt Anfang Januar in Köln-Nippes. Vor einem Café liegen Tannenzweige im Schneematsch. Drinnen duftet es nach Linsen-Daal und frisch gemahlene Kaffeebohnen. Vanessa Hilário da Ponte lebt hier im Viertel. Momentan hat sie wenig Zeit, es zu genießen, weil sie mitten in der Klausurenphase an der Uni steckt. Sie grüßt freundlich lächelnd mit festem Händedruck, bestellt sich Tee aus frischem Ingwer und sagt, sie sei etwas nervös, weil dies ihr erstes Interview ist.

Wann und wie sind Sie zum WEISSEN RING gekommen?

Ich habe mein Fernstudium der Psychologie in der Corona-Zeit begonnen und nur wenige Kontakte zu Kommilitonen gehabt. Ich hatte Zeit und wollte neben dem Studium etwas Sinnvolles tun, was mich inhaltlich interessiert und was ich später als Psychologin auch anwenden kann. Opferschutz fand ich interessant. Ich bin im Internet auf den WEISSEN RING gestoßen. Der Verein hat damals



↑
Vanessa Hilário da Ponte hat in der Corona-Zeit beim Opfer-Telefon angefangen.

Text & Fotos:
Christoph Carretero Klemp

Ehrenamtliche gesucht, da passte das sehr gut und so habe ich 2022 beim Opfer-Telefon angefangen.

Erinnern Sie sich noch an Ihren ersten Tag am Opfer-Telefon?

Ja klar, ich saß im Homeoffice am Schreibtisch und hatte schon eine Stunde vor meiner Schicht Herzrasen. Ich wusste nicht, was auf mich zukommt. Das weiß ich bis heute nicht. Jedes Mal gibt es mindestens einen Fall, den ich noch nie hatte.

Wie bereitet der WEISSE RING Ehrenamtliche auf diese anspruchsvolle Aufgabe vor?

Es gibt eine zweiwöchige Ausbildung. Da wird die Theorie vermittelt durch Vorträge von Juristen, Psychologen und anderen Experten. Im Praxisteil haben wir Telefonate mit Schauspielern geübt. Es gab Probeanrufe zu Themen, die uns

am Opfer-Telefon begegnen. Die sind so realistisch, dass man alles um sich herum ausblendet und das Gefühl hat, das ist echt. Da sind Tränen geflossen.

Sind auch bei echten Telefonaten schon mal Tränen geflossen?

Einmal habe ich nach einem Telefonat geweint. Das war eine Anruferin, die am Abend zuvor vergewaltigt wurde. Und ich war der erste Mensch, dem sie davon erzählt hat. Sie war sehr aufgewühlt und hat bitterlich geweint. Ich glaube, es ging mir so nah, weil ich mich mit ihr identifizieren konnte. Sie war ungefähr so alt wie ich und hat ebenfalls studiert. Ich hatte hinterher aber das gute Gefühl, dass ich sie beruhigen und ihr wirklich weiterhelfen konnte.

Mittlerweile ist Vanessa Hilário da Ponte selbst in der Auswahlkommission für das Opfer-Telefon und hilft, neue Beraterinnen und Berater auszusuchen. Geboren und aufgewachsen ist die 28-Jährige in Dortmund. Neben dem Psychologiestudium hat sie unter anderem Praktika auf einer psychiatrischen Station für akute Psychosen und in der Kinderschutzambulanz gemacht sowie als studentische Hilfskraft zu Resilienz bei Depressionen, bipolaren Störungen und ADHS geforscht.

Ihren Bachelor in Psychologie haben Sie abgeschlossen - für Ihren Master haben Sie den Schwerpunkt Rechtspsychologie gewählt. Warum gerade diese Fachrichtung?

Das ist ein sehr spannender Bereich, darunter fallen Gutachten im Bereich der Aussagepsychologie und Schuldfähigkeit. Ich kann mir sehr gut vorstellen, später auch als Gutachterin tätig zu werden.

Beißt sich das nicht mit dem Opferschutz, wenn Sie Gutachten über Täter erstellen?

Wenn man objektiv genug an die Sache rangeht, dann nicht. Mit Tätern zu arbeiten, auch bei der Frage nach ihrer Schuldfähigkeit, ist wichtige Prävention und trägt zum Schutz der Gesellschaft bei.

Welche Delikte begegnen Ihnen am Opfer-Telefon am häufigsten?

Vergewaltigung, häusliche Gewalt und Stalking. Was wir allerdings auch häufig erleben, sind Menschen mit psychischen Erkrankungen, die nur denken, dass sie Opfer von Straftaten geworden sind. Damit umzugehen, es zu erkennen, ist eine große Herausforderung.

Rund 100 Menschen sind bundesweit am Opfer-Telefon des WEISSEN RINGS tätig. Von 7 bis 22 Uhr ist das Opfer-Telefon erreichbar, die Schichten der Ehrenamtlichen dauern jeweils drei Stunden. Rund acht bis neun Anrufe gehen pro Schicht bei Vanessa Hilário da Ponte ein, neun Minuten dauert ein durchschnittliches Gespräch. Pro Tag zählte das Opfer-Telefon insgesamt rund 60 Gespräche im Jahr 2024.

Gab es Telefonate, die Ihnen besonders nahegehen?

Sehr bewegt hat mich das Gespräch mit einer Frau, die Zeugin eines Mordes und Opfer von Stalking durch denselben Täter war. Die Frau hatte Todesangst. Sie wollte sich das gern von der Seele reden. Am Ende des rund einstündigen Telefonats sagte sie: ‚Ich werde dieses Gespräch niemals in meinem Leben vergessen.‘ Solche Worte berühren mich tief.

Sind es diese Reaktionen, die das ehrenamtliche Engagement für Sie so erfüllend machen?

Es fühlt sich gut an, wenn ich jemanden in einer schwierigen Situation unterstützen konnte. Wenn jemand sagt: „Danke, dass Sie da waren“ oder „Jetzt weiß ich, was ich tun kann“, dann spüre ich, wie notwendig, wertvoll und erfüllend unsere Arbeit ist.

Im September 2025 war Vanessa Hilário da Ponte mit Ehrenamtlichen aus ganz Deutschland beim Sommerfest des Bundespräsidenten in Berlin. Portugal war Partnerland – was für Vanessa Hilário da Ponte ein Bonus war, denn ihre Mutter wurde in Portugal geboren. Als Beglei-

terin ihrer Tochter konnte sie im Garten des Bundespräsidenten sogar mit dem portugiesischen Staatspräsidenten Marcelo Rebelo de Sousa sprechen und ein gemeinsames Foto machen. „Das war ein wundervolles Fest, sehr wertschätzend“, erzählt die 28-Jährige.

Wie helfen Sie den Opfern konkret?

Oft sind wir die ersten Menschen, denen sich die Betroffenen offenbaren. Wir fangen sie auf und hören ihnen zu. Wir haben eine Lotsenfunktion, können Wege aufzeigen und auf weitere Hilfsangebote hinweisen. Vergewaltigungsoffer wissen zum Beispiel häufig nicht, dass es die Möglichkeit der anonymen Spurensicherung gibt. Viele Opfer geben sich eine Mitschuld an der Gewalttat. Wir machen ihnen klar, dass allein der Täter dafür verantwortlich ist. Wir arbeiten eng mit den Außenstellen des WEISSEN RINGS zusammen, verweisen die Betroffenen an die entsprechenden Ansprechpartner vor Ort und telefonieren in ganz speziellen Fällen mit den Mitarbeitenden in den Außenstellen. Ich habe größten Respekt vor der Arbeit dort. Die Betroffenen vor sich sitzen zu haben, stelle ich mir emotional noch herausfordernder vor. Bei Bedarf verweisen wir auch auf spezialisierte Unterstützungsangebote. Dabei steht der Wille des Opfers immer im Mittelpunkt.

Blicken Sie durch die ehrenamtliche Arbeit anders auf die Welt?

Ich habe früher sehr viele True-Crime-Podcasts gehört. Das hat sich mit meiner Arbeit am Opfer-Telefon geändert. Mein Bedarf an True Crime ist spürbar gesunken. Heute lege ich großen Wert auf Opfersensibilität und Sachlichkeit bei True-Crime-Formaten. Wenn überhaupt, dann höre ich jetzt sachliche Podcasts wie den von „Aktenzeichen XY“.

Bei einem Spaziergang durch ihr Viertel erzählt sie noch, dass sie neben dem Studium und der ehrenamtlichen Arbeit beim WEISSEN RING viel Sport treibt. Momentan besonders gern auf dem Spinning-Rad und beim Pilates. In der



Vanessa Hilário da Ponte kommt in jedem Opfer-Telefon-Dienst mit mindestens einem Fall in Berührung, den sie so vorher noch nie hatte.

Klausurphase arbeitet sie nur alle zwei Wochen beim Opfer-Telefon. Ansonsten ist sie jede Woche Ansprechpartnerin für Betroffene von Straftaten.

Das Ehrenamt beim Opfer-Telefon ist emotional herausfordernd. Reicht Sport als Ausgleich?

Ich kann mich da sehr gut abgrenzen. Und wenn uns ein Fall belastet, können wir das in der Supervision aufarbeiten. Auch die regelmäßigen Teamtreffen sind hilfreich. Wir gehen einfühlsam miteinander um, egal ob jung oder alt. Erfahrene Kolleginnen und Kollegen stehen uns immer mit Rat und Tat zur Seite. Obwohl wir inzwischen mehr als 100 Leute sind, ist es familiär geblieben. Persönlich habe ich zusätzlich das große Glück, dass ich eine sehr gute Freundin überzeugen konnte, sich ebenfalls beim Opfer-Telefon zu engagieren. Wir wohnen in einer WG, sodass wir uns super austauschen können.

„Viele Opfer geben sich eine Mitschuld an der Gewalttat. Wir machen ihnen klar, dass allein der Täter dafür verantwortlich ist.“ Vanessa Hilário da Ponte





Greifswald

Einfach machen

Sarah Wendlandt leitet mit 24 Jahren die Außenstelle Greifswald. Sie ist damit die jüngste Außenstellenleiterin des WEISSEN RINGS. Aber nicht nur das: Auch ihr Team ist jung, denn fast alle sind noch im Studierendentalter.

Wie kommt das Gute in die Welt? Vielleicht sind die Dinge so einfach, wie es das Beispiel von Sarah Wendlandt nahelegt: Weil sie es von zu Hause aus so kannte, wollte auch sie sich ehrenamtlich engagieren. „Ich lebte damals

↑
Sarah Wendlandt studiert Jura in Greifswald. Dort leitet sie auch die Außenstelle des WEISSEN RINGS, mit sechs festen Mitgliedern und zwei Auszubildenden.

in Stralsund und war 18 Jahre alt. Ich wollte nicht zu den Vereinen gehen, zu denen alle gehen, sondern suchte etwas außerhalb meiner Peergroup“, sagt sie. „So kam ich 2020 zum WEISSEN RING.“ Braucht es also gar keine großen Erklärungsansätze, sondern nur – wie bei Sarah Wendlandt – ein Vorbild, eine Mutter, die ihr Herz in die Arbeit in einem Hospiz legte und die dazu noch ehrenamtlich Erste-Hilfe-Kurse anbot? Und einen Vater, der sich als Polizist für das Gute einsetzte? Als kleines Kind, berichtet die heute 24 Jahre alte Sarah Wendlandt, habe ihre Mutter an ihr als Dummy oft vorgeführt, wie man Wunden verbindet. Später, mit 18 Jahren, folgte sie dem Beispiel ihrer Mutter und suchte sich ein Ehrenamt.

„Ich habe den Entschluss, den WEISSEN RING zu kontaktieren, damals still und heimlich in meinem Kinderzimmer getroffen“, erzählt Sarah Wendlandt. Sie habe spontan bei der Außenstelle angerufen und gesagt: „Ja, hallo, ich bin Sarah und würde mich gerne ehrenamtlich

engagieren.“ Der Außenstellenleiter in Stralsund führte daraufhin ein Gespräch mit ihr. „Er hat geschaut, was ich über den Verein weiß, über die Arbeit des WEISSEN RINGS, und was meine Hintergründe sind. Ich war damals noch 18, und das ist ja sehr jung für solche Themen.“

Wendlandt sagt, sie habe sich über den Verein informiert und gewusst, dass sich der WEISSE RING um Menschen kümmert, die Straftaten erlitten haben. „Vor allem fand ich sehr einprägsam, dass die Hilfe auch unabhängig von Strafanzeigen erfolgt. Dass man auch das polizeiliche Dunkelfeld auffängt.“ Das Telefonat vermittelte dem Außenstellenleiter wie auch ihr einen positiven Eindruck, und die Zusammenarbeit konnte beginnen. „Von dem Zeitpunkt an war ich mit dabei. Ich habe direkt mit den Hospitationen angefangen, war dann auch an der Fallarbeit beteiligt.“

Bei ihrer ersten Betreuung als Hospitantin war sie gleich mit einem heftigen Fall konfrontiert: Der Mann war als Junge entführt, mehrere Tage gefangen gehalten und unter Drogen gesetzt worden. Er war sexuell missbraucht worden und litt zum Zeitpunkt des Kontakts mit dem WEISSEN RING, rund zwanzig Jahre später, immer noch darunter. Auf Sarah Wendlandt wirkte er immer noch verloren.

Die damals 18 Jahre junge Sarah kam mit dem Gehörten und Erlebten dennoch recht gut klar. „Nach den Hospitationen habe ich mit der Mitarbeiterin noch mal über den Fall gesprochen, wie meine Eindrücke waren. Wir haben gegenseitig geschaut, wie es einem geht.“

Sarah Wendlandt begann ein Studium, blieb aber bald zu Hause, weil die Corona-Pandemie Deutschland auf den Kopf stellte. Sie wechselte das Fach, studierte fortan Jura und zog in die Stadt ihrer Universität, nach Greifswald. An ihrem Engagement hat all das nichts geändert. Mehr noch: Ihr Einsatz nahm erheblich zu. Heute leitet sie die Außenstelle des Vereins in Greifswald und damit ein Team aus sechs festen Mitgliedern und zwei Auszubildenden. Im vergangenen Sommer übernahm sie die Funktion von

„Ich wollte nicht zu den Vereinen, zu denen alle gehen, sondern suchte etwas außerhalb meiner Peergroup. So kam ich 2020 zum WEISSEN RING.“

Sarah Wendlandt

Korbinian Geiger, einem Rechtsanwalt, der aufgrund seines Berufs nicht mehr genug Zeit dafür aufbringen konnte, allerdings Mitarbeiter blieb. Auch er war als Student in den Verein eingetreten, auch er war damals der Jüngste. Nach Geiger kristallisierte sich sehr schnell Sarah Wendlandt als Nachfolgerin heraus. Wie sie arbeitet, gefalle ihm: „Sie macht das gewiss besser als ich“, sagt er.

Alle im Team sind ähnlich jung wie die Leiterin selbst

Die Außenstelle in der 65.000-Einwohner-Stadt könnte eine normale Außenstelle sein wie die rund 400 anderen auch. Vielleicht abgesehen davon, dass sie eine Ostsee-Insel zu ihrem Betreuungsgebiet zählt. Was sie aber abhebt, ist das Alter der Mitarbeitenden. Außer Korbinian Geiger sind alle im Team Greifswald ähnlich jung wie die Leiterin, und selbst Geiger würde mit seinen 43 Jahren anderswo wohl noch als jung durchgehen. Die Außenstelle gilt als die jüngste des WEISSEN RINGS.

Häufig vernimmt man in der Vereinszene in Deutschland die Klage, dass es schwer sei, Nachwuchs zu finden. Die Forschung hat ein Wort dafür geprägt: Vereinssterben. Der Begriff scheint in seiner Dramatik nicht übertrieben zu sein: Eine 2024 erschienene Studie spricht von 8.000 bis 9.000 Vereinen, die pro Jahr aus dem Vereinsregister gelöscht werden. Siri Hummel und Eckhard Priller schreiben in ihrer Studie: „Als Ursachen werden nicht finanzielle Gründe, fehlende Sachmittel oder Räumlichkeiten

Text & Foto:
Sandro Mattioli

„Wenn ich in die Fälle gehe, dann bin ich in einer anderen Rolle, und alles Private blende ich aus.“

Sarah Wendlandt

angeführt, sondern ein Mangel an Mitgliedern und die geringe Bereitschaft, ehrenamtliche Funktionen zu übernehmen oder sich in anderer Form freiwillig zu engagieren.“

In Greifswald, der Stadt hoch oben im Norden von Deutschland an der Ostsee, ist das anders. Niemand hat die Entwicklung dort gezielt gefördert, es hat sich in gewisser Weise einfach so ergeben, vielleicht, weil die Bedingungen in einer Universitätsstadt mit vielen gebildeten und jungen Menschen günstig sind.

Sarah Wendlandt gelingt es, empathisch zu sein, ohne das Erfahrene allzu nah an sich heranzulassen. „Wenn ich in die Fälle gehe, dann ist es, als drücke ich einen Knopf. Dann bin ich in einer anderen Rolle, und alles Private blende ich aus. Ist der Fall erledigt, gehe ich nach Hause und bin dann wieder mein privates Ich.“ Nur einmal gelang ihr das nicht. Ein Polizist war im Dienst angegriffen und dabei schwer verletzt worden. Sarah Wendlandt war mit einer Mitarbeiterin bei der Familie vor Ort. Der Mann war zu dem Zeitpunkt im Krankenhaus, weil er erneut operiert werden musste, eine von insgesamt zwanzig Operationen. „Da hing noch so viel persönliches Schicksal mit dran. Seine Frau hat ihren Traumjob aufgegeben, um ihn zu pflegen. Der Zustand war also nicht vorübergehend, sondern er hielt an.“

Verbesserungen für Betroffene

Für Sarah Wendlandt ist es wichtig, für Betroffene Verbesserungen zu erreichen. „Egal, wie häufig man die Betroffenen trifft, man sieht eigentlich immer, dass

sie besser aus dem Gespräch rausgehen, als sie reingekommen sind. Das gibt mir unfassbar viel.“ Aus diesem Fall aber zog sie den Schluss, einen ähnlichen Fall nicht mehr zu betreuen. Sie konnte das Erlebte nicht ganz von sich fernhalten. „Ich fand den Fall wohl deshalb recht heftig, weil mein Vater auch im Polizeidienst tätig ist. Ich habe mir vorgestellt, die Frau könnte meine Mutter sein.“ Dieses Schicksal habe ihr noch mal vor Augen geführt, wie sehr Straftaten auch das Schicksal der Angehörigen verändern. Seitdem blickt Sarah Wendlandt auch anders auf True-Crime-Formate. Früher mochte sie die Podcasts und Serien gerne. Heute achtet sie darauf, inwiefern die Opfer und Betroffenen angemessen dargestellt sind oder ob jemand nur Kasse macht mit dem Leid anderer.

Neulich dachte die Außenstellenleiterin über den Begriff „Opfer“ nach. „Für mich persönlich geht das Wort mit einer Stigmatisierung einher. Man hat das Bild einer schwachen Person im Kopf. Aber das sind die Betroffenen einfach nicht. Sie haben die Tat überlebt und sich Hilfe gesucht, das macht sie auch stark. Nur kann sich der Verein nicht einfach von dem Begriff des Opfers trennen.“

Es mag ein Privileg der Jugend sein, Dinge hinterfragen zu dürfen und frischen Wind in einen Verein zu bringen. Dass ihr Team fast komplett im Studierendentalter ist, hat viele Vorteile. Noch dazu studieren fast alle Jura und eine Mitarbeitende Psychologie; die gleiche Lebenssituation verbindet, die Probleme sind ähnlich. Zwar sind nicht alle eng miteinander befreundet, manche aber übernehmen auch neben dem WEISSEN RING etwas gemeinsam.

Gerade für Betroffene neuerer Formen der Kriminalität, etwa im Cyberbereich, mag es wohltuend sein, ein Gegenüber vor sich zu haben, das voll in der technischen Gegenwart lebt. Zugleich ist dieses junge Lebensalter auch eine Herausforderung für die Außenstellenleiterin: Stehen etwa Klausuren an, drohen gleich mehrere Mitarbeitende auszufallen, weil sie lernen müssen.

Wissenschaft unter Druck

Hass, Hetze und digitale Angriffe machen auch vor Hochschulen nicht halt. Bei einer Veranstaltung des Landesverbandes Hochschulkommunikation Baden-Württemberg im Wissenschaftsministerium zeigte der WEISSE RING Wege auf, wie Betroffene geschützt werden und Institutionen handlungsfähig bleiben.

In Deutschland muss niemand Angst haben, Missstände öffentlich anzusprechen oder zu kritisieren. Denn die Meinungsfreiheit ist im Grundgesetz verankert. Aber sie hat Grenzen – etwa bei Beleidigung oder Volksverhetzung. Das gilt im echten Leben wie auch in der digitalen Welt. Doch Hass und Hetze haben auch die Wissenschaft erreicht und gefährden nicht nur Studierende, Mitarbeitende und Forschende, sondern den freien wissenschaftlichen Diskurs. Vertreterinnen und Vertreter des WEISSEN RINGS waren im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg in Stuttgart zu Gast. Bei einer Veranstaltung des Landesverbandes Hochschulkommunikation Baden-Württemberg halfen sie in einem Workshop, praxisnahe Ansätze zu erarbeiten, um Betroffene besser zu schützen und als Hochschule handlungsfähig zu bleiben.

Für den WEISSEN RING waren Jochen Link (Leiter der Außenstelle Schwarzwald-Baar-Kreis), die Landesjugendbeauftragten in Baden-Württemberg, Paulina Haug und Kaya Fohmann, sowie der Landespräventionsbeauftragte Günther Bubenitschek vor Ort. Sie ordneten das Thema rechtlich ein und präsentierten



Text:
Kays Al-Khanak

Foto:
privat

↑
Die Referenten und Organisatoren (v. l.):
Jochen Link (WEISSER RING),
Linda Schädler (Landesverband Hochschulkommunikation),
Kaya Fohmann (WEISSER RING),
Paulina Haug (WEISSER RING),
Michaela Leipersberger-Linder (Landesverband Hochschulkommunikation) und Günther Bubenitschek (WEISSER RING).

tierten Zahlen: So zitierten sie Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung, wonach fast die Hälfte der Befragten Anfeindungen gegen sich erlebt hat. Anhand von Beispielen zeigten sie, welche Eskalationsspirale digitale Gewalt nehmen kann: von abwertenden Kommentaren bis hin zu Bedrohungen. Das Team des WEISSEN RINGS empfiehlt Betroffenen, auch bei unklarer strafrechtlicher Relevanz Anzeige zu erstatten, Strafantrag zu stellen oder Meldestellen zu kontaktieren.

In Workshops erarbeiteten die 40 Teilnehmenden Handlungsstrategien: von der Dokumentation bis hin zu Krisenhandbüchern. Hochschulen können helfen mit festen Ansprechpersonen und dem frühzeitigen Einbinden von externen Partnern wie dem WEISSEN RING, Polizei oder Scicomm-Support, der Anlaufstelle bei Angriffen und unsachlichen Konflikten in der Wissenschaftskommunikation.

Digitale Gewalt bringt nicht nur einzelne Stimmen zum Verstummen. Sie verändert den gesamten Diskurs und ist damit kein individuelles Problem, sondern eine institutionelle Herausforderung. „Digitale Gewalt bedroht nicht nur Einzelne, sie bedroht die Freiheit der Wissenschaft“, betont das Team des WEISSEN RINGS. „Es liegt in unserer gemeinsamen Verantwortung, dem entschieden entgegenzutreten.“

Aus den Ländern



Niedersachsen

Sichtbarkeit auf dem Marktplatz

69 weiße Zettel und ebenso viele Paar Schuhe standen stellvertretend für 69 im Jahr 2025 bundesweit getötete Frauen: Ehrenamtliche des WEISSEN RINGS in Göttingen haben auf dem Marktplatz der niedersächsischen Universitätsstadt auf das Thema Femizide aufmerksam gemacht. Der WEISSE RING informierte bei dieser Aktion über geschlechtsspezifische, oft tödlich endende Gewalt. In vielen Gesprächen begegneten dem Außenstellenteam zahlreiche interessierte Nachfragen, eigene Erfahrungsberichte – aber auch zumeist von Männern vorgetragene Kritik.

→
Teilnehmende des WEISSEN RINGS und der Bundeswehr beim Präventions-Workshop

↓
Informierten die Interessierten: Lena Weilbacher, Katharina Schröder, Janice Stucki und Lea-Sophie Zipp von der Außenstelle Göttingen (v. l. n. r.)



Schleswig-Holstein

Prävention bei der Bundeswehr

Auf Einladung der Bundeswehr führte der WEISSE RING im schleswig-holsteinischen Stadum zwei jeweils eintägige Präventions-Workshops durch. Beteiligt waren der Präventionsbeauftragte der Außenstelle Nordfriesland-Süd, Stefan Klein, sowie die Ehrenamtlichen Heike Behrmann (Pinneberg), Julia Kuper und Volker Willert (Kiel) sowie Dagmar Henning und Lisa Jessen (Flensburg). Die Bundeswehr hatte die Veranstaltung angefragt, um die Sensibilität der Soldatinnen und Soldaten gegenüber sexuellen Übergriffen zu stärken. Die Resonanz war positiv, eine Wiederholung ist geplant.



Sachsen-Anhalt

Weihnachtliches Angebot

Zum wiederholten Mal zeigte der WEISSE RING in Halle (Saale) Präsenz auf dem Weihnachtsmarkt. Das Team der Außenstelle betrieb eine eigene Vereins-hütte und nutzte so die Chance, Interessierte über die vielfältige Arbeit des Vereins zu informieren. Im Mittelpunkt stand vor allem die Aufklärung darüber, dass ausnahmslos jeder Mensch, der

Opfer einer Straftat wird, Hilfe und Unterstützung verdient hat. Die Ehrenamtlichen bedankten sich ausdrücklich für die Spenden, die wie gewohnt der Opferhilfe zugutekommen.



Rheinland-Pfalz

Eine Bank gegen Hass

Auf dem Hallplatz im rheinland-pfälzischen Zweibrücken steht seit einiger Zeit eine blaue Sitzbank. Gestiftet wurde sie von der dortigen Außenstelle des WEISSEN RINGS. Eine Inschrift auf der Bank erklärt den Hintergrund der Aktion: „Kein Platz für Hass und Hetze im Netz“. Mit der Bank wollen die Initiatoren um Manfred Hilgert, Leiter der Außenstelle Zweibrücken, auf eben dieses Thema aufmerksam machen. „Überall im Netz lässt sich Hass finden“, sagt Hilgert und betont: „Die Meinungsfreiheit ist eines der höchsten Güter, die uns in unserer Demokratie zur Verfügung stehen und die wir verteidigen müssen. Aber Hass und Hetze sind keine Meinung.“



←
In der Vereinshütte auf dem Weihnachtsmarkt informierten Jasmin Schwarzkopf, Nora Burandt und Eileen Richter (v. l. n. r.)

↘
Gemeinsamer Einsatz von Polizei und der Außenstelle Leipzig zum Orange Day im Leipziger Hauptbahnhof



Sachsen

Gemeinsame Aktion

Zum zweiten Mal machten der WEISSE RING, der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK) und die Bundespolizei im sächsischen Leipzig beim Orange Day gemeinsame Sache. Im Hauptbahnhof standen Sensibilisierung und Opferschutz beim Thema Gewalt an Frauen und Mädchen im Mittelpunkt. An einem Infostand erhielten Interessierte durch Fachkundige viele Informationen zu Hilfsangeboten, Beratungsstrukturen und rechtlichen Möglichkeiten für Betroffene. Der jährliche Orange Day am 25. November ist ein internationaler Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen.



Brandenburg

Worte statt Wunden

Informationen zu häuslicher Gewalt standen im Fokus der Leseweche „Worte statt Wunden“ in Potsdam. Gemeinsam mit der Polizei stellte auch der WEISSE RING seine Hilfsangebote vor. An vielen öffentlichen Orten, im Landtag und in der Staatskanzlei fanden Lesungen und weitere Veranstaltungen statt, um über häusliche Gewalt und ihre Folgen aufzuklären. In Brandenburg gab es – analog zur bundesweiten Entwicklung – zuletzt einen kontinuierlichen Anstieg an Fällen, darunter viele Körperverletzungen und Bedrohungen.

←
Einweihung der blauen Sitzbank des WEISSEN RINGS auf dem Hallplatz in Zweibrücken

In eigener Sache

50 Jahre WEISSER RING Helfen Sie uns beim Helfen!

Der WEISSE RING wird 50 Jahre alt. 50 Jahre, in denen wir auf viele Arten wirken: Individuell in der Opferbetreuung, bundesweit im **Einsatz für Opferrechte** oder die psychische Gesundheit von Betroffenen, landesweit in der Kriminalitätsprävention oder als starke und kritische Stimme hinsichtlich der Darstellung von Opferschicksalen in den Medien. Unsere Einsatzgebiete sind vielfältig, unsere Finanzierung unabhängig vom Staat, unser Wirken geschieht oft im Hintergrund.

Das möchten wir ändern, denn auch zukünftig wollen wir Opfern weiter zur Seite stehen können und Unterstützende für unseren Verein begeistern. Helfen Sie uns dabei, den WEISSEN RING auch in Ihrer Umgebung sichtbar zu machen!

Gerne stellen wir Ihnen ein Infopaket zur Weitergabe im Bekannten- oder Freundeskreis, in der Firma oder an örtliche Vereine zur Verfügung.

Um so ressourcenschonend wie möglich zu arbeiten, bieten wir Ihnen hier unser Paket in digitaler Form an: www.weisser-ring.de/infopaket oder scannen Sie den QR-Code.

P.S.: Haben Sie bitte Verständnis, dass wir als gemeinnütziger Verein auf unsere Ressourcen achten. Sie benötigen trotzdem gedrucktes Material? Bitte schreiben Sie uns an marketing@weisser-ring.de.

Das Infopaket umfasst:

- Broschüre „Jeder kann Opfer werden“ - Unser Verein und die Hilfen im Überblick
- Flyer **Mitgliedsantrag**
- **Spendenmöglichkeit** als QR-Code
- Digitale **Werbeanzeige**
- Unser **Unterstützer-Flyer** für potenzielle Spender, Mitglieder oder ehrenamtlich Tätige
- Flyer **Anlassspende**



Hier finden Sie unser digitales Infopaket:
www.weisser-ring.de/infopaket